

Frank Bajohr  
Andrea Bambi  
Arnd Bauerkämper  
Olaf Blaschke  
Magnus Brechtken  
Christopher Browning  
Florian Dierl  
Constantin Goschler  
Manfred Görtemaker  
Johannes Gramlich  
Frieder Günther  
Jeffrey Herf  
Dierk Hoffmann  
Hans-Christian Jasch  
Ulrike Jureit  
Wulf Kansteiner  
Sven Keller  
Patrick Merziger  
Bill Niven  
Karin Orth  
Thomas Pigor  
Gerhard Sälter  
Alexander Schmidt  
Andreas Schulz  
Sonja M. Schultz  
Michael Schwartz  
Matthias Stickler  
Timur Vermes  
Annette Weinke  
Niels Weise

Herausgegeben  
von Magnus Brechtken

# Aufarbeitung des National- sozialismus

**Ein Kompendium**

Wallstein

# Aufarbeitung des Nationalsozialismus



# Aufarbeitung des Nationalsozialismus

Ein Kompendium

Herausgegeben von  
Magnus Brechtken



WALLSTEIN VERLAG

Leibniz Institute  
for Contemporary History

 **Institut für  
Zeitgeschichte**  
M ü n c h e n - B e r l i n

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2021  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Frutiger  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf  
Lithographie: SchwabScantechnik, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-5049-6  
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4742-7

# Inhalt

MAGNUS BRECHTKEN	
Einleitung . . . . .	9

## I. Einführende Perspektiven

ARND BAUERKÄMPER	
Transnationale Dimensionen der »Vergangenheitsaufarbeitung« . . . . .	20

JEFFREY HERF	
Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland seit 1945. Anfänge, Hauptmotive und Kritik an der Erinnerungspolitik vonseiten des SED-Regimes und der radikalen Linken in Westdeutschland . . . . .	38

MAGNUS BRECHTKEN	
Die Gründungswege des Instituts für Zeitgeschichte – eine Aktualisierung . . . . .	61

## II. Verfolgung und Holocaust

KARIN ORTH	
Geschichte und Struktur des nationalsozialistischen KZ-Systems . . . . .	102

FRANK BAJOHR	
Holocaustforschung – Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945 . . . . .	122

CHRISTOPHER BROWNING	
Die Entwicklung der Holocaust-Forschung. Eine amerikanische Perspektive . . . . .	143

ULRIKE JUREIT	
Womit wir alle nicht fertig werden. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust . . . . .	171

### III. Juristische Dimensionen

ANNETTE WEINKE

Von der (Vor-)Ermittlungsbehörde zur »neuen« Täterforschung.

Die Zentrale Stelle Ludwigsburg . . . . . 191

HANS-CHRISTIAN JASCH

NS-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten.

Zu Täterschaft und Täterbegriff . . . . . 210

### IV. Historische Orte und Erinnerungspolitik

FLORIAN DIERL

Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen

als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung . . . . . 247

ALEXANDER SCHMIDT

»Nürnberg« – vom Stigma der besonders belasteten Stadt

zum Imagefaktor Erinnerungskultur . . . . . 261

SVEN KELLER

Er bleibt – aber wie?

Der Obersalzberg als Hitler-Ort . . . . . 284

### V. Funktionäre und politische Akteure

MATTHIAS STICKLER

Die deutschen Vertriebenenverbände – historiographische Aspekte . . . . . 317

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland.

NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie . . . . . 335

ANDREAS SCHULZ

Braune Parlamentarier?

Zur NS-Vergangenheit des Deutschen Bundestages . . . . . 371

### VI. Behörden und Auftragsforschung

NIELS WEISE

»Mehr als Nazizählerei«.

Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005 . . . . . 386

CONSTANTIN GOSCHLER

Auftragsforscher im Herzen der Finsternis?

Das Geschichtsprojekt zum Bundesamt für Verfassungsschutz  
im Kontext der jüngeren Aufarbeitungsforschung . . . . . 405

GERHARD SÄLTER

Professionalität, NS-Belastung und die Integration

der Staatsbediensteten: Über die Argumentationsfigur des Experten . . . . . 417

MANFRED GÖRTEMAKER

Die aktuelle geschichtspolitische Debatte und die

Kommission des Bundesministeriums der Justiz . . . . . 435

FRIEDER GÜNTHER

Zweierlei Kontinuitäten.

Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin

nach dem Nationalsozialismus . . . . . 456

DIERK HOFFMANN

NS-Schatten in der frühen DDR-Geschichte.

Das Beispiel der Staatlichen Plankommission . . . . . 473

## VII. Medien-Perspektiven

OLAF BLASCHKE

Endlich genug von Hitler oder bitte noch mehr?

Verlage als vergangenheitspolitische Akteure . . . . . 489

WULF KANSTEINER

Mitlaufen, Zuschauen, Mitfühlen.

Holocaust-Erinnerung im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland . . . 506

SONJA M. SCHULTZ

Kino und Katharsis?

Bilder vom Nationalsozialismus im deutschen Film . . . . . 534

PATRICK MERZIGER

»Um des Lachens willen sind die Kinos voll.«

Zur Verarbeitung deutscher Vergangenheit in der Filmkomödie

*Wir Wunderkinder* (1958) . . . . . 557

## VIII. Raubkunst und Restitution

JOHANNES GRAMLICH

NS-Raubkunst und die Herausforderungen der Restitution.

Ein Überblick . . . . . 584

ANDREA BAMBI

Kunstraub, Restitutionsfragen und Provenienzforschung.

Historische Perspektiven einer verzögerten Aufarbeitung . . . . . 614

## IX. Kontroversen vor der Gegenwart

BILL NIVEN

Jüngere Strömungen deutscher Erinnerungskultur –

einige Beobachtungen . . . . . 647

## X. Kleinkunst und Literatur: Zwei Interviews

INTERVIEW THOMAS PIGOR / MAGNUS BRECHTKEN

»... eine gerade blasphemische Freude,

dem Moloch ans Bein zu pinkeln.« . . . . . 669

INTERVIEW TIMUR VERMES / MAGNUS BRECHTKEN

»Das ist entsetzlich – und komisch.« . . . . . 677

Dank . . . . . 682

Autorinnen und Autoren . . . . . 684

Personenregister . . . . . 692

## Einleitung

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist so alt wie dieser selbst. Schon mit dem Aufkommen der NSDAP in den 1920er Jahren, erst recht nach der Machtübernahme 1933 diskutierten Anhänger und Gegner über seine Wurzeln und sein Wesen. Während des Zweiten Weltkrieges erschienen im Ausland umfangreiche Abhandlungen, die das »Dritte Reich« und die Gründe seines Herkommens in den Verlauf der deutschen Geschichte einzuordnen suchten. Nach 1945 wiederum lassen sich zahlreiche Phasen der Auseinandersetzung mit dem Erbe der nationalsozialistischen Herrschaft identifizieren, die sich auf unterschiedlichen Diskussionsfeldern entwickelten. Zu unterscheiden sind etwa juristische, politische, gesellschaftliche, geschichtswissenschaftliche, erinnerungskulturelle und publizistische Zugänge, die jeweils eigenen Ansprüchen und Dynamiken folgten.<sup>1</sup>

### I. Aufarbeitung, nicht Bewältigung

Wir benutzen für diesen Prozess den Begriff der *Aufarbeitung*, verstanden als Kombination aus Quellensicherung, Analyse und Diskussion. Der Begriff *Vergangenheitsbewältigung*<sup>2</sup> dagegen, der in den 1950er Jahren aufkam und lange vorherrschte, erscheint heute weniger plausibel, weil *Bewältigung* einen erreichbaren oder zu erreichenden Schlusspunkt – an dem alles »bewältigt« ist – vorstellen lässt, statt den offenen Prozesscharakter der Forschung deutlich werden zu lassen. *Vergangenheitsaufarbeitung* ist folglich zu verstehen im neutralen Sinn einer fortwährenden rationalen Analyse mit geschichtswissenschaftlicher Methodik.<sup>3</sup> Sie meint wesentlich:

1 Diese Einleitung ist als Überblicks-Essay konzipiert, der angesichts der Fülle einschlägiger Publikationen auf einen umfänglichen Anmerkungs- und Literaturapparat verzichtet. Die zentralen Interpretationen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit finden sich nachgewiesen in meinem Beitrag zur Gründungsgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte in diesem Band. Eine umfassende Geschichte der Vergangenheitsaufarbeitung von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart mit allen relevanten wissenschaftlichen und publizistischen Texthinweisen werde ich 2023 unter dem Titel *Mastering Hitler* veröffentlichen. Zu einzelnen Thesen und Argumenten habe ich empirische Studien vorgelegt, die im Folgenden zum Nachweis der einschlägigen Quellengrundlagen genannt werden.

2 Peter Dudek, *Vergangenheitsbewältigung. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 1-2 (1992), S. 44-53.

3 Der Hinweis erscheint notwendig mit Blick auf die einst von Theodor Adorno attackierte Lesart, dass »Aufarbeitung« im handwerklichen Sinn verstanden als eine Art Restauration abzulehnen sei. Die Etablierung des Begriffs *Vergangenheitsaufarbeitung* seit Mitte der 1970er Jahre und seine zunehmende Verwendung seit Ende der 1980er Jahre bis zur Jahr-

Sicherung, Klärung und Analyse von Quellen weitester Provenienz, Präsentation der Forschungsbefunde, öffentliche Diskussion der Thesen und Argumente. Wem dies als selbstverständlich, ja banal erscheint, der wird beim Blick über die Jahrzehnte immer wieder davon überrascht werden, wie Metadiskussionen – etwa der sogenannte Historikerstreit oder die jüngste Debatte um die Verbindung zwischen Kolonialgeschichte und Holocaust – aufgrund einer mangelhaften Rückbindung an die Quellen und die Forschungsliteratur irreführend simplifizieren und das verfügbare Wissen mehr verwischen als erhellen.

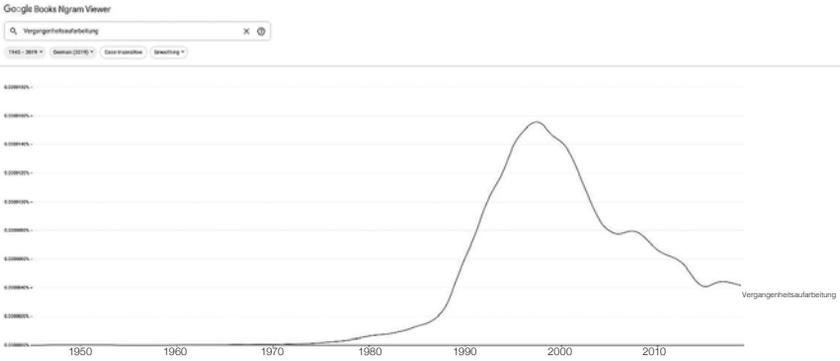
Es ist zugleich ein bis heute wiederholt zu lesendes Missverständnis, dass die Vielfalt des *Redens über* den Nationalsozialismus in den 1950er und 1960er Jahren bereits eine *aktive Aufarbeitung* gewesen sei. Fakt ist vielmehr, dass das Sprechen über das »Dritte Reich« in den ersten Jahrzehnten vielfach ein Herauserzählen war, in dem konkrete Aspekte individueller Verantwortung und persönlicher Täterschaft entweder beschwiegen wurden oder verharmlost und vernebelt blieben. Das menschlich allzu bekannte Bedürfnis nach rückwirkender Harmonisierung des eigenen Lebensweges überwog bei weitem die Reflexion der möglichen Schuldhaftigkeit eigenen vergangenen Handelns.<sup>4</sup>

Dabei bietet die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seit Kriegsende kein einheitliches Bild, sondern wir erkennen Analysestränge, die sich entlang spezifischer Themen entwickeln. Dazu zählen etwa die Gründe für das Scheitern der Weimarer Demokratie, die Machtfreigabe an die Nationalsozialisten, die Bedeutung der NSDAP, die Untersuchung des NS-Herrschaftsapparats, die Rolle Hitlers, der Einfluss nationaler Traditionen, die Kontinuitäten vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«, das Wirken der Funktionseliten sowie die Bedeutung von Institutionen vom Militär bis zu den Kirchen. Vor allem standen immer wieder die zentralen Fragen von Gewalt, Verfolgung und Vernichtung im Zentrum der Diskussion, namentlich der Holocaust, der aber erst seit den 1970er Jahren zu einem weithin beachteten Forschungsthema wurde. Noch später traten Fragen etwa der Entschädigung von Zwangsarbeitern, Ghetto-Renten oder NS-verfolgungsbedingt entzogener Kunst- und Kulturgüter hinzu.

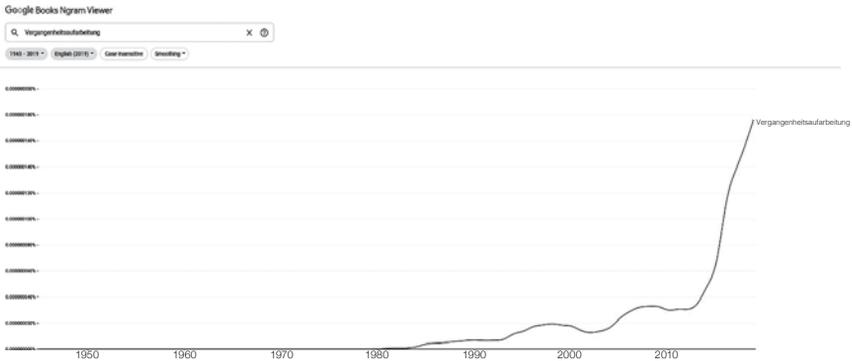
Aufarbeitung und Diskussion sind mithin als kumulativer Prozess fortgesetzter Wissenserweiterung erkennbar, verlaufen aber weder linear noch nach einem identifizierbaren Schema. Vielmehr entwickeln einzelne Aspekte oft eine eigene, nicht prognostizierbare Dynamik: Beispiele sind etwa die Wirkung des Eichmann- und des Auschwitz-Prozesses, die Film-Serie *Holocaust*, die Öffnung der osteuropäischen

tausendwende lässt sich empirisch nachzeichnen, wenn wir den Korpus deutsch- und englischsprachiger Bücher über Ngram-Viewer für die Jahre 1945 bis 2019 in den Blick nehmen. Während der Begriff in der deutschsprachigen Diskussion seither an Popularität verliert, hat er sich im englischsprachigen Diskurs massiv durchgesetzt.

4 Exemplarisch ist diese Kombination von nationalsozialistischem Ehrgeiz, Kriegsverbrecherkarriere, rückblickender Legendenbildung, Täuschung und Herauserzählen am Lebenslauf Albert Speers ablesbar: Magnus Brechtken, *Albert Speer. Eine deutsche Karriere*, 3. Aufl., München 2017.



*Grafik 1: Begriff »Vergangenheitsaufarbeitung« im Korpus deutschsprachiger Bücher von 1949 bis 2019.*



*Grafik 2: Begriff »Vergangenheitsaufarbeitung« im Korpus englischsprachiger Bücher von 1949 bis 2019.*

Archive nach Ende des Kalten Krieges, Kontroversen um die Traditionsstiftung in Ministerien oder der sogenannte Schwabinger Kunstfund: Sie provozierten und fokussierten recht plötzlich eine Vielzahl weiterer Forschungsressourcen und intensiver Recherchen, die unser Wissen substanziell erweiterten. Die Zufälligkeit, mit der das plötzliche Interesse neue Forschungswege öffnete, mahnt zu Vorsicht bei jeder Prognose, welche Fragen in den nächsten Jahren in vergleichbarer Weise in den Mittelpunkt rücken werden.

Bei aller Komplexität lassen sich in der Vielfalt von Themen und Strängen in der Gesamtperspektive vier Phasen unterschiedlicher Hauptinteressen beschreiben:

1. Die Analyse der aktuellen NS-Geschichte bis 1945 (seit den 1930er Jahren)
2. Ursachenforschung und Beginn der »Aufarbeitung« (seit Kriegsende)

3. Erweiterung der Analyse-Ebenen durch Diskussion um die Beziehung von empirischer NS-Geschichte und dem Umgang damit seit 1945 (seit den 1980er Jahren)
4. Fragen der Kontinuität und Diskontinuität von der Weimarer Republik bis in die 1960er/70er Jahre (seit Ende der 2000er Jahre)

Ob jüngere Diskussionen um Nationalsozialismus und Holocaust in der Perspektive von Gewalt- und Genozidgeschichte(n) vom »Zeitalter des Imperialismus« bis zur Gegenwart als eigenständige neue Phase charakterisierbar sind, ist fraglich. Vielmehr erscheint hier das wiederkehrende Beispiel einer Metadiskussion, ähnlich dem sogenannten Historikerstreit in den 1980er Jahren, die als Diskursphänomen zwar von Interesse sind, wissenschaftlich-empirisch aber kaum neue Argumente liefern.

## II. Phasen und Themen der Aufarbeitung – eine Skizze

In aller gebotenen Skizzenhaftigkeit lassen sich über die genannten drei Phasen nach 1945 hinweg thematische Wellen der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus wie folgt charakterisieren: In der unmittelbaren Nachkriegszeit dominierte die von den Alliierten betriebene Ahndung. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess sowie den Folgeprozessen, aber auch in der Tätigkeit der Spruchkammern manifestierte sich aus Sicht der Deutschen, die das »Dritte Reich« durchlebt hatten, eine von außen herangetragene, weithin unfreiwillige Auseinandersetzung. Die Mehrheit der Deutschen sah sich ungerecht behandelt. Für die 1950er Jahre hat Hermann Lübbecke den viel zitierten Begriff des »kommunikativen Beschweigens« geprägt: die Menschen wussten, was sie selbst vor 1945 getan hatten, sie wussten es über Nachbarn und Arbeitskollegen, aber sie lebten »unter der Prämisse, dass es politisch weniger wichtig sei, woher einer kommt als wohin er zu gehen willens« war.<sup>5</sup> Symbolisch stand hierfür etwa das am 11. Mai 1951 vom Bundestag beschlossene 131er-Gesetz. Konkrete, Verantwortungen klärende Forschung zum Nationalsozialismus, wie sie etwa das junge Institut für Zeitgeschichte nach den Motiven seiner Gründer betreiben sollte, war für einen keineswegs der NS-Apologie verdächtigen Historiker wie Franz Schnabel »eine Überordnung der Wissenschaftlichkeit über das Leben, die geradezu gegen den gesunden Menschenverstand verstößt.«<sup>6</sup> Entsprechend wenig war die universitäre Geschichtsforschung zunächst am Nationalsozialismus interessiert. Bedeutende zeithistorische Werke – beispielhaft Karl Dietrich Brachers Habilitationsschrift über die »Auflösung der Weimarer Republik« – erschienen als Außenseiter-

5 Hermann Lübbecke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, Berlin 1983, S. 329-349, hier S. 341.

6 Brief Franz Schnabel an Gerhard Ritter vom 15. Juli 1949, zit. nach Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 534.

Publikationen. Bracher erhielt seinen Lehrstuhl für »Politik und Zeitgeschichte« 1959 an der Universität Bonn bei den Politologen, nicht bei den Historikern.

Historiographisch dominierte in den 1950er Jahren die Lesart des Nationalsozialismus als Totalitarismus. Seit den 1960ern rückte der später sogenannte Funktionalismus oder Strukturalismus die Bedeutung von Institutionen in den Mittelpunkt. Entsprechend wandelte sich das Bild der treibenden Kräfte. In den 1950er Jahren dominierte die Vorstellung von Hitler und wenigen Getreuen, die aus Macht-ehrgiz und durchweg totalitär alle Bereiche durchherrschten, während die Mehrheit der Deutschen sich so als Unterdrückte sehen konnte. Mit dem Strukturalismus richtete sich der Blick nun auf die konkurrierenden Kräfte von Staat und Partei, von Machtgruppen und Einzelinteressen, die als eigentlich treibend und verantwortlich angesehen wurden für die fortschreitende Radikalisierung der NS-Herrschaft. Hitler und die führenden Köpfe des Herrschaftsapparates gerieten dabei aus dem Blick. Funktionalistische Interpretationen und die Etablierung der Gesellschaftsgeschichte seit den 1970er Jahren ließen biografische Arbeiten im Fach in den Hintergrund rücken, ohne dass hier schon Forschungssynthesen zu zentralen Akteuren jenseits von Hitler vorlagen. Die populärste Hitler-Biografie schrieb kein Historiker, sondern der Journalist Joachim Fest. Durch die Betonung der institutionellen Dynamiken erweiterte sich der Blick auf die Vielzahl Verantwortlicher, stoppte aber regelmäßig vor dem systematischen Blick auf die konkrete, individuelle Täterforschung. Die notwendige Abkehr von einer entlastenden Hitler-Zentrik ließ dabei zugleich die zentrale Bedeutung der NS-Ideologie in den Schatten treten und förderte deren Unterschätzung für die Dynamik der Herrschaftsentfaltung.

Auf die juristische Ahndung durch die Alliierten folgten seit den 1950er Jahren Prozesse vor deutschen Gerichten, seit 1958 unterstützt durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Auch der Ulmer Einsatzgruppenprozess im selben Jahr, die internationalen Diskussionen um den Prozess gegen Adolf Eichmann seit 1961 sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 machten Verbrechenskomplexe einer weiteren Öffentlichkeit bekannt. Aber wissenschaftlich stand dem wenig zur Seite. Raul Hilbergs Standardwerk über die *Vernichtung der europäischen Juden* erschien mit Hindernissen 1961 in englisch-amerikanischer, erst 1982 in kleiner Auflage in deutscher Sprache. Der Begriff »Holocaust« etablierte sich seit den 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten und erhielt 1978/79 durch die gleichnamige Fernsehserie weltweite Prägung. Die erste wissenschaftliche Konferenz in der Bundesrepublik über die Judenvernichtung fand 1984 in Stuttgart statt. Werke mit konkreten, detaillierten Beschreibungen der Vernichtungspolitik erschienen seit Ende der 1980er Jahre – beispielhaft etwa die Taschenbuchausgabe einer aktualisierten Auflage von Hilbergs Hauptwerk oder Christopher Brownings Buch über die *ordinary men*. Saul Friedländers innovative integrierte Geschichte der Judenverfolgung erschien in Deutschland seit 1998.<sup>7</sup>

7 Ausführlich zur Forschungsentwicklung über den Holocaust die beiden zusammenfassenden Beiträge von Frank Bajohr und Christopher Browning in diesem Band.

Die Geschichtsdebatten der 1980er Jahre – die Auseinandersetzungen um das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, das Deutsche Historische Museum sowie der sogenannte Historikerstreit – sind unmittelbare gesellschaftspolitische Reaktionen zum Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus. In der Kritik an den Museumsplänen manifestierte sich die Furcht eines Teils der Geschichtswissenschaft, dass mit den musealen Gründungen eine Art wiederbelebter nationaler Legitimationsgeschichte geschaffen werden solle, in der die nationalsozialistische Herrschaft im Stil der Erzählung vom unglücklichen Betriebsunfall, der unwillkürlich über die Deutschen gekommen sei, nivelliert werden könne.

Der sogenannte Historikerstreit wiederum verwischte den eigentlichen Kern der Auseinandersetzung mehr als ihn zu klären: Die berechtigte Zurückweisung der apologetischen Konstruktionen Ernst Noltes wurde vermengt mit aktuellen geschichtspolitischen Fragen. Die Fronten des Historikerstreits sortierten sich mehr an überkommenen Loyalitäten als an historiographischen Analysen, so dass der eigentliche Kern – Noltes Quellenferne und seine Gleichgültigkeit gegen empirische Befunde – weithin undiskutiert blieb. Die mangelhafte Analyse verharmloste Noltes fortschreitende NS-Apologie. Bis in die jüngere Gegenwart ist zu lesen, es sei um einen Vergleich von Bolschewismus und Nationalsozialismus gegangen. Richtig ist, dass Vergleiche nicht nur erlaubt, sondern notwendig sind, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede historischer Phänomene herauszuarbeiten. Aber Nolte insinuierte etwas Anderes. Er wollte den nationalsozialistischen Judenmord als eine Reaktion gelesen wissen, als gleichsam aufgrund der Umstände und des Verhaltens von Bolschewisten und »den Juden« nachvollziehbare Gegenwehr gegen eine vermeintliche Bedrohung. Wer dagegen die Quellen zum NS-Antisemitismus und zur Judenpolitik las, konnte jederzeit sehen, dass dergleichen behauptete »Reaktion« auf bolschewistische Praktiken für Hitlers Geschichtsbild und die NS-Ideologie kaum eine Rolle spielte, für die politische Motivation und die praktische Politik von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung von 1933 bis 1945 schon mal gar nicht. Die NS-Politik folgte einer genuin eigenständigen ideologischen Überzeugung vom Wesen des Geschichtsprozesses.

Eine Lehre immerhin bot die wissenschaftlich unfruchtbare, mit vielen persönlichen Verletzungen einhergehende Auseinandersetzung: Wer sie als junger Forscher miterlebte, sah, wie Kontroversen aus geschichtspolitischen Motiven die Wissenschaft unterminierten. Rationaler Erkenntnisfortschritt, so viel wurde deutlich, war nur möglich bei fortwährender kritischer Selbstbefragung, die stets auch die Revision eigener Standpunkte einschließen musste. Auch die polemischen Formen des Streits schreckten viele Jüngere ab, so dass sie im Ton eigener Debatten ähnliche Schärfen zu meiden suchten.

Zugleich verloren Historiker – es waren weiterhin meist Männer – als intellektuelle Leitfiguren öffentlicher Selbstvergewisserung zusehends an Einfluss. Verstanden sich manche bis weit nach 1945 noch zu historischer Staatslegitimation berufen, so trat seit den 1960er Jahren eine neue Generation in den Vordergrund, die ihre Aufgabe in der kritischen Befragung und Förderung gesellschaftlich-emanzipatori-

scher Prozesse sah. Die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der sogenannten klassischen Politikgeschichte und der »modernen« Gesellschaftsgeschichte spiegeln diesen Wandlungsprozess. Auf allen Seiten schwang dabei jedoch stets noch eine hohe Auffassung von der Rolle mit, die die eigene »Zunft« im politisch-gesellschaftlichen Gefüge einnehme. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung erlebte die Geschichtswissenschaft nicht zuletzt durch ihre zunehmende Differenzierung und Vielfalt ein weiteres Nachlassen ihres Einflusses. Das hing ursächlich zusammen mit einer erneuten thematischen Wende hin zur sogenannten Kulturgeschichte, die seit den 1990er Jahren höchst einflussreich wurde. Deren Themenwahl und fachinterne Popularität trug entschieden dazu bei, dass sich die Geschichtswissenschaft von der Rolle einer historisch-informierten und informierenden Orientierungswissenschaft für die selbstkritische Zivilgesellschaft zusehends entfernte.

In der NS-Forschung trat nach der Entwicklung zur konkreten Täterforschung seit den 1980er Jahren in den 1990ern die Rolle der sogenannten deutschen Volksgemeinschaft in den Vordergrund. Die Analyse der Mehrheitsgesellschaft in ihrer Bedeutung für die Regimestabilität und Herrschaftsdynamik illustrierte den grundsätzlichen Wandel von den Lesarten der 1950er Jahre zur jüngeren Gegenwart. Statt »das Volk« als Objekt totalitärer Unterdrückung aus dem Blick der Mitverantwortung zu eskamotieren, lieferte die Analyse von Ego-Dokumenten, privaten Aufzeichnungen und ähnlichen Quellenkorpora ein differenziertes Bild vieler Volksgenossen in ihrem Bestreben »dem Führer entgegen zu arbeiten«.<sup>8</sup> Die »Volksgemeinschaftsforschung« wurde nach der Jahrtausendwende intensiv weiter betrieben, aber seit den späten 2000er Jahren vom Boom der Analysen zu Ministerien und Behörden überlagert und abgelöst. Auch hier zeigt sich, wie sehr dergleichen Forschungswellen mit der Erwartungshaltung und der Diskussionswilligkeit der Gesellschaft korrespondieren. Deutlich wurde dies etwa, als 2010 das Sammelwerk über *Das Amt und die Vergangenheit* erschien. Zentrale Erkenntnisse des Bandes waren bereits in den 1980er und 1990er Jahren veröffentlicht worden, ohne dass sie eine ähnliche öffentliche Resonanz erhalten hätten.<sup>9</sup> Mehrfach wurde die Welle dieser Aufarbeitungsprojekte<sup>10</sup> schon vor Jahren für beendet erklärt, setzte sich aber fort, indem nach der Bundes- und Länderebene inzwischen regionale und kommunale Aspekte der Kontinuitäts- und Diskontinuitätsgeschichte in den Mittelpunkt

8 Werner Willikens, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, in einer Rede am 21. Februar 1934; zit. nach Ian Kershaw, *Hitler*, Bd. 1: 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 27, 663.

9 Zusammenfassender Überblick: Magnus Brechtken, *Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit«*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63/1 (2015), S. 59-91.

10 Niels Weise bietet in diesem Band einen konzisen Überblick zu den Hintergründen und Entwicklungen der Aufarbeitungsprojekte, die in den vergangenen 20 Jahren von Ministerien, obersten Bundesbehörden, aber auch von Landtagen und anderen öffentlichen Institutionen initiiert oder begleitet wurden.

rücken. Es ist absehbar, dass die Zukunft dieser Projekte weniger in grundlegend neuen Erkenntnissen liegt als in der Differenzierung und Vertiefung unseres Wissens.

### III. Zur Problematik jüngerer Diskussionen

Wer nun vor dem Hintergrund von sieben Jahrzehnten Aufarbeitungsdiskurs die jüngsten Debatten zur Geschichte des Deutschen Kaiserreiches und seiner Kontinuitätslinien zum »Dritten Reich« verfolgt, mag zunächst überrascht sein. Da ist etwa die These zu vernehmen, dass das Kaiserreich doch deutlich demokratischer gewesen sei als gemeinhin behauptet. Die deutsche Außenpolitik vor 1914 wird ferner zum Teilaspekt einer allgemeinen internationalen Unverantwortlichkeit nivelliert, in deren Gemengelage alle Akteure Fehler auf sich luden und damit am Ende alles politische, militärische und diplomatische Handeln irgendwie verschwommen erscheint. Dann wiederum werden Gründe, Motive und Wirkungen der Kolonialpolitik des deutschen Kaiserreiches und der europäischen Kolonialmächte insgesamt in eine Linie gesetzt mit der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, die damit ebenfalls ihre Spezifika verliert und irgendwie zum Element einer allgemeinen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts wird.<sup>11</sup>

Alle drei Diskurse wirken mit Blick auf die Quellen und im Licht der bereits vielfältig diskutierten Argumente jahrzehntelanger Forschungsliteratur gleichermaßen erstaunlich.

Wer die realen demokratischen Potentiale des Kaiserreiches erörtern will, kann nahezu alle heute wiederkehrenden Argumente in den Debatten seit den 1960er Jahren – exemplarisch seien Thomas Nipperdey und Hans-Ulrich Wehler als

11 Für eine ausführliche Diskussion dieser Debatten ist hier kein Raum, weshalb einige Stichworte genügen müssen: Als Indikator für die Sehnsucht nach rückblickender Harmonisierung beim Blick auf die Außenpolitik des Kaiserreichs lässt sich exemplarisch der Erfolg von Christopher Clarks Buch *Die Schlafwandler* interpretieren; für die Innenpolitik kann entsprechend Hedwig Richters Buch *Demokratie – Eine deutsche Affäre* und ihr *Zeit*-Beitrag mit Bernd Ulrich gelesen werden: Hedwig Richter/Bernd Ulrich, Die Angst vor dem Volk, in: *Die Zeit* Nr. 15/2021, 8. 4. 2021. Ein jüngerer Beispiel für den argumentativen Kampf gegen angebliche, aber nicht existente Tabus: Jürgen Zimmerer/Michael Rothberg, Enttabuisiert den Vergleich!, in: *Die Zeit* Nr. 14/2021, 31. 3. 2021. Das angebliche »Tabu« von Vergleichen ist ein wiederkehrendes Argumentationsmuster, das bereits im Historikerstreit zur Ablenkung von den Implikationen der Thesen Ernst Noltes diente und schon seinerzeit nicht zutraf. Das mit den Argumenten von Zimmerer und Rothberg verbundene Pamphlet von Dirk A. Moses *Der Katechismus der Deutschen* bietet eine Lesart, bei der neben einer offensichtlich begrenzten Vertrautheit mit den Komplexitäten, Strängen und Meinungsentwicklungen der Aufarbeitungsgeschichte ein verschwörungsaffines Weltbild mit einer sichtlich politischen Agenda aufscheint, <https://geschichtedergewenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> [28. 6. 2021].

Exponenten genannt – nachlesen. Über die Jahrzehnte wurden enorme Korpora für die Fragen der Macht- und Entscheidungsprozesse verarbeitet, analysiert, diskutiert. Das unterscheidet das Kaiserreich vom Nationalsozialismus, zu dem weiterhin Quellenfunde zu erwarten sind. Auch die Verbindungslinien vom Kaiserreich zum »Dritten Reich« und ihre Verbindungen zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt sind vielfach erörtert worden.

Die Forschungen zum Kaiserreich verweisen immer wieder auf die Grundfragen: Wer entschied über politische Prozesse, über Rüstungsfragen und Außenpolitik, am Ende über Krieg und Frieden? Wer dies analysiert, wird erkennen können, dass das Kaiserreich sich seit den 1890er Jahren auf einem politischen Kurs bewegte, der nicht erst unmittelbar vor dem Kriegsbeginn 1914 in eine Konfrontationslage führte, die nicht zuletzt einem Mangel an demokratisch-parlamentarischen *checks and balances* entsprang. Seit 1895 wurden die Reaktionen und Konsequenzen des außen- und militärpolitischen Handelns immer und immer wieder zurückgespielt in die deutsche Führung. In ihren Handlungen und Entscheidungen liegt ein Großteil der Verantwortung für jene internationale Konstellation, die über zwei Jahrzehnte entstanden war, als sie sich 1914 kriegerisch entlud.<sup>12</sup>

Schließlich ist die in jüngster Zeit entfaltete Debatte um die Traditionslinien vom Kaiserreich und der europäischen Kolonialgeschichte zur Gewaltpolitik des Zweiten Weltkrieges zu nennen. Die regelmäßigen Versuche, den Holocaust in der Kolonial- und Genozidgeschichte zu nivellieren, sind trotz ihrer Wiederholung wissenschaftlich nicht überzeugender geworden. Es ist das *Ergebnis* historischer Vergleiche, den Holocaust als etwas Singuläres, weil in seiner Motivation und mit seinen Zielen Neues und von früheren Gewaltgeschichten Verschiedenes zu charakterisieren. Die Politik der Judenvernichtung war insofern singulär, als sie erstmals in dieser spezifischen Form als staatliches ideologisches Projekt – und nicht als »Beiwerk« und »Kollateralereignis« von Herrschaftspolitik zu anderen Macht-Zwecken wie im Kolonialismus – konzipiert und betrieben wurde. Die deutschen und europäischen Juden waren nicht Opfer eines imperialistischen Herrschaftsanspruchs, den es gegen andere Herrschaftsansprüche durchzusetzen galt – wie etwa beim Genozid an den Herero und Nama. Sie waren auch nicht, wie die meisten Opfer des Stalinismus, eine zu beseitigende Klasse in einem als determiniert angenommenen Geschichtsprozess. Im Nationalsozialismus dagegen war der Judenmord der imaginierte Auftrag und Sinn eines historischen Prozesses, Selbstzweck aus ideologischer Glaubensgewissheit, die eigentliche Aufgabe der eigenen Existenz und Herrschaft. Es bleibt ein Unterschied, ob Menschen zur Herrschaftssicherung unterdrückt und verfolgt werden oder weil sie als Menschen interpretiert werden, denen man ein zwingend zu vernichtendes Wesen zuschreibt.

12 Dazu im Detail: Magnus Brechtken, *Scharnierzeit 1895-1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg*, Mainz 2006.

## IV. Nicht die Großeltern retten

Bis in die Gegenwart ist bisweilen das Argument zu hören, vergangene Institutionen und das Handeln früherer Personen müssten im Lichte ihrer Zeit beurteilt werden, nicht nach rückblickend angelegten Maßstäben der Gegenwart. Der darin enthaltene Vorwurf, wonach nachträgliche Distanzierung wohlfeil sei und die zeitgenössische Konfliktlage der Individuen nicht ausreichend berücksichtige, läuft jedoch ins Leere, denn er verkennt die Aufgabe der historischen Wissenschaft. Unsere Aufgabe als Historikerinnen und Historiker ist es, aus einer rationalen Position historische Ereignisse zu analysieren. Es ist dagegen nicht unsere Aufgabe, den argumentativen Versuch zu unternehmen, unsere Großeltern oder deren Vorfahren zu retten.

Selbstverständlich ist es nicht angezeigt, die politischen Handlungen beispielsweise des Königs Friedrich II. von Preußen oder des Ministerpräsidenten Otto von Bismarck mit heutigen Maßstäben rückwirkend zu verurteilen, als ob ihnen zeitgenössisch schon unser Urteils- und Wertekanon zur Verfügung gestanden hätte. Wer aber Bismarck als skrupelarmen Machtmenschen beschreibt oder die Gleichgültigkeit Friedrichs II., mit denen er tausendfach Menschen aus Laune zum Krieg in den Tod schickte, der misst weder Bismarck noch Friedrich mit heutigen Maßstäben, sondern er stellt historische Tatsachen fest. Wenn Historiker in der Gegenwart sich zum Hinweis aufgerufen fühlen, dass Friedrich und Bismarck im Denken ihrer Zeit gehandelt hätten, so schränkt das die historischen Tatsachen – das tausendfache In-den-Tod-Schicken und die geschickte Machtmanipulation – in keiner Weise ein. Historisch war dies so. Vielmehr stellt sich die Frage, warum sich Historiker in der Gegenwart derart aufgerufen fühlen, gleichsam als Rechtsanwälte der Vergangenheit aufzutreten, die doch »nur« analysiert und beschrieben wird.

Wenn aber ein sich als Verteidiger verstehender Historiker meint, dass für den gegenwärtigen Analytisten und seine Leserinnen und Leser automatisch nur die historische Position der damaligen Zeit für eine heutige Darstellung akzeptabel sei, unterminiert dies den Sinn von Geschichtswissenschaft und historischer Analyse. Denn diese liegt nicht zuletzt darin, Entwicklungen und Wandlungen – ganz neutral und nicht notwendigerweise positiv verstanden – etwa vom 18. und 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart erkennbar zu machen, damit sich Leserinnen und Leser vor diesem Hintergrundwissen historisch verorten können. Welche Schlüsse sie daraus ziehen, können wir ihnen getrost selbst überlassen. Wer meint, dass es sinnvoller und erfolgreicher sei, wie unter Friedrich oder unter Bismarck zu leben und zu handeln, mag dafür argumentieren.

Wenn wir allerdings analysieren, was die Weltbilder und das Tun unserer Vorfahren bestimmte, so mag darin manches zu finden sein, was wir politisch und moralisch heute ablehnen – Kolonialismus, Rassismus, Völkermord. Indem wir diese Phänomene für die Vergangenheit analysieren und erkennen, sie festhalten und benennen, fällen wir zunächst kein moralisches Urteil, sondern beschreiben gewesene Vergangenheit. Indem wir dies tun, können wir allerdings die Beziehung

zur Gegenwart erkennen und uns bewusst machen, was wir selbst als Konsequenz dieser Erkenntnisse heute anders machen können – und sollten. Wer dagegen nationalistische Identifikationsgeschichte zu schreiben sucht nach dem Motto: »Was damals geschah, hat mit uns heute nichts zu tun, weil die Maßstäbe andere waren«, der verweigert sich der Erkenntnis. Denn richtig ist: Die Maßstäbe waren andere – und genau deshalb hat das etwas mit uns heute zu tun.

Auf das »Dritte Reich« und seine Verarbeitungsgeschichte bezogen meint dies etwa: Wenn wir heute feststellen, dass in den 1950er Jahren eine konkrete Täterforschung kaum stattfand – weil die Täter noch allgegenwärtig in der Gesellschaft lebten –, und wenn wir sehen, dass eine Holocaustforschung kaum betrieben wurde und die wenigen, die sie betrieben, kaum Resonanz erhielten: Dann ist das zunächst einmal eine Feststellung der historischen Tatsachen. Wer daraus eine Anklage oder Verurteilung liest, die er für ablehnenswert erachtet, stellt sich jenseits der analytischen Kategorien.

Zugleich gilt, dass die Generationen der im Jahr 2021 in Politik und Gesellschaft aktiven Menschen keine persönliche, individuelle Verantwortung für das spezifische Handeln ihrer Groß- und Urgroßeltern übernehmen können. Was wir allerdings tun können ist, sie zu analysieren, aus den Weltbildern zu lernen und darauf zu achten, dass wir deren Folgen – Kolonialismus, Rassismus, Völkermord – nicht selbst praktizieren und jedem Aufkeimen solchen Denkens aus historischer Einsicht in die Folgen aktiv entgegenzutreten.

Schließlich: Die Beiträge dieses Bandes zeigen bewusst vielfältige Ansätze, sie bilden ein Kompendium, keine Enzyklopädie. Während die einen systematisch die Forschungsentwicklung zusammenfassen, werfen andere mehr essayistisch einen Blick auf spezifische Phänomene. Die Gesamtanlage des Bandes zielt nicht auf ohnehin unerreichbare Vollständigkeit, sondern auf eine Vielfalt von Blicken, Perspektiven, Zusammenfassungen und – hoffentlich – Anregungen für weitere Forschungsfragen.

## Transnationale Dimensionen der »Vergangenheitsaufarbeitung«

Erinnerungen an den Nationalsozialismus, Faschismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sind nach 1945 lange national gerahmt geblieben. Erst seit den 1970er Jahren, vor allem aber nach dem Ende des Kalten Krieges 1989-91 haben sich verstärkt transnationale Bezüge und Austauschprozesse herausgebildet, die vielfach mit Erinnerungskonflikten einhergegangen sind. Die Dynamik, die mit der Hinwendung zu (selbst-)kritischen Erinnerungsnarrativen im Westen einhergegangen ist, hat auch Begriffe und Konzepte erfasst, mit denen lange ausschließlich in Deutschland über den Umgang mit Geschichte diskutiert worden ist. So ist das 1959 von Theodor W. Adorno geprägte Wort »Vergangenheitsbewältigung« in den neueren Diskussionen über den Nationalsozialismus zusehends durch das Konzept der »Vergangenheitsaufarbeitung« verdrängt worden.<sup>1</sup>

Gelegentlich geradezu als Passepartout verwendet, traf dieser Begriff aber auch in anderen Staaten Europas und über die Grenzen des Kontinentes hinaus als Bezeichnung für eine reflexive Erinnerungspraxis seit den 1980er Jahren auf nachhaltige Zustimmung. Der englische Historiker Timothy Garton Ash sprach deshalb schon 1999 – leicht ironisierend – von einem »DIN-Standard«<sup>2</sup> für den Umgang mit einer belastenden Vergangenheit. Damit deutete er zugleich an, dass die Wahrnehmungen der deutschen »Vergangenheitsaufarbeitung« in anderen Staaten durchaus ambivalent geblieben und dort von den jeweiligen partikularen (national oder ethisch gerahmten) Erinnerungen und Selbstzuschreibungen geprägt worden sind. Zudem hat die »Vergangenheitsaufarbeitung« als kulturelle Konstruktion in anderen Ländern wiederholt auch der Durchsetzung spezifischer Interessen in innenpolitischen und gesellschaftlichen Konflikten gedient. Dabei sollten selektive

<sup>1</sup> Zum diskursgeschichtlichen Kontext: Maren Röger, Adorno-Diktum, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007, S. 38f.; sowie Helmut König, Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung, in: ders./Michael Kohlstruck/Andreas Wöll, Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen u. a. 1998, S. 371-392. Hierzu und zum Folgenden grundlegend: Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn u. a. 2012, bes. S. 313, 384-392.

<sup>2</sup> Timothy Garton Ash, Strafgerichte, Säuberungen und Geschichtsstunden, in: ders., Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa, München u. a. 1999, S. 308-333, hier S. 309.

Konstruktionen des Fremden jeweils den eigenen Zielen Stabilität, Überzeugungskraft und Legitimität verleihen.<sup>3</sup>

Im Folgenden werden die hier skizzierten Formen innen- und außenpolitischer Indienstnahme der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« nachgezeichnet und problematisiert. Dabei wird argumentiert, dass die in anderen Staaten Europas, aber besonders auch in China weit verbreitete Bewunderung der Deutschen wegen der »Aufarbeitung« ihrer Vergangenheit nicht zu »Sündenstolz« (György Konrád) verleiten sollte.<sup>4</sup> Vielmehr muss beachtet werden, dass der Wandel der Erinnerungskultur<sup>5</sup> in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 durch eine spezifische Konstellation begünstigt worden ist, die nicht direkt auf andere Staaten übertragen werden kann. Zudem hat sich auch in der westdeutschen Gesellschaft ein »negatives Gedächtnis«<sup>6</sup> erst sukzessive und seit den 1960er Jahren herausgebildet. Dieser Prozess war keineswegs unumstritten, sondern für viele Akteure schmerzhaft und von z.T. heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Im Hinblick auf die weitere europäische Integration und die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Mitgliedsstaaten sind Bemühungen, das deutsche Konzept der »Vergangenheitsaufarbeitung« oder sogar »Vergangenheitsbewältigung« als Passepartout anderen Ländern zu oktroyieren, keineswegs uneingeschränkt hilfreich. Gelegentlich haben sie sich im Hinblick auf die interstaatliche Kooperation sogar als kontraproduktiv erwiesen. Dies gilt auch für die Versuche einzelner Akteure innerhalb von europäischen Staaten, die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung zur innenpolitischen Durchsetzung ihrer Interessen

3 Christoph Cornelißen, »Vergangenheitsbewältigung« – ein deutscher Sonderweg?, in: Katrin Hammerstein/Ulrich Mählert/Julie Trappe/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009, S. 21–36; Christoph Classen, »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik Deutschland. »Exportartikel« oder »Ladenhüter«?, in: *Zeiträume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* 2009, S. 22–35; sowie Thomas Schubert, *Von der Epoche des Zeithistorikers. Bemerkungen zur »Aufarbeitung der Aufarbeitung«*, in: *Deutschland Archiv* 43/5 (2010), S. 889–896. Zu partikularen Erinnerungen in Südosteuropa: Arnd Bauerkämper, *Die Dominanz partikularer gegenüber universalischen Narrativen. Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Südosteuropa im europäischen Kontext*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 61 (2021), H. 1/2, S. 49–60.

4 Zit. nach: Christian Meier, *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*, München 2010, S. 79.

5 »Erinnerungskultur« umfasst alle »denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse zu verstehen, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur«. Vgl. Christoph Cornelißen, *Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54/10 (2003), S. 548–563, hier S. 555.

6 Zum Konzept des »negativen Gedächtnisses«: Reinhart Koselleck, *Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses*, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 21–32, bes. S. 27, 29. Vgl. auch Heidemarie Uhl, *Die Transformation des »österreichischen Gedächtnisses« in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik*, in: *Geschichte und Region/Storia e regione* 13/2 (2004), S. 23–54, hier S. 25.

zu nutzen. Weil es die unterschiedlichen Kontexte und Bedingungen in Staaten außerhalb Deutschlands nur unzureichend in Rechnung stellt, taugt das Konzept kaum als universelles Paradigma und Maßstab für den Umgang mit belastender Vergangenheit. Aber der Prozess der »Vergangenheitsaufarbeitung« in Deutschland ist für andere Länder keineswegs irrelevant, sondern – wie zu zeigen ist – in Europa, aber auch darüber hinaus rezipiert worden, wenngleich in unterschiedlicher Intensität.

Im Folgenden werden zunächst Grundzüge nationaler Erinnerungskulturen und Funktionalisierungen in der Gedächtnispolitik<sup>7</sup> europäischer Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg skizziert, vor allem bis zu den 1970er Jahren. Dabei sollen auch frühe Ansätze transnationaler Erinnerungsbezüge behandelt werden. Der anschließende Abschnitt konturiert die globale Dimension dieser grenzüberschreitenden Beziehungen anhand eines Einblicks in die anhaltenden Kontroversen zum Zweiten Weltkrieg in Ostasien. Der Beitrag schließt mit einem Fazit, das wichtige Befunde zusammenfasst, besonders im Hinblick auf die Herausbildung einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft.

## I. Nationale Gedächtniskulturen und die politisch-gesellschaftliche Funktionalisierung von Erinnerungen in Europa

In den europäischen Staaten, die entweder als Besatzungsmächte agiert hatten oder okkupiert worden waren, entwickelten sich die Erinnerungen an den Nationalsozialismus, Faschismus, den Holocaust und Zweiten Weltkrieg über die Konfrontation im Kalten Krieg hinweg grundsätzlich ähnlich. Einer kurzen Phase, in der mit den Trägern der Diktaturen und Kriegsverbrechern abgerechnet wurde, folgten das Verschweigen, das Vergessen oder die explizite Leugnung eigener Verantwortung und Schuld. Schmerzende und belastende Ereignisse wurden aus den nationalen Erinnerungskulturen verbannt. Da die europäischen Gesellschaften nach den tiefgreifenden Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges zunächst stabilisiert werden sollten, bildete sich ein selbstkritisches »negatives Gedächtnis« in den ersten Jahren nicht heraus. Vielmehr betonten viele Europäer vor allem in den 1950er und 1960er Jahren ihren Widerstand und ihr »Opfer« (im sakrifiziellen Verständnis). Das galt besonders aus der Perspektive der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges, als die Opposition gegen die deutsche Besatzung erheblich zugenommen hatte. So basierte die Gedächtnispolitik in Norwegen, Frankreich und in den Niederlanden ebenso

7 »Gedächtnispolitik« ist institutionell verfasst und zielt auf die Aktualisierung ausgewählter Erinnerungen in Repräsentationen, Ritualen und Inszenierungen, welche jeweils die »Gegenwart als Transformationsstelle von Vergangenheit und Zukunft« verpflichten. Vgl. Burckhard Dücker, Art. »Ritual«, in: Nicolas Pethes/Jens Ruchatz/Martin Korte (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon*, Reinbek bei Hamburg 2001, S. 502 f., hier S. 502; sowie Helmut König, Art. »Das Politische des Gedächtnisses«, in: Christian Gudehus/Ariane Eichenberg/Harald Welzer (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart u. a. 2010, S. 115-125, bes. S. 115, 120-123.

wie in Polen, Ungarn und Italien auf der Vorstellung eines umfassenden, nationalen Widerstandes. Dieses Narrativ zielte gleichermaßen auf innergesellschaftliche Integration und außenpolitischen Machtgewinn. Insgesamt waren die nationalen Erinnerungskulturen in Europa von drei Figuren geprägt: Siegern, Opfern und Märtyrern.<sup>8</sup>

Die Gedächtnispolitik war bereits während des Zweiten Weltkrieges von der Propaganda der Eliten im Widerstand bzw. in der Landesverteidigung bestimmt worden, so in Großbritannien durch das Narrativ des heroischen Abwehrkampfes 1940/41 und in der Sowjetunion durch die Glorifizierung des »Großen Vaterländischen Krieges« seit 1941. Auch in Staaten, die – wie Norwegen und Polen – vom »Dritten Reich« besetzt worden waren oder dieses im Zweiten Weltkrieg als Bündnispartner unterstützt hatten (so Italien), wurde der Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland glorifiziert.<sup>9</sup> Diese Gedächtnispolitik teilte die Erinnerungskulturen nach 1945 in Verlierer- und Siegnationen. Dieses »gestörte Kurzzeitgedächtnis«<sup>10</sup> begründete letztlich entschuldigende Legenden und Mythen, welche die eigene Verantwortung verdeckten.

In Deutschland konnte sich eine nationalheroische Gedächtnispolitik allerdings nicht unumstritten entfalten. Auch in den europäischen Ländern, deren Bewohner für die »Achsenmächte« gekämpft und dabei Kriegsverbrechen begangen hatten, blieben die Erinnerungen durchweg heterogen und brüchig, zumal die vorherrschende Gedächtnispolitik keineswegs durchweg den Erinnerungen der Bevölkerung entsprach.<sup>11</sup> So kritisierten die Bewohner italienischer Dörfer, in denen Verbände der Wehrmacht und der Waffen-SS Massaker verübt hatten, keineswegs nur die deutschen Besatzer, sondern auch die italienischen Kämpfer der »Resistenza«, die zuvor Anschläge auf die verhassten Okkupanten durchgeführt hatten.<sup>12</sup>

8 Aleida Assmann, Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft. Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit, in: Wolfgang R. Assmann/Albrecht Graf von Kalnein (Hrsg.), *Erinnerung und Gesellschaft. Formen der Aufarbeitung von Diktaturen in Europa*, Berlin 2011, S. 25-42, hier S. 36; dies., *Die Last der Vergangenheit*, in: *Zeit-historische Forschungen/Studies in Contemporary History* 4/3 (2007), S. 375-385, hier S. 384. Vgl. auch Christoph Cornelißen, *Die Nationalität von Erinnerungskulturen als gesamteuropäisches Phänomen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 62/1-2 (2011), S. 5-16.

9 Zu Norwegen: Arnd Bauerkämper, *Beyond Resistance and Collaboration. The Twisted Road to a Universalistic Narrative in Norway*, in: ders./Odd-Bjørn Fure/Øystein Hetland/Robert Zimmermann (Hrsg.), *From Patriotic Memory to a Universalistic Narrative? Shifts in Norwegian Memory Culture after 1945 in Comparative Perspective*, Essen 2014, S. 63-84, hier S. 69-74.

10 Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006, S. 82.

11 Tony Judt, *The Past Is Another Country. Myth and Memory in Postwar Europe*, in: István Deák/Jan T. Gross/Tony Judt (Hrsg.), *The Politics of Retribution in Europe. World War II and Its Aftermath*, Princeton 2000, S. 293-323, hier S. 293, 299; Kerstin von Lingen, *Historische Gerechtigkeit? Deutsche Bemühungen um »Wiedergutmachung« und Opferausgleich, 1945-2005*, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 1 (2010), S. 45-61, hier S. 48 f.; Assmann, *Gewalt*, S. 49.

12 Dazu im Einzelnen: Arnd Bauerkämper, *Das umkämpfte Gedächtnis. Die Flucht Herbert Kapplers aus Italien 1977 und deutsch-italienische Erinnerungskonflikte*, in: *Zeit-*

Die Auseinandersetzungen um das kulturelle und kommunikative Gedächtnis<sup>13</sup> setzten sich unmittelbar nach dem Kriegsende fort, vor allem angesichts der Gerichts- und Entnazifizierungsverfahren, welche die alliierten Siegermächte nicht nur in Deutschland, Österreich und Italien, sondern auch in nahezu allen zuvor von den »Achsenmächten« besetzten Staaten durchführten.<sup>14</sup> Außerdem war die Entschädigung verfolgter oder ermordeter Angehöriger von Nationen und Völkern, die der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer gefallen waren, eine grenzüberschreitende Herausforderung. Dabei trennte der Konflikt über die Entschädigungszahlungen auch die europäischen Nationalstaaten, die vom »Dritten Reich« besetzt worden waren.<sup>15</sup> Die Verfolgtenverbände waren in diesem Prozess

geschichte 39 (2012), S. 178-204, hier S. 188; ders., Das umstrittene Gedächtnis, S. 325 f.; Ilaria Poggioloni, Translating memories of war and co-belligerency into politics. The Italian post-war experience, in: Jan-Werner Müller (Hrsg.) *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*, Cambridge 2002, S. 223-243, hier S. 223 f., 227, 240.

13 Das »kommunikative Gedächtnis« umfasst Formen der Erinnerung, »die ausschließlich auf Alltagskommunikation beruhen«. Diese weisen »ein hohes Maß an Ungeformtheit, Beliebigkeit und Unorganisiertheit« ebenso auf wie einen »beschränkte[n] Zeithorizont«, der im Allgemeinen drei bis vier Generationen (80 bis 100 Jahre) einschließt. Demgegenüber erfasst das »kulturelle Gedächtnis« den »jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten [...], in deren »Pflege« sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt [...]«. Das »kulturelle Gedächtnis« ist geformt und basiert auf festen Institutionen, Riten und Trägern; es entsteht durch zeremonielle und symbolische Kommunikation in öffentlichen Räumen. Damit ist es nicht unmittelbar an die Träger von Erinnerungen gebunden. Zit. nach Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: ders./Tonio Hölscher (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1988, S. 9-19, hier S. 10 f., 15. Vgl. auch Daniel Levy, Art. »Das kulturelle Gedächtnis«, in: Gudehus u. a., *Gedächtnis und Erinnerung*, S. 93-101, hier S. 93; Sabine Moller, Art. »Das kollektive Gedächtnis«, in: ebenda, S. 85-92.

14 Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, Frankfurt a.M. 1999; sowie Henning Radtke u. a. (Hrsg.), *Historische Dimensionen von Kriegsverbrecherprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Baden-Baden 2007. Exemplarisch für Polen und Deutschland: Laura Jockusch, *Historiography in Transit. Survivor Historians and the Writing of Holocaust History in the late 1940s*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book* 58/1 (2013), S. 75-94; Magdalena Saryusz-Wolska, *Der erste Holocaust-Spielfilm. Wanda Jakubowskas »Die letzte Etappe«*, in: *Osteuropa* 62/10 (2012), S. 71-84; Stefan-Ludwig Hoffmann, *Gazing at Ruins. German Defeat as Visual Experience*, in: *Journal of Modern European History* 9/3 (2011), 328-350. Vgl. auch Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: ders./Hölscher (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis*, hier S. 10-11, 15.

15 Zusammenfassend: Hans Günter Hockerts, *Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze*, in: ders./Claudia Moisel/Tobias Winstel (Hrsg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000*, Göttingen 2006, S. 7-58, hier S. 28, 31, 33, 35 f.; José Brunner/Norbert Frei/Constantin Goshler, *Komplizierte Lernprozesse. Zur Geschichte und Aktualität der Wiedergutmachung*, in: dies. (Hrsg.), *Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel*, Göttingen 2009, S. 9-47, hier

nur begrenzt transnational vernetzt. Sogar innerhalb der einzelnen Staaten vertraten die verschiedenen Organisationen unterschiedliche Ziele und Interessen, zum Beispiel in Frankreich, Norwegen und Dänemark.<sup>16</sup>

Innerhalb der europäischen Nationalstaaten unterschieden sich das kommunikative und kulturelle Gedächtnis besonders deutlich in den kommunistischen Diktaturen Osteuropas. Hier war die Gedächtnispolitik der jeweiligen Machthaber, deren offizielle Vorgaben und Doktrinen öffentlich nicht in Frage gestellt werden durften, so erdrückend und einseitig, dass sie der Tradierung in kleinen Gruppen (vor allem Familien) oft eklatant widersprach. Diese Diskrepanz schloss keineswegs aus, dass sich große gesellschaftliche Gruppen partiell mit den offiziellen Erinnerungsnarrativen identifizierten. So war das »Antifaschismus«-Konzept in der DDR und anderen kommunistischen Staaten durchaus weit über die jeweiligen Macht- und Funktionseliten hinaus attraktiv, weil es mit einem politisch-moralischen Überlegenheitsanspruch verbunden war. Vor allem jedoch entlastete es die Mehrheit der Bevölkerung von der Verantwortung und Schuld für das nationalsozialistische Regime, dessen Herrschaft auf den stigmatisierten »Kapitalismus« zurückgeführt wurde. Damit ermöglichte die »antifaschistische« Gedächtnispolitik eine Eingliederung breiter Bevölkerungsgruppen in die Nachkriegsgesellschaft. Sogar Belastete oder »Mitläufer« erhielten die Chance, sich durch eine Mitarbeit in der neuen Diktatur zu rehabilitieren. Nur eindeutig und schwer belasteten Personen wurde die Reintegration in die entstehenden kommunistischen »Volksrepubliken« verwehrt.<sup>17</sup>

Aber auch in den europäischen Demokratien traf die Gedächtnispolitik der Regierungen, welche die Erinnerungskulturen dominierten, vielfach auf ein konträres kommunikatives Gedächtnis. So blendete die Dichotomie von Kollaboration und Widerstand, die in vielen zuvor vom »Dritten Reichen« besetzten Ländern bis zu den achtziger Jahren die Gedächtnispolitik bestimmte, Formen der alltäglichen Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern und die vielerorts vorherrschenden Arrangements mit ihnen ebenso aus wie enge persönliche Beziehungen zwischen Okkupanten und Okkupierten. Ebenso widersprach das in den Schulen vermittelte Wissen z.T. den Erinnerungen der Eltern und Großeltern. Allerdings

S. 39-40; Benno Nietzel, *Business finished? Transnationale Wiedergutmachung historischen Unrechts in Europa seit 1989*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57/1 (2009), S. 25-50, hier S. 35, 49. Vgl. jetzt auch: Christoph Thonfeld, *Rehabilitierte Erinnerungen? Individuelle Erfahrungsverarbeitungen und kollektive Repräsentationen von NS-Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Essen 2014.

16 Dazu exemplarisch: Hans Otto Frøland, »Eine gewaltige, nicht beglichene Schuld«. Die deutsche Entschädigung für NS-Verfolgte in Norwegen. Eine einführende Skizze, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), *Grenzen*, S. 285-356.

17 Für die DDR: Katrin Hammerstein, *Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland*, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, S. 39-61, hier S. 41.

bleibt angesichts der unzureichenden Forschung zum Familiengedächtnis noch zu untersuchen, ob und inwiefern sich nach 1945 in den einzelnen europäischen Ländern eine »Differenz von kognitivem Geschichtswissen und emotionaler Geschichtsgewissheit« entwickelte.<sup>18</sup>

Erste Studien zeigen aber, dass die Arbeitsmigration und die Flucht nach Europa seit den 1960er Jahren die Komplexität der Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und den Massenmord an den Juden im Besonderen erhöht hat. So war den »Gastarbeitern« die Erinnerung derjenigen alteingesessenen Deutschen, die den Nationalsozialismus erlebt hatten, lange fremd. Muslimische Einwanderer haben den Holocaust teilweise mit der »Nakba« (»Katastrophe«) gleichgesetzt, mit der die Flucht von rund 700.000 Palästinensern aus dem britischen Mandatsgebiet bzw. dem neugegründeten Staat Israel von 1947 bis 1949 bezeichnet worden ist. Dabei sind auch antisemitische Motive aufgegriffen worden, die führende Araber wie der Mufti von Jerusalem (Mohammed Amin al-Husseini) in den 1930er und 1940er Jahren verbreitet hatten. Die Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus an die Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen ist zu einer erheblichen Herausforderung der »Vergangenheitsaufarbeitung« geworden, besonders in Deutschland. Die historisch-politische Bildung wird in dieser Hinsicht mit neuen Aufgaben konfrontiert, die erst seit der Jahrtausendwende diskutiert werden. Einerseits muss der Genozid an den Juden in Schulen, Denkstätten und anderen Institutionen an die aktuellen Erfahrungen der jungen Generation anknüpfen. Andererseits sollte die Spezifik des Holocaust dabei aber nicht zugunsten eines vordergründigen Präsentismus und einer politischen Indienstnahme – auch in Menschenrechtsdiskursen – eingeebnet werden.<sup>19</sup>

18 Olaf Jensen, Zur Methoden der vergleichenden Tradierungsforschung, in: Harald Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 2007, S. 260-274, hier S. 263. Vgl. auch Etienne François, *Meistererzählungen und Dammbüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Bd. 1, Berlin 2004, S. 13-28, hier S. 22; Dorothee Wierling, *Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914-1918*, Göttingen 2013, S. 237; David Rey, *Erinnern und Vergessen im post-diktatorischen Spanien*, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 347-365, hier S. 365.

19 Günter Morsch, Das »neue Unbehagen an der Erinnerungskultur« und die Politik mit der Erinnerung. Zwei Seiten der gleichen Medaille, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 63 (2015), S. 829-848, hier S. 832 f., 846-848; ders., *Wider die Instrumentalisierung der Geschichte. Die neue deutsche Erinnerungspolitik seit 1990*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9 (2015), S. 111-120, hier S. 111 f., 117-120. Vgl. auch Arnd Bauerkämper, *Holocaust Memory and the Experiences of Migrants. Germany and Western Europe after 1945*, in: Jakob S. Eder/Philipp Gassert/Alan E. Steinweis (Hrsg.), *Holocaust Memory in a Globalizing World*, Göttingen 2017, S. 31-44, bes. S. 32 f., 37-44. Zur Einwanderung in die Bundesrepublik: Jochen Oltmer, *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*, Bonn 2020, S. 172-181, 198-200, 248-270.

Die unterschiedlichen Erinnerungsschichten sowohl in den einzelnen europäischen Staaten und Gesellschaften als auch zwischen ihnen waren jedoch keineswegs vollständig voneinander getrennt. Vielmehr hatte schon in den 1950er Jahren ein partieller grenzüberschreitender Austausch eingesetzt. Dieser Prozess konstituierte ein transnationales Beziehungsgeflecht, das von bloßer wechselseitiger Wahrnehmung bis zur Übertragung und zum gegenseitigen Lernen reichte. So haben Studien zum Umgang mit dem Luftkrieg gezeigt, dass das individuelle, familiäre und öffentliche Gedächtnis in betroffenen Ländern jeweils aufeinander bezogen blieb. Auch grenzüberschreitend haben sich schon früh Wechselbeziehungen und Austauschprozesse zwischen den national gerahmten Erinnerungen von Europäern ergeben.<sup>20</sup>

Wechselseitige Einflussnahme kennzeichneten zum Beispiel die Initiativen zur Versöhnung in Westeuropa. Diese Aktivitäten beschränken sich keineswegs auf diplomatische Beziehungen zwischen den Regierungen und bi- bzw. multilaterale politische Verhandlungen, etwa zur Entschädigung von Opfern. Vielmehr nahmen im Prozess der Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg auch die grenzüberschreitenden Interaktionen zwischen Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Assoziationen wie Sportvereinen, Wissenschaftlern, Veteranenverbänden und Kulturvereinigungen einen wichtigen Stellenwert ein. Besonders Städtepartnerschaften ermöglichten oft schon in den ersten Nachkriegsjahren, als offizielle staatliche Beziehungen noch ausgeschlossen waren, einen informellen Austausch zwischen Angehörigen zuvor verfeindeter Staaten.<sup>21</sup> So ist der Versöhnungsprozess zwischen Frankreich und der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren maßgeblich von den Partnerschaften zwischen Städten der beiden Länder ausgegangen.<sup>22</sup>

Dieser Prozess ist auch durch konfessionelle und interkonfessionelle Begegnungen, die Gedenkstättenarbeit und die Arbeit der Suchdienste kräftig vorangetrieben worden. Die daran beteiligten Institutionen und ihre Aktivitäten haben die Verständigung

20 Vgl. auch Malte Thießen, *Der »Feuersturm« im kommunikativen Gedächtnis. Tradierung und Transformation des Luftkriegs als Lebens- und Familiengeschichte*, in: ders./Jörg Arnold/Dietmar Süß (Hrsg.), *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa*, Göttingen 2009, S. 312–331, hier S. 314, 326, 328 f.

21 Christine Gundermann, *Leiden ohne Täter? Deutsch-niederländische Kommunikation über die nationalsozialistischen Verbrechen*, in: Birgit Hofmann/Katja Wezel (Hrsg.), *Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven*, Heidelberg 2010, S. 132–150; dies.: *Mémoire civile de la Seconde Guerre mondiale dans l'espace frontalier germano-néerlandais*, in: Bernard Ludwig/Andreas Linsenmann (Hrsg.), *Frontières et réconciliation. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945*, Brüssel u. a. 2011, S. 129–158.

22 Lucie Filipová, *Erfüllte Hoffnung. Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950–2000*, Göttingen u. a. 2015. Zum breiteren Kontext: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Bonn 2016; Corine Defrance/Michael Kißener/Pia Nordblom (Hrsg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen 2010.

über die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust, den Nationalsozialismus und Faschismus maßgeblich gefördert. Die grenzüberschreitende Interaktion hat schon seit den 1950er Jahren auch die Verbände der ehemaligen Soldaten erfasst. Sogar die Sympathisanten und Verteidiger von Angehörigen der Waffen-SS haben in Europa zusammengearbeitet. Nicht zuletzt fanden verurteilte deutsche Kriegsverbrecher auch außerhalb ihrer Heimatländer Unterstützung. Diese transnationalen Beziehungen, die normativ ambivalent und politisch polyvalent waren, haben sich in Europa seit den 1950er Jahren erheblich intensiviert und innerhalb einzelner nationaler Gesellschaften Rückwirkungen entfaltet. Jedoch ist die grenzüberschreitende Interaktion dieser Gruppen offenbar jeweils durch nationale Gedächtnisregimes und die Abgrenzung des Kalten Krieges perforiert oder sogar blockiert worden. Es ist deshalb umstritten geblieben, inwiefern die frühe transnationale Aktivität zivilgesellschaftlicher Vereine und Verbände die Erinnerungen »europäisiert« hat.<sup>23</sup>

Seit den 1960er Jahren bildeten sich in Europa selbstkritischere Erinnerungsnarrative heraus, die aber lange fragil geblieben sind. Dabei ist auch die westdeutsche Vergangenheitsaufarbeitung rezipiert worden. Noch im Dezember 1970 war der Kniefall Willy Brandts im Warschauer Ghetto auch in der Bundesrepublik selbst auf teils heftige Kritik getroffen. So hielten rund 48 Prozent der Westdeutschen die Demutsgeste des Bundeskanzlers, mit der er sich zur Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten bekannte, für übertrieben. Trotz dieser Gegensätze und Konflikte in der Bundesrepublik haben interessierte Akteure in verschiedenen europäischen Staaten den Umgang der Westdeutschen mit der nationalsozialistischen Erblast vielfach funktionalisiert, um in innenpolitischen Erinnerungskonflikten zu obsiegen. So hat Brandts Kniefall am Ort des Aufstandes im Ghetto von Warschau (im April/Mai 1943) – nicht aber auf dem Schauplatz des Warschauer Aufstandes der »Heimatarmee« (von August bis Oktober 1944) – im Dezember 1970 in Polen keineswegs ungeteilte Zustimmung gefunden, sondern vielmehr auch Kritik ausgelöst, vor allem unter Nationalisten und Katholiken. Brandts Demutsgeste am Ort der Verbrechen, die gegen die Juden begangen

23 Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004, S. 247-249; Jay Winter, *Soldiers' Reconciliation*. René Cassin, *The International Labour Office, and the Search for Human Rights*, in: Birgit Schwelling (Hrsg.), *Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory. Transnational Initiatives in the 20th and 21st Century*, Bielefeld 2012, S. 97-113, hier S. 100; Arnd Bauerkämper, *Verflechtung und selektive Erinnerung. Soldaten des Zweiten Weltkriegs und ihre Verbände im besetzten und geteilten Deutschland 1945-1990*, in: Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzling (Hrsg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 55-76, hier S. 64; Jörg Echternkamp, *Kein stilles Gedenken. Die Toten der Wehrmacht im Erinnerungskonflikt der Bundesrepublik*, in: Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008, S. 46-57, hier S. 49; Hockerts, *Entschädigung*, hier S. 31.

worden waren, traf sogar unter Kommunisten, die den polnischen Nationalismus zumindest partiell teilten, auf Vorbehalte.<sup>24</sup>

Noch in den letzten Jahren haben in- und ausländische Kritiker der apologetischen Geschichtspolitik, welche die seit April 2010 amtierende Regierung der *Fidesz* unter Viktor Orbán in Ungarn durchgesetzt hat, die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung idealisiert und zu einem Vorbild für Ungarn erklärt. Demgegenüber hat die Regierung die Verantwortung für den Holocaust in Ungarn ausschließlich den Deutschen zugewiesen. So legt die Verfassung, die im April 2011 erlassen wurde, fest, dass das Land mit der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland im März 1944 vollständig seine Souveränität verloren habe, obgleich das autoritäre Regime unter Miklós Horthy auch nach der Besetzung durch deutsche Truppen im März 1944 bis Oktober im Amt blieb. Diese gegensätzlichen Bezugnahmen unterschiedlicher Akteure innerhalb einzelner europäischer Staaten zeigen beispielhaft die konträre Inanspruchnahme der Vergangenheitsaufarbeitung für jeweils eigene Interessen. Dies trifft auch auf das allgemeine Verhältnis zwischen den Europäern zu.<sup>25</sup>

Alles in allem haben sich nationale Erinnerungen – nicht zuletzt angesichts der wachsenden globalen Verflechtungen – seit den 1970er Jahren zunehmend grenzüberschreitend aufeinander bezogen, oft auch in Form wechselseitiger Abgrenzungen. Dennoch zeichnen sich inzwischen zumindest Konturen eines »Gedächtnisraum[s] Europa«<sup>26</sup> ab, in dem wechselseitige Bezüge zwischen nationalen Erinnerungskulturen unverkennbar sind. Damit haben sich auch Formen eines »dialogischen Erinnerns«<sup>27</sup> herausgebildet. In diesem Prozess sind partikulare, oft nationalstaatlich verfasste Narrative aufeinander bezogen worden. Vor allem die Erinnerung an den Holocaust hat sich zusehends über nationale Grenzen hinweg erstreckt und ist auch in der internationalen Politik in den Mittelpunkt gerückt. Nachdem der Tod und das zumindest öffentliche Schweigen der Überlebenden zunächst die

24 Carina Koch/Matthias Lorenz, Art. »Kniefall von Warschau«, in: Fischer/Lorenz (Hrsg.), *Lexikon*, S. 189 f. Vergleichend zur komplexen Verhältnis der regierenden Kommunisten zum Nationalismus: Maciej Górny, »Die Wahrheit ist auf unserer Seite.« *Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock*, Köln u. a. 2011.

25 Ferenc Laczó, Ungarn und der Holocaust. *Geschichtspolitik und historische Verantwortung*, in: *Osteuropa* 61/12 (2011), S. 315-333, hier S. 317, 320.

26 Natan Sznajder, *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus. Eine jüdische Perspektive*, Bielefeld 2008. Vgl. auch Ulrich Beck/Edgar Grande, *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a. M. 2004, S. 203-206.

27 »Dialogisches Erinnern« bezeichnet die »wechselseitige Verknüpfung und Aufrasterung allzu einheitlicher Gedächtniskonstruktionen entlang nationaler Grenzen«. Zit. nach Aleida Assmann, *Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft. Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit*, in: Kerstin von Lingen (Hrsg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn u. a. 2009, S. 42-51, hier S. 48. Dazu auch: Aleida Assmann, *Europe. A Community of Memory?*, in: *Bulletin of the GHI Washington* 40 (2007), S. 11-25.

öffentliche Erinnerung an den Holocaust versiegelt hatte, erhoben im Eichmann-Prozess 1961 jüdische Zeitzeugen erstmals deutlich ihre Stimme. Dieses Gerichtsverfahren, in dem der aus Argentinien entführte frühere SS-Obersturmbannführer und Organisator der »Endlösung« in Jerusalem zum Tode verurteilt wurde, stärkte die Einsicht, dass der Völkermord als letztlich singuläres Verbrechen eingestuft werden muss.<sup>28</sup>

Ein weiteres Stadium der Aufarbeitung leitete 1978/79 die Fernsehserie *Holocaust* ein, die in der Bundesrepublik im Januar 1979 ausgestrahlt wurde. Sie fand darüber hinaus in rund dreißig Ländern mehr als einhundert Millionen Zuschauer. Insgesamt erreichte die Erstausstrahlung in fünfzig Ländern ein Publikum von rund einer Viertelmilliarde Menschen. Dieses »Medienereignis« verbreitete den Begriff »Holocaust«, der bereits in den frühen 1970er Jahren als Bezeichnung für den Mord an den europäischen Juden benutzt worden war. Zugleich intensivierte sich schrittweise die internationale Rezeption der Pionierstudien Raul Hilbergs, dessen Wirkung in Deutschland allerdings erst seit seiner Teilnahme an einer Konferenz über den Holocaust in Stuttgart 1984 deutlich zunahm.<sup>29</sup> Vor diesem Hintergrund hat sich seit den 1980er Jahren zumindest in West- und Mitteleuropa eine »negative Erinnerung« herausgebildet, die erstmals auch das von Angehörigen des eigenen Volkes begangene Unrecht betont. Die Ausweitung grenzüberschreitender Kommunikationsprozesse hat die Hinwendung zu einem selbstkritischen Gedächtnis ebenso vorangetrieben wie der zunehmende Stellenwert ethischer Konzepte in der internationalen Politik, der Menschenrechte und die Verpflichtung auf einen Wertekodex in der Erinnerungspraxis.<sup>30</sup> So sind seit den 1990er Jahren in verschie-

28 Peter Krause, *Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse*, Frankfurt a. M./New York 2002. Vieldiskutiert: Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1986 (1963).

29 Magnus Brechtken, *Raul Hilberg, der Begriff Holocaust und die Konferenzen von San José bis Stuttgart*, in: René Schlott (Hrsg.), *Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie*, Göttingen 2019, S. 47-70, bes. S. 47, 53, 69 f. Zu den gleichwohl bis zu den späten 1970er Jahren fortbestehenden Vorbehalten gegen Hilbergs Werk *The Destruction of the European Jews* (1961), dt. Ausgabe: *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982; René Schlott, *Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69 (2021), S. 85-119, hier S. 91-98. Als einflussreiche zeitgenössische Reaktion auf den Fernsehfilm *Holocaust*: Martin Broszat, »Holocaust« und die Geschichtswissenschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 285-298. Dazu im Rückblick: Frank Bösch, *Versagen der Zeitgeschichtsforschung? Martin Broszat, die westdeutsche Geschichtswissenschaft und die Fernsehserie »Holocaust«*, in: *Zeithistorische Forschungen* 6 (2009), S. 477-482. Gekürzte Fassung von Hilbergs Beitrag zur Stuttgarter Konferenz (»Die Aktion Reinhard«) veröffentlicht in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung*, Stuttgart 1985, S. 125-136 (mit der Diskussion S. 137-144). Vgl. auch Raul Hilberg, *Tendenzen in der Holocaust-Forschung*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a. M. 1990, S. 71-80, 166 f.

30 Annette Wieviorka, *From Survivor to Witness. Voices from the Shoah*, in: Jay

denen Ländern »Holocaust-Gedenktage« eingeführt worden, wenngleich in variierender Form.<sup>31</sup> Im Januar 2000 verabschiedeten rund 600 Delegierte aus 48 Staaten auf dem *Stockholm International Forum on the Holocaust* eine Erklärung, nach der die Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg »die Zivilisation in ihren Grundfesten erschüttert« habe und dieses Ereignis in »seiner Beispiellosgkeit [...] für alle Zeit von universeller Bedeutung sein« werde.<sup>32</sup>

Insgesamt vollzog sich in Europa mit der Abwendung vom »patriotischen Patriotismus« der Nachkriegszeit aber eine »emotionale[n] Aufladung der Menschenrechte«, die den Opfern der nationalsozialistischen und faschistischen Verbrechen – mit Ausnahme der staatssozialistischen Diktaturen in Osteuropa – seit den 1960er Jahren zusehends Resonanz verliehen hat. Allerdings sind dabei nationale Erinnerungskulturen keineswegs vollständig überformt worden. Vielmehr haben sie weiterhin die jeweilige nationale Ausprägung grenzüberschreitender Bezüge des Holocaust-Gedächtnisses und des damit verbundenen Diskurses über universelle Menschenrechte beeinflusst. In diesem Prozess haben Europäer zwar die deutsche »Vergangenheitsaufarbeitung« rezipiert; explizite Bezüge auf das Konzept und eine Idealisierung als »Modell« sind aber selten geblieben.<sup>33</sup>

Winter/Emmanuel Sivan, *War and Remembrance in the Twentieth Century*, Cambridge 2000, S. 125-141, hier S. 130-133, 137; Oliver Marchart/Vrãäth Öhner/Heidemarie Uhl, *Holocaust revisited – Lesarten eines Medienereignisses zwischen globaler Erinnerungskultur und nationaler Vergangenheitsbewältigung*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 31 (2003), S. 307-334, hier S. 315 (Zitat), 327.

31 Harald Schmid, *Europäisierung des Auschwitzgedenkens? Zum Aufstieg des 27. Januar als »Holocaustgedenktag« in Europa*, in: Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Göttingen 2008, S. 174-202; sowie Nike Thurn/Arnd Walgenbach, *Holocaust-Gedenktag*, in: Fischer/Lorenz (Hrsg.), *Lexikon*, S. 322.

32 Jens Kroh, *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*, Frankfurt a. M. u. a. 2006, S. 59, 68, 76, III, 177; ders., *Europäische Innenpolitik? Die Stockholmer »Holocaust-Konferenz« und die diplomatischen Maßnahmen der »EU der 14« gegen Österreich*, in: Hammerstein u. a. (Hrsg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?*, S. 204-214, hier S. 204 (Zitat), 206-209; Birgit Schwelling, *Auf dem Weg zu europäischen Erinnerungsorten? Gemeinsame und trennende Erinnerungen in Europa*, in: Benoît Majerus/Sonja Kmec/Michela Margue/Pit Péporté (Hrsg.), *Dépasser le cadre national des »Lieux de mémoire«*. Nationale Erinnerungsorte hinterfragt. *Innovations méthodologiques, approches comparatives, lectures transnationales. Methodologische Innovationen, vergleichende Annäherungen, transnationale Lektüren*, Brüssel 2009, S. 175-188, hier S. 183. Die pauschale Interpretation der Sanktionen als »erziehungsdiktatorische Strafmaßnahmen« ist demgegenüber fragwürdig. Vgl. Christian Meier, *Das Problem der europäischen Identität*, in: *Europäische Rundschau* 28/3 (2000), S. 57-70, hier S. 65.

33 Yehuda Bauer, *Geschichtsschreibung und Gedächtnis am Beispiel des Holocaust*, in: *Transit. Europäische Revue* 22 (2001/2002), S. 178-192, hier S. 179, 191f. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Harald Welzer, *Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25-26 (2010), S. 16-23, hier S. 16f.; Katharina Wegan, *Monument – Macht – Mythos. Frankreich und Österreich im Vergleich nach 1945*, Innsbruck u. a. 2005,

Zudem handelt es sich keineswegs um einen gesamteuropäischen Trend. Vielmehr haben sich die Erinnerungskulturen in West- und Osteuropa deutlich voneinander unterschieden. So prägte in den von der UdSSR beherrschten staatssozialistischen Diktaturen der offizielle »Antifaschismus« die Erinnerungskulturen, der vor allem den kommunistischen Widerstand betonte und die Soldaten der Roten Armee einseitig als Befreier feierte. Nach dem Zusammenbruch dieser Regimes und dem Ende der sowjetischen Hegemonie 1989-91 haben sich die Staaten Osteuropas überwiegend entschieden von dieser dogmatischen Gedächtnispolitik abgewandt. So stehen in vielen Ländern die Opfer der stalinistischen Diktaturen und der sowjetischen Fremdherrschaft, nicht aber die ermordeten Juden im Mittelpunkt des Gedenkens. Hier sind die Gräueltaten des Gulag und des Holocaust gelegentlich einander gegenübergestellt oder sogar miteinander verrechnet worden. Auch im vereinigten Deutschland bildeten sich in den 1990er Jahren scharfe Konflikte zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und denen des staatssozialistischen Regimes in der DDR heraus. Die Erinnerungen an die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg sind damit in Europa weiterhin umstritten und fragmentiert. Dabei wird auch zunehmend explizit über die deutsche »Vergangenheitsaufarbeitung« gestritten. So ist in Frage gestellt worden, ob sie als »Modell« für andere Staaten (mit ihren jeweils spezifischen Bedingungen) taugt. Kritiker haben auch behauptet, dass das »Denkmal für die Juden Europas« letztlich die Opfer für die »Vergangenheitsaufarbeitung« vereinnahmt. Nicht zuletzt ist vor einem deutschen »Sündenstolz« gewarnt worden.<sup>34</sup>

S. 345. Zur »Kosmopolitisierung« und »Universalisierung« des Holocaust und ihren Grenzen: Daniel Levy/Natan Sznajder, Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt a. M. 2001, S. 150 f.; Harald Welzer, Erinnerung und Gedächtnis, in: Neue Politische Literatur 47/3 (2002), S. 441-449, hier S. 442, 446; Jörn Rüsen, Interpreting the Holocaust. Some Theoretical Issues, in: Klas-Göran Karlsson/Ulf Zander (Hrsg.), Holocaust Heritage. Inquiries into European Historical Cultures, Malmö 2004, S. 35-62, hier S. 42, 44. Ähnlich weitgehend auch die Deutung in: Cecilie Felicia Stokholm Banke, Holocaust and the Decline of European Values, in: Karlsson/Zander, Holocaust Heritage, S. 87-104, hier S. 89, 92 f., 102; dies., Remembering Europe's Heart of Darkness. Legacies of the Holocaust in Post-War European Societies, in: Małgorzata Pakier/Bo Stråth (Hrsg.), A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance, New York u. a. 2010, S. 163-174, hier S. 174. Dazu kritisch: Kiran Klaus Patel, In Search of a Second Historicization. National Socialism in a Transnational Perspective, in: Konrad H. Jarausch/Thomas Lindenberger (Hrsg.), Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories, New York u. a. 2007, S. 96-116, hier S. 109; Moritz Csáky, Mehrdeutigkeit. Die Ambivalenz von Gedächtnis und Erinnerung, Wien 2002, S. 10; Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 15; Uffe Østergård, Der Holocaust und europäische Werte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 1-2 (2008), S. 25-31, hier S. 30.

34 György Konrad, Abschied von der Chimäre. Wider das Holocaust-Denkmal, in: Michael S. Cullen (Hrsg.), Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte, Zürich/München 1999, S. 191-197; Ulrike Jureit, Generationen als Erinnerungsgemeinschaften. Das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« als Generationsobjekt, in: dies./Michael Wildt (Hrsg.), Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Ham-

## II. Die globale Dimension der Auseinandersetzung mit »Vergangenheitsaufarbeitung«: Konflikte in Ostasien

Globalisierungsprozesse haben in den letzten Jahrzehnten aber auch über Europa hinaus nicht nur räumliche Bezüge dynamisiert und Inhalte von Erinnerungen verändert, sondern diese zunehmend auch grenzüberschreitend aufeinander bezogen. Dabei sind Erinnerungsprozesse in anderen Räumen und in den eigenen Ländern in der interkulturellen Interaktion jeweils für eigene Ziele funktionalisiert worden. Im Zuge von wechselseitigen Projektionen des Eigenen und des Anderen haben sich z. T. sogar transnationale Erinnerungsallianzen herausgebildet. Diese verweisen letztlich auch auf die Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit der gegenwärtigen gedächtnispolitischen Auseinandersetzungen, weit über Europa hinaus. So haben chinesische Funktionäre und Intellektuelle die Weigerung der Regierung Japans, Kriegsverbrechen des Landes anzuerkennen, mit dem Verweis auf die deutsche »Vergangenheitsaufarbeitung« kritisiert. Dabei ist diese freilich unkritisch zu einem »Modell« und Passepartout der Auseinandersetzung mit einer belastenden Vergangenheit überhöht worden. Umgekehrt haben Nationalisten in Japan die »Vergangenheitsbewältigung« (der Begriff wurde Anfang der 1990er Jahre als *kako no kokufuku* ins Japanische übernommen) als Vorbild explizit abgelehnt. Auch die Rede Bundespräsident Richard von Weizsäckers, der das Kriegsende am 8. Mai 1985 als »Tag der Befreiung bezeichnete, der den Deutschen keinen Anlaß zum Feiern« gibt, ist von japanischen Nationalisten mit dem Hinweis auf die Singularität des Holocaust zurückgewiesen worden. Demgegenüber haben Sozialisten im ostasiatischen Kaiserreich die Ansprache, die sofort ins Japanische übersetzt worden war, enthusiastisch begrüßt. Wie dieses Beispiel zeigt, haben sich Erinnerungsgemeinschaften und -konflikte gelegentlich über Grenzen hinweg gebildet und mit innenpolitischen Konflikten verquickt.<sup>35</sup>

burg 2005, S. 244-265, hier S. 259; Arnd Bauerkämper, *The Second World War in the New Millennium. National Memory Cultures and Universalist Narratives – Contrary or Complementary?*, in: Jarosław Suchopeł/Stephanie James/Barbara Törnquist-Plewa (Hrsg.), *World War II Re-explored. Some New Millennium Studies in the History of the Global Conflict*, Berlin 2019, S. 679-695, hier S. 686; Bernd Faulenbach, *Diktaturerfahrungen und demokratische Erinnerungskultur in Deutschland*, in: Anne Kaminsky (Hrsg.), *Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, 2. Aufl., Berlin 2007, S. 15-24; Stefan Troebst, »1945« als europäischer Erinnerungsort?, in: Hammerstein u. a. (Hrsg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?*, S. 223-232; ders., *Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa*, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006, S. 23-49. Vgl. auch: Aleida Assmann, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur?*, Wien 2012, S. 40-48; Timothy D. Snyder, *Politics of History in Eastern Europe*, in: *Journal of Modern European History* 8/2 (2010), S. 141-163; ders., *Vereintes Europa – geteilte Geschichte*, in: *Transit. Europäische Revue* 28 (2004/2005), S. 168-171.

35 Zit. nach Beate Binder/Wolfgang Kaschuba/Peter Niedermüller, »Geschichtspolitik«.

Die globalen Implikationen der deutschen »Vergangenheitsaufarbeitung« treten etwa hervor, wenn wir die Erinnerungskonflikte betrachten, die seit 1945 Japan und China voneinander getrennt haben. Diese Auseinandersetzungen haben sich in den letzten Jahren verschärft. Sie konzentrieren sich auf japanische Darstellungen der Massaker von Nanjing 1937/38, die von der japanischen Armee angeordnete Zwangsprostitution und die Versuche mit biologischen Waffen, denen besonders Chinesen und Koreaner zum Opfer fielen. Vor diesem Hintergrund haben konträre Besitzansprüche auf kleine Inseln im Pazifik (vor allem die *Senkaku-* bzw. *Diaoyu-*Inseln) heftige Konflikte ausgelöst. So erschütterten am 18. September 2012, genau 81 Jahre nach dem Beginn des japanischen Überfalls auf die Mandschurei, z. T. gewalttätige Proteste nicht nur China, sondern ganz Ostasien. Die Demonstrationen lösten weltweit – vor allen in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika – Besorgnis aus. So fragte die Zeitschrift *Economist*, die auf dem Titelbild ihrer Ausgabe vom 22. September drei umstrittene Inseln zeigte, sogar: »Could China and Japan really go to war over these?« Zumindest eine auf dem Titelbild im Meer schwimmende Schildkröte meinte: »Sadly, yes«. <sup>36</sup>

Schon zuvor hatten politische Auseinandersetzungen über konträre territoriale Ansprüche in Ostasien wiederholt auf den Stellenwert gegensätzlicher Erinnerungen verwiesen, die von den beteiligten Akteuren jeweils spezifisch funktionalisiert wurden. Die Konflikte, in denen besonders zwischen China, Japan und Korea schon die Namen von Inseln umstritten geblieben sind, haben durchweg Bezugnahmen auf die Vergangenheit aufgewiesen, besonders auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Dabei sind Funktionalisierungen unübersehbar. So haben in Japan zivilgesellschaftliche Vereinigungen, die gegen die Verharmlosung oder Leugnung

Zur Aktualität nationaler Identitätsdiskurse in europäischen Gesellschaften, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hrsg.), *Gesellschaften im Vergleich. Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaften*, Frankfurt a. M. 1999, S. 465–508, hier S. 480. Vgl. Arnd Bauerkämper, »Vergangenheitsaufarbeitung« als Argument. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland aus der Perspektive der europäischen Nachbarn und Ostasiens, Teil II: Ostasien, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 65 (2017), S. 913–931, hier S. 926–929, Sebastian Conrad, *Entangled Memories. Versions of the Past in Germany and Japan*, in: *Journal of Contemporary History* 38 (2003), S. 84–99, hier S. 96, und die Beiträge in: Aleida Assmann/Sebastian Conrad (Hrsg.), *Memory in a Global Age. Discourses, Practices and Trajectories*, Basingstoke 2010.

<sup>36</sup> *Economist* vom 22.–28. 9. 2012, Titel und S. 13 f., 53 f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 198 vom 25. 8. 2012, S. 6; Nr. 219 vom 19. 9. 2012, S. 6; Nr. 222 vom 22. 9. 2012, S. 12. Zum Streit über die Spratly-Inseln FAZ, Nr. 161 vom 13. 7. 2016, S. 2, 17. Zu den Konflikten u. a.: Torsten Weber, Die Gegenwart der Vergangenheit in Ostasien. Das Nanking-Massaker als chinesisch-japanisches »Geschichtsprblem«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 63/7–8 (2012), S. 402–419, ders., *Geschichtspolitik, lieux de mémoire und regionale Integration. Zur Debatte um eine Ostasiatische Gemeinschaft, 2000–2010*, in: Urs M. Zachmann/Christian Uhl (Hrsg.), *Japan und das Problem der Moderne. Festschrift Wolfgang Seifert zu Ehren*, München 2015, S. 151–168; Sebastian Conrad, *Remembering Asia. History and Memory in Post-Cold War Japan*, in: Assmann/Conrad (Hrsg.), *Memory*, S. 163–177.

japanischer Massaker eingetreten sind, den Begriff »Vergangenheitsaufarbeitung« in die Landessprache eingeführt. Dieses Konzept ist nicht nur gegen Politiker gerichtet worden, die apologetische Erinnerungsnarrative verbreitet haben, sondern auch gegen andere nationalistische zivilgesellschaftliche Akteure und Assoziationen. So haben der Soldatenverband und die Organisation der Kriegshinterbliebenen (*Nihon-izokukai*), die eng mit der Liberaldemokratischen Partei (LDP) verflochten sind, durchweg apologetische Kriegserinnerungen verbreitet. Aus der Sicht dieser Gruppen hatte Japan – im Gegensatz zum »Dritten Reich« – im Zweiten Weltkrieg keine systematische Vernichtungspolitik betrieben und keineswegs einen Völkermord begangen. Damit wurde die deutsche »Vergangenheitsbewältigung« als Maßstab abgelehnt.<sup>37</sup>

Umgekehrt hat der Hinweis auf das Konzept auch den Kritikern der japanischen Regierungspolitik gedient, um sich von der in ihrem Land immer noch vorherrschenden apologetischen Erinnerungskultur zu distanzieren. Dabei haben sie die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren zu einem Vorbild für Japan überhöht. Dieses »Modell« ist ebenso in China aufgegriffen worden, wo die Regierung den Nachbarn Japan seit den 1980er Jahren verstärkt zu einem selbstkritischeren Umgang mit der radikalen, rassistischen Expansions- und Kolonialpolitik des Landes im Zweiten Weltkrieg gedrängt hat. Diese Forderung ist über die Machtelite hinaus auch in einzelnen Bevölkerungsgruppen auf erhebliche Resonanz getroffen. Dabei haben vor allem chinesische Intellektuelle auf die deutsche »Vergangenheitsaufarbeitung« verwiesen und sogar nach einem »japanischen Willy Brandt« (mit Bezug auf dessen Kniefall in Warschau im Dezember 1970) gefragt.<sup>38</sup>

### III. Fazit

In Europa kennzeichneten nach 1945 zumindest in den ersten Jahrzehnten scharfe transnationale Erinnerungskonflikte den Umgang mit der jüngsten Vergangenheit. Es ist offen, inwieweit die Herausbildung universalistischer Bezüge – vor allem in

37 Hierzu und zum Folgenden: Sebastian Conrad, *Entangled Memories. Versions of the Past in Germany and Japan*, in: *Journal of Contemporary History* 38/1 (2003), S. 85-99, bes. S. 96.

38 Volker Fuhr, *Von der Bundesrepublik lernen? Der Vergleich mit Deutschland in der japanischen Diskussion über Kriegsschuld und Vergangenheitsbewältigung*, in: *Japanstudien* 8/1 (1997), S. 337-353, hier S. 337, 347; Weber, *Gegenwart*, S. 411. Zu den nationalistischen Verbänden in Japan: Takeo Sato, *Die Aufarbeitung des Kriegsthemas in den japanischen Museen und anderen Kultureinrichtungen*, in: Hans-Martin Hinz (Hrsg.), *Der Krieg und seine Museen*, Frankfurt a.M. u.a. 1997, S. 146-153, hier S. 150. Die Kriegsverbrechen Japans in Ostasien können im Rahmen dieses Beitrages nicht detailliert dargelegt werden. Vgl. aber Uwe Makino, *Terror als Eroberungs- und Herrschaftstechnik. Zu den japanischen Verbrechen in Nanking 1937/38*, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001, S. 343-355.

der Erinnerung an den Holocaust – zu einer Angleichung nationaler Erinnerungskulturen führen wird. Voraussichtlich wird das Gedächtnis in und zwischen den europäischen Nationalstaaten umstritten bleiben. Damit sollte die historische Forschung weder von einem erinnerungspolitischen *acquis communautaire* als *acquis historique* in Europa noch von einem normativen deutschen »DIN-Standard« für eine selbstkritische Erinnerungspraxis im globalen Verflechtungsgedächtnis ausgehen.<sup>39</sup>

Ein Gedächtnis, das nationale Erinnerungskulturen aufeinander bezieht und ebenso selbstreflexiv wie pluralistisch ausgerichtet ist, vermag in Europa, aber auch darüber hinaus wechselseitige Verständigung zu fördern. Transnationale Erinnerung sollte damit als eine »die Vergangenheit in ihrer Sperrigkeit und Widersprüchlichkeit ernstzunehmende Vergegenwärtigung von Geschichte aufgefasst werden, die der Aufklärung über Vergangenheit im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft dient.« Demgegenüber muss sich die historische Erinnerungsforschung mit vordergründigen Funktionalisierungen der (west-)deutschen Vergangenheitsaufarbeitung kritisch auseinandersetzen. Auch Aktualisierungen, die aus durchaus nachvollziehbaren Gründen u. a. in Schulen und in der Gedenkstättenarbeit zur Vermittlung der NS-Geschichte vorgenommen werden, sind reflektiert und zurückhaltend zu nutzen. Nur damit lassen sich ein vordergründiger Präsentismus und – damit verbunden – falsche Analogien vermeiden.<sup>40</sup>

Insgesamt haben sich nationale Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus, Faschismus, der Besatzungsherrschaft und dem Holocaust komplex mit transnationalen Einflüssen und Trends überlagert. So hat sich in Europa kein inhaltlicher Konsens über Erinnerungen an die faschistischen Diktaturen und den Zweiten Weltkrieg herausgebildet. Die Verknüpfung partikularer und universalistischer Erinnerungsnarrative spiegelt der Umgang mit dem (west-)deutschen Konzept der »Vergangenheitsaufarbeitung« wider.<sup>41</sup> Darüber hinaus sind Interaktionen

39 Zit. nach Garton Ash, Strafgerichte, S. 309.

40 Bernd Faulenbach, Erinnerungsrbeit und demokratische politische Kultur heute, in: Claudia Lenz/Jens Schmidt/Oliver von Wrochem (Hrsg.), Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Hamburg/Münster 2002, S. 81-90, hier S. 83; Konrad H. Jarausch, Conclusion. Nightmares or Daydreams? A Postscript on the Europeanisation of Memories, in: Pakier/Stráth (Hrsg.), A European Memory?, S. 309-320, hier 311 f., 314, 316-318; Morsch, Das »neue Unbehagen an der Erinnerungskultur«, S. 832 f., 846-848; ders., Geschichte als Waffe. Erinnerungskultur in Europa und die Aufgabe der Gedenkstätten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 55/5 (2010), S. 109-121.

41 Vgl. Wolfgang Stephan Kissel/Ulrike Liebert, Einleitung. Europäische Erinnerungskonstellationen – zum Wandel nationaler Narrative nach 1989, in: dies. (Hrsg.), Perspektiven einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft. Nationale Narrative und transnationale Dynamiken seit 1989, Münster u. a. 2010, S. 9-29, hier S. 22, 25; Jan-Werner Müller, Europäische Erinnerungspolitik Revisited, in: Transit. Europäische Revue 33 (2007), S. 166-175, hier S. 168; Assmann, Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur?, S. 57, 60, 63. Plädoyer für Menschenrechte als Bezugshorizont von Erinnerungskulturen in: Michael Heinlein/Daniel Levy/Natan Sznajder, Kosmopolitische Erinnerung und reflexive Moder-

über das Gedächtnis als offener Prozess und die jeweils eigenen Erinnerungen relational zu anderen zu verstehen. Nur damit vermögen die Europäer »der fortwirkenden destruktiven Macht der Vergangenheit zu entkommen«<sup>42</sup> und grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Verflechtungen zu stärken, auf denen auch die politische Einigung basiert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Bezug auf universell verstandene Menschenrechte diesen Prozess der Aussöhnung im Konflikt in Europa grenzüberschreitend zu fördern vermag. Das Konzept der »Vergangenheitsaufarbeitung« kann diesem Prozess zwar Impulse verleihen, dabei aber nicht als universell anzuwendender Maßstab und Schlüssel dienen.

nisierung. Der politische Diskurs über die Zwangsarbeiterentschädigung, in: *Soziale Welt* 56/2-3 (2005), S. 225-246, hier S. 228-236 f., 241; Daniel Levy/Natan Sznaider, *The Institutionalization of Cosmopolitan Morality. The Holocaust and Human Rights*, in: *Journal of Human Rights* 3/2 (2004), S. 143-157; Daniel Levy/Michael Heinlein/Lars Breuer, *Reflexive Particularism and Cosmopolitanization. The Reconfiguration of the National*, in: *Global Networks* 11/2 (2011), S. 139-159.

42 Helmut König, *Statt einer Einleitung. Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände*, in: ders./Julia Schmidt/Manfred Sicking (Hrsg.), *Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität*, Bielefeld 2008, S. 9-37, hier S. 29.

JEFFREY HERF

## Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland seit 1945

*Anfänge, Hauptmotive und Kritik an der Erinnerungspolitik  
vonseiten des SED-Regimes und der radikalen Linken  
in Westdeutschland*

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind die Anfänge der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« beziehungsweise die Aufarbeitung von NS-Vergangenheit und Holocaust im ersten Nachkriegsjahrzehnt sowie die in den 1960er Jahren aufkommende und rasch an Bedeutung gewinnende Kritik an dieser Erinnerungskultur vonseiten der ostdeutschen Regierung und der radikalen Linken in Westdeutschland. Der Kern und das Mindestmaß an Verpflichtung, dass in der damaligen Bundesrepublik unter »Aufarbeitung der Vergangenheit« verstanden wurde, lässt sich klar und einfach zusammenfassen: Füge keinen Juden jemals wieder Schaden zu. Schade nicht dem Staat Israel und unterstütze niemanden, der Juden oder dem Staat Israel schaden möchte. Des Weiteren ging damit die Selbstverpflichtung der politischen und intellektuellen Elite einher, die Fakten über die Judenvernichtung, insbesondere über die Verfolgung und Vernichtung zunächst des deutschen, dann des europäischen Judentums durch das NS-Regime öffentlich zu machen. Das Wissen über den Holocaust sollte an nachfolgende Generationen weitergegeben, die Existenz des Staates Israel aktiv gefördert, die Wiedergutmachungszahlungen an Überlebende des Holocausts vollumfänglich geleistet werden. NS-Täter sollten vor Gericht gebracht und die Erinnerung an die Verbrechen als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines anständigen und zivilisierten Deutschlands nach dem NS-Regime betrachtet sowie Antisemitismus radikal bekämpft werden.

Wie ich bereits in meinen Büchern *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland* (1998) und *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989* (2019) dargelegt habe, besteht ein weiterhin erklärungsbedürftiges Paradox der deutschen Erinnerung an den Holocaust darin, dass sie ausgerechnet in Westdeutschland, das für sein langes Schweigen und die bis weit in die 1950er Jahre verzögerten Strafprozesse berüchtigt ist, stark werden konnte, während sie im Osten nur schwach ausgeprägt war. Der ostdeutsche Staat reklamierte hingegen voller Stolz für sich, er habe mit der Abschaffung des Kapitalismus zugleich auch die Ursachen für den Nationalsozialismus beseitigt und somit konsequenter und radikaler mit der NS-Vergangenheit gebrochen, als das im Westen der Fall war.<sup>1</sup>

1 Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge, MA

In der Bundesrepublik der 1950er Jahre standen Forderungen nach einer vorbehaltlosen Aufarbeitung und Bestrafung der NS-Verbrechen Stimmen aus dem konservativen Lager gegenüber, die eine Amnestie für NS-Täter und ihre Wiedereingliederung verlangten. Doch noch entschiedenerer Widerstand gegen eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kam über Jahrzehnte hinweg – angefangen von den antikosmopolitischen Säuberungen im Sowjetblock in den Jahren 1949-1953 bis zu den Umbrüchen 1989 – aus dem kommunistischen Osten Deutschlands und von der extremen Linken im Westen. Der vorliegende Beitrag diskutiert die Umstände der Entstehung sowie die wichtigsten Vertreter und Themen dieser Erinnerungskultur und wendet sich dann der kommunistischen und linksradikalen Kritik an ihr zu. Diese gipfelte vom Sechstagekrieg 1967 bis zum Ende der DDR 1989/90 in einen nicht offen erklärten Krieg gegen den Staat Israel.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der erste demokratische Staat der Neuzeit, in dem das Gedenken an die Verbrechen des Vorgängerregimes zum konstitutiven Bestandteil der nationalen politischen Erinnerungskultur wurde. Diese beispiellose Tradition ist das Ergebnis einzigartiger Umstände.<sup>2</sup> Erst die im historischen Vergleich zutage tretenden Besonderheiten des Kriegsendes in Europa führten dazu, dass sich überhaupt in einem der beiden deutschen Staaten ein Gedenken an den Holocaust herausbilden konnte. Der Zweite Weltkrieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen, der totalen militärischen Niederlage der deutschen Wehrmacht und einer vierjährigen Besatzungszeit (1945-1949), in der Deutschland seine Souveränität einbüßte. Der Sieg der Alliierten und die Besatzung, die dem Nationalsozialismus nach 1945 ein Ende bereitete, schufen die Voraussetzungen für eine allmähliche Entzauberung und das Ende des Mythos von Hitlers angeblicher Unfehlbarkeit.<sup>3</sup> Der Prozess vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sowie die Anklage, Verfahren und Urteile gegen hochrangige Vertreter verschiedener Institutionen des NS-Regimes in den zwölf »Nachfolgeprozessen« förderten umfangreiche Belege zutage, welche die Verbrechen des NS-Regimes anhand offizieller Dokumente oder der Aussagen der Täter selbst protokollierten. Nach den Nürnberger Prozessen gelangte kein deutscher Politiker mehr in ein Staatsamt auf nationaler Ebene, der die Verbrechen des NS-Regimes öffentlich

1997; auf Deutsch: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, übers. v. Klaus-Dieter Schmidt, Berlin 1998; und Jeffrey Herf, *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967-1989*, New York 2016; auf Deutsch: Jeffrey Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989*, Göttingen 2019.

2 Im instruktiven Vergleich dazu die historische Aufarbeitung des Sezessionskrieges in den Vereinigten Staaten von Amerika, vgl. David Blight, *Race and Reunion. The Civil War in American Memory*, Cambridge 2002.

3 Vgl. Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, 3. Aufl., München 1990; sowie Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991.

anzweifelte oder leugnete. Das nationalsozialistische Deutschland war zum Synonym für das Böse schlechthin in der Geschichte der Neuzeit geworden.

Die juristische Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch die Alliierten war umfassender, als häufig angenommen wird. Im ersten Nachkriegsjahr klagten die Westalliierten über 90.000 Deutsche für ihre Kriegsverbrechen an. Zwischen 1949 bis 1989 ergingen an alliierten und deutschen Strafgerichtshöfen über 6.500 Urteile, allerdings wurden 80 Prozent bzw. 5.025 dieser Urteile bereits von den westlichen Alliierten zwischen 1945 und 1949 verhängt. Während der Besatzungszeit wurden allein an amerikanischen Militärgerichtshöfen 1.517 Personen verurteilt, davon 324 zum Tode und 247 zu lebenslanger Haft. Britische Militärgerichte verurteilten 1.085 Personen, davon 240 zum Tode. Französische Gerichte verurteilten 2.107 Personen, 104 davon zum Tode.<sup>4</sup> In eklatantem Unterschied dazu stand, worauf Norbert Frei hingewiesen hat, die frühe westdeutsche Vergangenheitspolitik nach 1949 keineswegs im Zeichen der strafrechtlichen Verfolgung und Klarheit der Erinnerung, sondern setzte auf Amnestierung und Integration ehemaliger Anhänger des »Dritten Reiches«.<sup>5</sup> Dass Versuche von unbelehrbaren Nationalsozialisten, in der Bundesrepublik politische Ämter zu bekleiden, trotzdem zum Scheitern verurteilt waren, dafür sorgte die Anwesenheit der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte. Die einzigartige Kombination aus totaler militärischer Niederlage, alliierter Besatzung und fehlender nationaler Souveränität ist ein Merkmal, durch das sich das Kriegsende in Deutschland grundlegend von dem in anderen Staaten unterscheidet, denen ebenfalls Verstöße gegen die Menschenrechte zur Last gelegt wurden. Erst diese spezifische Situation schuf die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass eine Aufarbeitung der Vergangenheit erfolgen konnte.

Doch diese Aufarbeitung war keine Erfindung der Siegermächte. Die Gründungstexte der Vergangenheitsbewältigung stammen von Vertretern einer »vielfachen Restauration« politischer Traditionen, die von den Nationalsozialisten unterdrückt und zum Schweigen gebracht worden waren.<sup>6</sup> Weil das nationalsozialistische Regime nur zwölf Jahre währte und viele politische Gegner des NS-Regimes im Exil oder in der inneren Emigration überlebt hatten, existierte noch eine Generation von Politikern, die vor 1933 bereits im politikfähigen Alter gewesen war und für das »andere Deutschland«, nämlich für die Opposition gegen den Nationalsozialismus stand. In beiden Teilen Deutschlands setzte sich die politische Führungsschicht der Nachkriegszeit aus Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Kurt Schumacher und Walter Ulbricht zusammen, die bereits zwischen 1900 und 1930 politische Erfahrungen gesammelt hatten. Sie hatten den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust nicht in prägenden Jugendjahren, sondern in reiferem Alter miterlebt und interpretierten ihn in

4 Zur Verhaftung und Verurteilung von NS-Verbrechern vgl. Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 396-398.

5 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

6 Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 12 f.

der Nachkriegszeit auf Grundlage von lang gefestigten Überzeugungen, deren Wiedererstarben durch den Sieg der Alliierten über Nazideutschland möglich geworden war.

Ein vergleichender Blick auf die europäische und amerikanische Geschichte macht deutlich, dass nach begangenen Unrecht häufig eine Zeit des Schweigens, der Amnestierung und sozialen Integration ehemaliger Täter anbricht, insofern stellt Westdeutschland eher die Regel als die Ausnahme dar. Mit dem schrittweisen Wiedererlangen der Souveränität und des Wahlrechts gelangten in Westdeutschland dann Politiker wie Adenauer an die Macht, die eine umfassende juristische Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen und eine tiefgreifende Säuberung des Staatsapparates mit Blick auf Stimmenverluste für die konservativen Parteien bei den nächsten Wahlen ablehnten. In diesem Sinn war das vorübergehende Ausblenden des Holocaust auch eine Voraussetzung für die Herausbildung der Demokratie im Westen Deutschlands. Die Historiker Tony Judt und Henry Rousso belegen, dass mythische Verklärungen und die Abwesenheit einer klaren Erinnerung an die wirklichen Ereignisse in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa die Norm waren.<sup>7</sup> So heißt es etwa in einer Rede Winston Churchills in Zürich 1946: »Dann muss das stattfinden, was Gladstone vor vielen Jahren ›einen segensreichen Akt des Vergessens‹ genannt hat. Wir alle müssen den Schrecknissen der Vergangenheit den Rücken kehren. Wir müssen in die Zukunft schauen.«<sup>8</sup> Die Aufforderung zum Vergessen einer Katastrophe der jüngsten Vergangenheit findet sich bereits im berühmten zweiten Absatz des Westfälischen Friedens von 1648: »Beiderseits sei immerwährendes Vergessen und Amnestie alles dessen, was seit Anbeginn dieser Unruhen an irgendeinem Ort und auf irgendeine Weise vom einen oder andern Teil, hüben und drüben, feindlich begangen worden ist.«<sup>9</sup> Demgegenüber stellen die Nürnberger Prozesse und die Tradition der Aufarbeitung der Vergangenheit einen grundlegend neuen Ansatz im politischen Handeln nach Katastrophen und großem Unrecht dar.<sup>10</sup> Während 1648 in Westfalen das Vergessen als Beitrag zum Frieden betrachtet wurde, gingen die alliierten Siegermächte und die deutschen Befürworter der juristischen Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland 1945 davon aus, dass der Akt des Vergessens hinderlich sei für die Rückkehr zu Gerechtigkeit und den Werten vor dem Zivilisationsbruch durch den Holocaust und die Aussicht auf Frieden in Europa schmälerte.

7 Tony Judt, *Postwar. Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2006; Henry Rousso, *The Vichy Syndrome. History and Memory in France since 1944*, Cambridge, MA 1994.

8 Winston Churchill, »Rede an die akademische Jugend«, Zürich, 19.9.1946, [https://www.europa-union.de/fileadmin/files\\_eud/PDF-Dateien\\_EUD/Allg.\\_Dokumente/Churchill\\_Rede\\_19.09.1946\\_D.pdf](https://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/Allg._Dokumente/Churchill_Rede_19.09.1946_D.pdf) [22.3.2021].

9 »Der Westfälische Frieden«, 14./24.10.1648, [http://ghdi.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage\\_id=4540](http://ghdi.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage_id=4540) [22.3.2021].

10 Vgl. Helmut König, *Politik und Gedächtnis*, Weilerswist 2008.

Konrad Adenauer, die dominante politische Figur der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik, war Befürworter eines zurückhaltenden Umgangs mit dem öffentlichen Gedenken an die NS-Verbrechen, der Amnestie und der Wiedereingliederung ehemaliger NS-Funktionäre. Gleichzeitig setzte er sich aber auch für tatkräftige Solidarität mit dem neu gegründeten Staat Israel und für Wiedergutmachungszahlungen an jüdische Überlebende des Holocaust ein.<sup>11</sup> Seine »gemischte« Haltung beruhte nicht zuletzt auf der Einsicht, dass es in der deutschen Bevölkerung eine sehr breite Zustimmung für den Nationalsozialismus gegeben hatte. So heißt es etwa in seiner Rede am 26. März 1946 an der Kölner Universität: »Der Nationalsozialismus hätte nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung.« Daher trügen nicht nur führende Parteimitglieder der Nationalsozialisten, das deutsche Militär und die Großindustrie die Verantwortung für die historische Katastrophe. »[...] breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volke nicht möglich gewesen.«<sup>12</sup> (Noch 13 Jahre später klingt Adenauers pessimistische Diagnose, wenngleich von einem anderen politischen Ansatzpunkt aus, in Theodor W. Adornos Worten aus dem Jahr 1959 an: »die Tilgung der Erinnerung ist eher eine Leistung des allzu wachen Bewußtseins als dessen Schwäche gegenüber der Übermacht unbewußter Prozesse«.)<sup>13</sup> Für Adenauers Haltung war die politische Überlegung ausschlaggebend, dass eine Befürwortung der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen den Wahlsieg der CDU hätte gefährden können. Die Forderung nach Aufarbeitung wäre dazu angetan gewesen, potenzielle konservative Wähler zu verärgern. Dagegen liefen Wiedergutmachungszahlungen und eine stillschweigend praktizierte, entschlossene Unterstützung des Staates Israel kaum Gefahr, auf breiten öffentlichen Widerspruch zu stoßen. Darüber hinaus konnte so Überlebenden des Holocaust geholfen und die moralische Mindestforderung erfüllt werden, Juden keinen weiteren Schaden mehr zuzufügen.

Die wichtigste Gründungsfigur der Aufarbeitung der Vergangenheit links der politischen Mitte war der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher.<sup>14</sup> In seinem

11 Zur Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte eindrucksvoll: Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005.

12 Konrad Adenauer, »Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität«, 26. 3. 1946, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Konrad Adenauer: Reden, 1917-1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 92; zit. nach Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 254 f.

13 Theodor W. Adorno, »Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften*, Bd. 10.2, Frankfurt a. M. 1977, S. 588; zit. nach Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 20.

14 Vgl. Shlomo Shafir, *Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel*, in:

Grundsatzreferat auf dem SPD-Parteitag am 29. Juni 1947 forderte er zur besonderen Erinnerung an die jüdische Katastrophe auf:

Erstaunt sind wir aber darüber, Genossen und Genossinnen, daß die Teile der Menschheit, die am stärksten vom Dritten Reich verfolgt waren, heute so wenig Hilfe und Verständnis bei der Welt draußen finden. Von uns, den politischen Kämpfern gegen das Dritte Reich, will ich nicht reden. Aber sprechen wir einmal über den Teil der Menschheit, der zu allem tatsächlich durch die Furchtbarkeit der Schläge, die er empfing, noch das Symbolhafte des ganzen Leids auf sich nehmen mußte, sprechen wir einmal von den *Juden* in Deutschland und der Welt.<sup>15</sup>

In den 1950er Jahren griffen führende Sozialdemokraten im Bundestag wie Adolf Arndt und Carlo Schmid oder der Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter Schumachers öffentliches Gedenken an die Verbrechen an den Juden auf. Sie alle hielten wichtige Reden zum Thema Vernichtung des europäischen Judentums und leisteten damit einen großen Beitrag zum Entstehen einer kritischen Erinnerungskultur im Nachkriegsdeutschland.

Die spezifisch westdeutsche Regierungsrhetorik der Erinnerung an die Nazi-verbrechen nahm ihren Anfang in Kreisen einer politischen Elite, die mit dem allgemeinen Schweigen in der Bundesrepublik brechen wollte. Theodor Heuss, bis 1959 der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, nutzte sein von wahltaktischen Überlegungen weitgehend freies Amt, um die Verbrechen der NS-Zeit öffentlich anzusprechen, das Amt des Bundespräsidenten als Instanz des Gewissens der Nation zu prägen und die moralische Verpflichtung zur Erinnerung an den Holocaust als Bestandteil eines spezifisch westdeutsch definierten Patriotismus zu beschreiben. Seine Kritiker werfen ihm vor, den restaurativen Kräften in der Adenauer-Ära lediglich einen bildungsbürgerlichen Anstrich verliehen und eine Form des Gedenkens gepflegt zu haben, die sich mit öffentlichen Auftritten ohne juristische oder politische Folgen begnügte. Aber in seinen Reden über die deutsche Geschichte sowie in seiner umfangreichen Privatkorrespondenz mit jüdischen Überlebenden, ehemaligen Widerstandskämpfern und Intellektuellen aus der Bundesrepublik und der ganzen Welt ist nachzulesen, dass Heuss eine Erinnerungskultur begründete, die von der politischen und intellektuellen Elite ausgehend immerhin zu einer breiteren öffentlichen Debatte und Bewegung beitrug.

Am 1. Dezember 1952 hielt er anlässlich der Einweihung eines Mahnmals im ehemaligen KZ Bergen-Belsen eine Rede unter dem Titel *Diese Scham nimmt uns niemand ab!*. Es handelt sich um die bis dahin umfassendste öffentliche

Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191-203.

15 Kurt Schumacher, Grundsatzreferat Schumachers auf dem Nürnberger Parteitag der SPD: »Deutschland und Europa«, 29. 6. 1947, in: Willy Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952, Berlin u. a. 1985, S. 508; zit. nach Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 301.

Auseinandersetzung mit dem Massenmord am europäischen Judentum seitens eines Repräsentanten des westdeutschen Staats.<sup>16</sup> Darin heißt es, die Deutschen »dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah«. Ein »anständiges Vaterlandsgefühl« berufe sich nicht auf die mythische Verklärung, sondern erfordere ein bewusstes Erinnern an die Verbrechen der Vergangenheit.<sup>17</sup> Bei dieser Gedenkfeier in Bergen-Belsen definierte Heuss den Begriff des Vaterlandsgefühls und der nationalen Identität in Westdeutschland neu. Die Deutschen dürften ihre dunkle Vergangenheit nicht vergessen, sondern müssten sich auf ehrliche Weise mit ihr auseinandersetzen. Patriotismus habe im Dienst der Erinnerung zu stehen und dürfe nicht trostversprechenden Mythen, der Verdrängung oder Ressentiments überlassen werden. Nach Heuss war der moralische Imperativ der Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit keine von den Siegern und Besatzern auferlegte Last, sondern eine Verantwortung, die ihre Wurzeln in den »anderen Deutschländern« hatte, die 1933 besiegt worden waren und nun versuchten, das Land in die Zivilisation zurückzuführen. Die wesentlichen Grundsätze der von Adenauer, Heuss und Schumacher begründeten Tradition der Aufarbeitung der Vergangenheit – sowohl das moralische Mindestgebot, Juden nie wieder Schaden zuzufügen, als auch ein neu verstandener Patriotismus, der sich nicht aus dem Verdrängen, sondern aus der bewussten Auseinandersetzung mit der dunklen Vergangenheit speist – setzten sich in Westdeutschland und später im vereinigten Deutschland als Kernelemente der nationalen Identität und demokratischen Überzeugung durch.

Während des Zweiten Weltkrieges hegten einige Kommunisten, sowohl in der Sowjetunion als auch in westlicher Emigration, die Hoffnung, dass gemeinsame Anknüpfungspunkte mit den Juden auf der Basis einer geteilten Erfahrung von Verfolgung und Solidarisierung im Kampf gegen das NS-Regime das Kriegsende überdauern würden. Bis 1947 trat die Sowjetunion auch tatsächlich für die Gründung eines jüdischen Staates ein. Doch mit dem Zusammenbruch der Anti-Hitler-Koalition, mit dem Aufkommen des Kalten Krieges und den »antikosmopolitischen Säuberungen« im Ostblock wurde die Solidarität zwischen Kommunisten und Juden allmählich von der marxistisch-leninistischen Doktrin des Kampfes gegen »den westlichen Imperialismus« verdrängt. Die Folgen waren eine Marginalisierung der Erinnerung an den Holocaust im antifaschistischen Ostdeutschland während der gesamten Nachkriegszeit, die Unterdrückung derjenigen Kommunisten, die sich für die Staatsgründung Israels aussprachen, die staatliche Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien im sowjetisch dominierten Ostblock sowie später die Unterstützung arabischer Länder und palästinensischer Organisationen im Kampf gegen Israel.

16 Theodor Heuss, »Diese Scham nimmt uns niemand ab!«, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 189, 2. 12. 1942, S. 1655 f.; »Heuss weiht Mahnmahl in Belsen ein: Der Bundespräsident gedenkt der Opfer des ehemaligen KZ«, Frankfurter Rundschau vom 1. 12. 1952, S. 1; zit. nach Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 380–385.

17 Ebenda, hier S. 382.

1945 veröffentlichte Walter Ulbricht, zunächst Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), später der Sozialistischen Einheitspartei (SED), das Buch *Die Legende vom »Deutschen Sozialismus«*.<sup>18</sup> Im Zentrum stehen die Schilderung der sowjetischen Leiden und Heldentaten, der zum Sieg über Hitlerdeutschland führende Befreiungskampf sowie die orthodoxe kommunistische Lesart vom Nationalsozialismus als Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Aus dieser Doktrin folgte, dass mit der Beseitigung des Kapitalismus und dem Aufbau einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft zugleich die Bewältigung und Überwindung der NS-Vergangenheit vollzogen sei. Aus den gleichen Gründen galt die Aufarbeitung der Vergangenheit in Westdeutschland aus kommunistischer Perspektive als gefühlsduselige Heuchelei, weil mit der Beibehaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft auch die eigentlichen Ursachen für die Katastrophe unangetastet blieben. Aus marxistisch-leninistischer Sicht war der Antisemitismus nur ein Werkzeug der Kapitalistenklasse, keine eigenständige politische Ideologie. Das bedeutet zwar nicht, Ulbricht hätte die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten bestritten. Nur teilten sie dieses Schicksal mit vielen anderen Völkern Europas, die ebenfalls von den Nationalsozialisten verfolgt und angegriffen worden waren, und verdienten daher weder besondere Erwähnung noch besonderes Mitgefühl.<sup>19</sup>

Allerdings misstrauten die kommunistischen Politiker großen Teilen des eigenen Volkes kaum weniger als Adenauer mit seinem harten Urteil. Ihnen war bewusst, dass der Nationalsozialismus in breiten Bevölkerungsschichten großen Anklang gefunden hatte. Die aus der Emigration zurückkehrenden verfolgten Kommunisten fühlten sich wegen dieser breiten Unterstützung für das verbrecherische NS-Regime und dem ausgebliebenen Widerstand bestärkt in ihrer Meinung, die Errichtung einer Diktatur sei notwendig und die Kommunistische Partei müsse die Führungsrolle übernehmen. Im »Aufruf«, den die KPD am 11. Juni 1945 an das deutsche Volk richtete, fassten führende Parteimitglieder ihre Erfahrung zusammen: »Unser Unglück war, daß Millionen und Abermillionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des »Kampfes um Lebensraum«, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.«<sup>20</sup> Je mehr die zurückgekehrten Emigranten über ihre Verfolgung durch das NS-Regime nachdachten und sich daran erinnerten, wie groß die Massenunterstützung für die Nationalsozialisten gewesen war, umso begründeter erschien ihnen der Vorsatz, dieses »gefährliche« Volk durch eine neue Diktatur im Zaum zu halten.

18 Walter Ulbricht, *Die Legende vom »Deutschen Sozialismus«*, Berlin 1945.

19 Zur orthodox-kommunistischen Deutung des Nationalsozialismus und den Grundzügen antifaschistischer Erinnerungspolitik siehe Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 23-53.

20 Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, »Aufruf der Kommunistischen Partei, 11. 6. 1945«, in: Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*, 2. Aufl., [Ost-]Berlin 1955, S. 371f.; zit. nach Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 42.

Insofern scheint es folgerichtig, dass die kommunistische Unterdrückung des Gedenkens an die Judenvernichtung sowie ein Ausbleiben der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und der Unterstützung für den Staat Israel fast bruchlos zur Unterdrückung von Demokratie und Parteienpluralismus führten. In meinem Buch *Zweierlei Erinnerung* habe ich die Geschichte der ostdeutschen Säuberung vom »Kosmopolitismus« zwischen 1949 und 1956 im Detail nachgezeichnet.<sup>21</sup> An dieser Stelle soll der Hinweis auf das Schicksal des Mitglieds des KPD-Politbüros Paul Merker genügen, der während seines Exils in Mexiko City Aufsätze im *Freien Deutschland* veröffentlicht hatte, in denen er Antisemitismus und Judenverfolgung ins Zentrum seiner Analyse nationalsozialistischer Politik stellte. Er plädierte für eine Entschädigung aller jüdischen Überlebenden und sprach sich für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina aus. Merkers Verhaftung im Dezember 1952 in Ostberlin steht im Zusammenhang mit dem Schauprozess, in dem Rudolf Slánský und elf andere Mitglieder der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (vorwiegend jüdischer Herkunft) in Prag als angebliche Agenten des amerikanischen Imperialismus und Zionismus im November zum Tode verurteilt wurden. Merkers Verhaftung, der anschließende Geheimprozess gegen ihn sowie die Tatsache, dass viele kommunistische und nichtkommunistische Vorstände der jüdischen Gemeinden in Ostberlin, die ähnliche Ansichten wie er vertraten, sich zu einer Flucht in den Westen entschlossen, setzten der Hoffnung auf eine Auseinandersetzung mit der jüdischen Katastrophe, auf Wiedergutmachungszahlungen für jüdische Überlebende, auf enge Beziehungen zu Israel und auf die Fortsetzung der Solidarität zwischen Kommunisten und Juden in der Nachkriegszeit im Osten ein jähes Ende.

Das Schlüsseldokument gegen Merker ist Hermann Materns Schrift *Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky*. Matern, Vorsitzender der Zentralen Partei-Kontrollkommission (ZPKK) der SED, veröffentlichte es am 20. Dezember 1952.<sup>22</sup> Darin erhebt er die Anschuldigung, Paul Merker sei Teil einer weitverzweigten Spionageverschwörung amerikanischer Imperialisten, Zionisten, des jüdischen Kapitals sowie einiger Mitglieder Kommunistischer Parteien, wie unter anderem Slánský. Obwohl die Anschuldigung dem bekannten antisemitischen Argumentationsmuster einer Verschwörungstheorie folgt, schreibt Matern, den Vorwurf des Antisemitismus vorwegnehmend, »der Slansky-Prozeß [habe] gezeigt, daß es eine Methode dieser Verbrecher war, wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Bezeichnung des Antisemitismus zu diskreditieren«. Weiter heißt es, die »zionistische Bewegung« habe »nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit«. Sie werde vielmehr »beherrscht, gelenkt und befolgt vom USA-Imperialismus« und diene »ausschließlich seinen Interessen und den Interes-

21 Vgl. Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 130-193.

22 Hermann Matern, »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky«, in: Zentralkomitee der SED (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei*, Bd. 4, [Ost-]Berlin 1954, S. 199-219.

sen der jüdischen Kapitalisten«. Obwohl Matern den Vorwurf des Antisemitismus von sich weist, bedient er sich denunziatorischer antisemitischer Klischees, nämlich der angeblichen Verflechtung von Judentum und Kapitalismus sowie der Verbindung europäischer Juden mit weitverzweigten internationalen Mächten. Dass Merker sich für Wiedergutmachungszahlungen an Juden ausgesprochen hatte und die Gründung des Staates befürwortete, wurde ihm nun als politischer Irrtum angekreidet und zum Verhängnis. Es könne, so fährt Matern fort, kein Zweifel daran bestehen, »daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, das die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen«. Dies sei die »wahre Ursache seines Zionismus«. <sup>23</sup> Im Zuge der antikosmopolitischen Säuberungen in Ostberlin und im gesamten Ostblock wurde Kommunisten, die die zionistische Bewegung und gute Beziehungen zu Israel unterstützten – und zwar unabhängig davon, ob sie jüdisch oder (wie Merker) nicht jüdisch waren – der Status von »Opfern des Faschismus« abgesprochen. In einer plötzlichen Kehrtwende erklärte man sie nun vielmehr zu Tätern und Mitschuldigen einer internationalen, antideutschen Verschwörung. Erneut verunglimpfte eine deutsche Regierung Juden als »Kosmopoliten«, statt sie als Angehörige der eigenen Nation anzusprechen. Wieder definierte sich ein deutscher Nationalismus, diesmal in kommunistischer Spielart, in Opposition zu einer westlichen, kapitalistischen, internationalen, liberalistischen jüdischen Verschwörung. <sup>24</sup> Und ein weiteres Mal wurden Juden, deren Machtlosigkeit und mangelnde Souveränität erst kurz zuvor aufs Grausamste offenbar geworden war, als angeblich mächtige Gruppierung denunziert, diesmal von einem antifaschistischen Regime in Ostdeutschland.

Im März 1955 wurde Merker am Obersten Gericht der DDR der Prozess gemacht. Das Urteil lehnte sich eng an die von Matern erhobenen politischen Vorwürfe vom Dezember 1952 an. <sup>25</sup> Zehn Monate später, am 27. Januar 1956, kam Merker zwar frei, aber seine Versuche, die volle politische Rehabilitierung zu erlangen und zu einer führenden Position in Partei und Regierung zurückzukehren, blieben erfolglos. Am 1. Juni 1956 legte Merker eine bemerkenswerte 38-seitige *Stellungnahme zur Judenfrage* <sup>26</sup> vor. Darin schreibt er, seine sowjetischen und deutschen Vernehmer seien überzeugt gewesen, er müsse ein Agent der USA, Israels

23 Ebenda. Vgl. auch Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 153-155.

24 Vgl. Sigrud Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. 1945-1989*, Frankfurt a. M. 1992, S. 101-116.

25 Jeffrey Herf, *Dokumentation. Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 635-667.

26 Paul Merker, »An die Zentrale Kontrollkommission des ZK. der SED: Stellungnahme zur Judenfrage«, 1.6.1956, Stiftung Archiv für Parteiein und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv oder SAPMO-BA, ZPA NL Paul Merker 102/27, S. 16. Auch zit. nach Herf, *Zweierlei Erinnerung*, S. 186f.; sowie Herf, *Dokumentation. Antisemitismus in der SED*.

oder irgendwelcher »zionistischer Organisationen« sein, weil er sich im Zweiten Weltkrieg so vehement für jüdische Belange eingesetzt habe. Einen Beweis dafür, dass er selbst Jude sei, hätten sie nicht gefunden. Also hätten sie sich die Frage gestellt, ob ein nichtjüdischer deutscher Kommunist dem jüdischen Thema solche Aufmerksamkeit schenken würde, wenn er nicht ein Agent des amerikanischen Imperialismus, zionistischer Organisationen oder jüdischer Kapitalisten war. Darauf eingehend formuliert Merker eine Stellungnahme zur jüdischen Frage aus seinem Selbstverständnis als deutscher Kommunist, die bis 1989 im Archiv des MfS unter Verschluss blieb:

Ich bin weder Jude noch Zionist – ein Verbrechen wäre wohl keines von beiden –, ich hatte nie die Absicht, nach Palästina zu fliehen, auch habe ich die Bestrebungen des Zionismus nicht unterstützt. Ich habe [...] lediglich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß, nachdem die Juden durch den Hitlerfaschismus ausgeplündert, auf das tiefste beleidigt, aus ihren Heimatländern vertrieben und Millionen von ihnen, nur weil sie Juden waren, ermordet worden sind, zwischen den Juden verschiedener Länder das Gefühl engster Verbundenheit und das Sehnen nach einem eigenen, jüdischen Lande entstanden ist. Und weiter, dass besonders wir Deutschen, da sich der Hitlerfaschismus unter uns herausgebildet hat und es uns nicht gelungen war, durch Aktionen der werktätigen Massen die Errichtung seiner Herrschaft und damit seine Verbrechen zu verhindern, dieses Gefühl der Juden, das der Ausdruck der aufs tiefste Beleidigten und Empörten war und das ich als Stärkung des jüdischen Nationalgefühls bezeichnete, nicht ignorieren oder bekämpfen dürfen.<sup>27</sup>

Es sei nicht zutreffend, so fährt Merker fort, den Zionismus als Agentur des amerikanischen Imperialismus zu bezeichnen, denn schließlich sei das Ziel, in Palästina einen jüdischen Staat zu gründen, »sowohl bei den englischen als auch bei den amerikanischen Imperialisten auf heftigen Widerstand« gestoßen. »Niemand«, fügt Merker hinzu, »wird behaupten wollen, daß die Sowjetunion damals eine ›Agentur des amerikanischen Imperialismus« gefordert habe.«<sup>28</sup> Merkers Argument, die Unterstützung eines jüdischen Staates sei die logische Folge des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewesen, widersprach allerdings zur damaligen Zeit der herrschenden Israelpolitik des gesamten Sowjetblocks und der internationalen kommunistischen Bewegung. Der marxistisch-leninistische Glaubenssatz von der Verflechtung zwischen Judentum und Finanzkapital führte hier zu einer kommunistischen Variante der antiwestlichen Ressentiments der Anhänger des deutschen *Sonderweges* und des Misstrauens gegenüber »dem Westen« im Kalten Krieg. Daraus entstand ein Gemisch aus Antisemitismus und Anti-Zionismus, das ab 1953 zur kommunistischen Doktrin wurde. Ab dem Herbst 1952 zeichnete sich deutlich ab, dass in den sowjetischen Satellitenstaaten und kommunistischen

27 Ebenda.

28 Ebenda, hier S. 18.

Parteien weltweit und besonders im ostdeutschen kommunistischen Regime und der SED proisraelische Neigungen nicht mehr geduldet wurden.

Seit den antikosmopolitischen Säuberungen war der Antizionismus zu einem charakteristischen Merkmal des kommunistischen Antifaschismus geworden. Plötzlich waren die Ablehnung Israels und nicht selten damit einhergehende antisemitische Argumente – die wegen des Missbrauchs durch die Nationalsozialisten vorübergehend in Verruf geraten waren – politisch wieder hoffähig.<sup>29</sup> Der Antisraelismus gewann so nicht nur erneut an Respektabilität, sondern er konnte auch mithilfe aller verfügbaren Privilegien der Macht vorangetrieben werden: Pressezensur, mächtige Geheimdienste, diplomatische Beziehungen zu strategisch wichtigen Verbündeten, eine massive Aufrüstung in der Sowjetunion und dem Militärbündnis des Warschauer Pakts. Die Sowjetunion war zwar die treibende Kraft hinter der ideologischen Wende hin zu einer antizionistischen Politik, aber das kommunistische Ostdeutschland zog mehr als bereitwillig, ja nachgerade enthusiastisch in der Diffamierung Israels nach.<sup>30</sup> Die westdeutschen Medien beschäftigten sich allerdings weniger mit der Nahostpolitik Ostdeutschlands als vielmehr mit den linksradikalen Terrororganisationen der 1970er und 1980er Jahre im eigenen Land, wie der RAF, obwohl diese Gruppierungen nur über einen Bruchteil der Ressourcen der Ostblockstaaten verfügten und auch bedeutend weniger Einfluss auf die Ergebnisse im Nahen Osten hatten.<sup>31</sup>

In der DDR ging die Parteinahme für die arabischen Staaten und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) einher mit einem Generalangriff auf die westdeutsche Tradition der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. 1965 reiste Ulbricht nach Kairo zu Gesprächen mit dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, was im Westen Deutschlands als freundschaftliches Treffen mit einem Erzfeind Israels scharf kritisiert wurde. In einem Rundfunkinterview nahm Ulbricht Stellung zu diesem Vorwurf:

Wir haben niemals das Problem des Staates Israel mit dem Problem der Sühne und Wiedergutmachung für das von dem verbrecherischen Hitlerregime den jüdischen Bürgern Deutschlands und anderen europäischen Staaten angetane Leid und Unrecht verwechselt.

29 Näheres zur nationalsozialistischen Bekämpfung der zionistischen Bewegung und der Idee der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina siehe Jeffrey Herf, *Nazi Propaganda for the Arab World*, New Haven 2009. Die Behauptung, die zionistische Bewegung sei von den Nationalsozialisten unterstützt worden, gehört zu den großen von den Kommunisten während des Kalten Krieges in Umlauf gesetzten israelfeindlichen Propagandalügen.

30 Herf, *Unerklärte Kriege*.

31 Auch die Volksrepublik China eröffnete 1965 unter Mao Zedong ein Büro der PLO und unterstützte die arabischen Staaten. Erkenntnissen der CIA zufolge gingen jedoch 2 Prozent der chinesischen Waffenlieferungen an Guerilla-Truppen in Drittweltländern, die von der Sowjetunion entsandt waren. Eine vergleichende Übersicht über den Umfang von Waffenlieferungen bei Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 84 f.

Weiter heißt es, der wahre Grund für die Waffenlieferungen der Regierung des westdeutschen Staates »an den imperialistischen Stützpunkt Israel« bestehe in der »Tarnung und Abschirmung der Übeltäter«, das heißt ehemaliger Nazi-Verbrecher im Bonner Staatsapparat.<sup>32</sup> Fünf Tage später sagte Ulbricht, die westdeutsche Regierung missbrauche in ihrem Bemühen um Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel

schamlos das Argument der Wiedergutmachung für die Verbrechen des Hitlerregimes an jüdischen Bürgern. Eine Wiedergutmachung bedeutet doch wohl in erster Linie die Beseitigung der Ursachen für die Verbrechen des deutschen Faschismus durch die Entmachtung der Kräfte, die den deutschen Faschismus an die Macht brachten, und daß die Kriegsverbrecher, die die Schandtaten des deutschen Imperialismus ausgeführt haben, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden.<sup>33</sup>

Die westdeutsche Aufarbeitung der Vergangenheit erfüllte in den Augen der kommunistischen Führung im Osten keine einzige dieser Forderungen. Ulbricht sah in der Gedenkkultur nichts anderes als den Versuch einer Verschleierung der Tatsache, dass die der kommunistischen Doktrin zufolge für den Aufstieg des Faschismus und Nationalsozialismus verantwortlichen Kräfte – nämlich das kapitalistische Wirtschaftssystem –, dort weiterhin am Werke waren. Dagegen belege der Bruch mit dieser Kontinuität im kommunistischen Deutschland, dass man sich aufrichtig und gründlich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt und sie *de facto* bewältigt und überwunden habe. Daher rührte auch seine Ansicht, die DDR sei, was »das Problem Israel« angehe, jedem Schuldgefühl, jeder moralischen Verpflichtung und Last der Geschichte enthoben.

In einer bemerkenswerten Rede in Leipzig kam Ulbricht in der Woche nach dem Sechstagekrieg am 15. Juni 1967 auf diese Themen zurück. Erneut verurteilte er Westdeutschland für dessen militärische Unterstützung Israels<sup>34</sup> und für die Vorstellung, damit sei eine »Wiedergutmachung für die unter dem Nazi-Regime ermordeten jüdischen Bürger Polens, der ČSSR und vieler anderer Länder« verbunden:

32 Walter Ulbricht, »Rundfunk- und Fernsehinterview ... mit Gerhart Eisler«, in: Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, 1949-1986, (DARDDR) Bd. 13, [Ost-]Berlin 1969, S. 872 f.; zit. nach Herf, Zweierlei Erinnerung, hier S. 231.

33 Walter Ulbricht, »Kommunique über die 16. Sitzung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 12. März 1965«, in: DARDDR, Bd. 13, S. 881; zit. nach Herf, Zweierlei Erinnerung, hier S. 232.

34 Walter Ulbricht, »Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, auf einer Wählversammlung in Leipzig zu Frage der Lage im Nahen Osten und zur westdeutschen Expansionspolitik im Rahmen der USA-Globalstrategie«, 15. 6. 1967, in: Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1967, (DARDDR) Bd. 15/1, [Ost-]Berlin 1970, S. 515-538. Vgl. auch Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 72-75, sowie Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 230-237.

Welch blutiger Hohn! Unter der Hitlerherrschaft wurden polnische, holländische und ungarische Bürger, Frauen, Kinder, Greise und Männer in Auschwitz und in anderen Vernichtungslagern ermordet. Dafür zahlt die Bonner Regierung, die sich als Nachfolger des Hitlerregimes fühlt, nicht etwa den Staaten Entschädigung, deren Staatsbürger ermordet worden sind. Die Bonner Regierung liefert Panzer und anderes schwere Kriegsmaterial nach Israel, mit dessen Hilfe in diesen letzten Tagen zur ›Wiedergutmachung‹ Tausende Araber, Männer, Frauen und Kinder getötet, durch Napalm verbrannt oder auf unmenschliche Weise verstümmelt wurden. Es ist eine Schande, daß die westdeutsche Regierung eines solchen Zynismus fähig ist.<sup>35</sup>

Ulbricht münzt damit die Vergangenheitsbewältigung, auf die man im Westen etwas hielt – vorneweg die Wiedergutmachungspolitik und die Unterstützung Israels –, zum Schandfleck um und nutzt sie als willkommenen Gelegenheit für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten.

Dieser Angriff auf die westdeutsche Tradition der Vergangenheitsbewältigung spielte eine entscheidende Rolle beim wohl erstaunlichsten diplomatischen Erfolg der Geschichte der DDR, nämlich ihrer eigenen diplomatischen Anerkennung und damit zugleich der Zerstörung westdeutscher Bemühungen, eine diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Staaten zu verhindern. Der Durchbruch gelang im Juni und Juli 1969, als Irak, Syrien, Ägypten und Jemen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR beschlossen. Der damalige Außenminister der DDR, Otto Winzer, hatte in der Nahostkrise erfolgreich die antiisraelische Karte ausgespielt, indem er die arabischen Führer daran erinnerte, sein Land sei wie die arabischen Staaten auch ein Gegner Israels, während die BRD Israel unterstütze. Besonders enge Beziehungen entwickelte man im Osten zu Syrien, einem Erzfeind Israels. Winzer führte das Argument an, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Vereinbarungen über die weitere Zusammenarbeit zwischen der DDR und Syrien

wirksame Schläge gegen das Bündnis der Kräfte des Imperialismus und Zionismus im Nahen und Mittleren Osten [sind], insbesondere gegen das Bündnis des aggressiven westdeutschen Imperialismus mit dem aggressiven Israel.

Der in zwei Weltkriegen geschlagene deutsche Imperialismus versucht heute in Gestalt der westdeutschen Bundesrepublik seine expansionistische Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten fortzusetzen. Hier liegt die Hauptursache für die aktive Unterstützung, die der westdeutsche Imperialismus und Militarismus der Vorbereitung und Durchführung der Aggression Israels gegen die arabischen Staaten erwiesen hat und noch immer erweist. Im Gegensatz zum westdeutschen Imperialismus und seiner antiarabischen Politik hat sich der sozialistische deutsche Staat stets als ein aufrichtiger und zuverlässiger Freund der arabischen Staaten gezeigt.<sup>36</sup>

35 Ulbricht, Leipzig, S. 519.

36 »Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer, bei

Auch im Auswärtigen Amt war seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland am 12. Mai 1965 ersichtlich, dass dies zu Verwerfungen mit den arabischen Staaten führte, da diese ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik daraufhin abgebrochen hatten.<sup>37</sup>

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, an die Entscheidung des damaligen Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher zu erinnern, der nach den Terroranschlägen auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 ein Verbot der Palästinenserorganisationen Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) und Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) erwirkte. Honecker und die ostdeutsche Staatsführung verunglimpften dieses Verbot als Ausdruck »antiarabischer« Vorurteile und nahmen es zum Anlass, die Beziehungen zu Yasser Arafat und der PLO zu intensivieren. Die DDR war 1973 der erste Staat im Warschauer Pakt, der in seiner Hauptstadt ein Büro der PLO eröffnete. Sie hieß außerdem einige der aus Westdeutschland ausgewiesenen führenden GUPS-Vertreter an ihren Universitäten willkommen. Während sich die Bundesrepublik Deutschland weigerte, auf ihrem Territorium Gruppen zu dulden, die an Militärangeriffen auf Israel beteiligt waren, verstärkte die DDR ihre Waffenexporte und militärische Ausbildungshilfen für die PLO (und Splittergruppierungen wie die PFLP und die PDFLP) drastisch. Auch die enge militärische Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten wurde fortgeführt und weiter ausgebaut, allen voran mit Syrien unter Hafez al-Assad.

Die Israelfeindlichkeit des ostdeutschen Staatsapparates beschränkte sich vom Sechstagekrieg bis zur Wende 1989 keineswegs auf Worte, sondern nahm den Charakter eines nicht offen erklärten Krieges an. Während der gesamten Zeit lieferte die DDR Zigtausende Kalaschnikows, mehrere Millionen Patronen an Munition, Tausende von Landminen und Panzerfäuste an Ägypten, Syrien, den Irak, die PLO und andere palästinensische Terrororganisationen. Außerdem wurden MiG-Kampfflugzeuge, Panzer und schwere Artillerie an Syrien geliefert und syrische und irakische Streitkräfte durch Reparaturen an Militärflugzeugen unterstützt. Diese Lieferungen beinhalteten auch Ausbildungen an der Waffe für den Sechstagekrieg 1967, im Jom-Kippur-Krieg 1973, im Libanon-Krieg 1982 und bei Terrorangriffen palästinensischer Organisationen. Obwohl die politische Richtung von Moskau vorgegeben wurde, tat sich die DDR durch den besonderen Enthusiasmus, die Freiwilligkeit und den Stolz, mit dem das Regime am antiisraelischen Krieg des Ostblocks und der arabischen Staaten teilnahm, bei den Vereinten Nationen hervor.<sup>38</sup> So widersprüchlich es klingen mag, aber die ostdeutschen Kommunis-

der Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen der DDR und der Syrischen Arabischen Republik in Damaskus«, Damaskus, 5. 6. 1967, in: Angelika Bator/Wolfgang Bator (Hrsg.), Die DDR und die arabischen Staaten, Dokumente 1956-1982, [Ost-]Berlin 1984, S. 155; vgl. auch Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 138-142.

37 Vgl. Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 143 f.

38 Zu Waffenlieferungen, Truppenausbildung, nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit und politischer Kriegsführung gegen Israel vgl. Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, bes. Kap. 6-8 (S. 220-314) sowie S. 26 f.

ten waren tatsächlich der festen Überzeugung, mit ihrer Unterstützung für die Kriegsgegner Israels im Unterschied zu Westdeutschland die einzig angemessene Form der Auseinandersetzung mit und Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit gefunden zu haben.

Im Lichte dieser Geschichte nehmen die Ereignisse 1989/1990 eine bislang nicht ausreichend gewürdigte Bedeutung für die Tradition der Vergangenheitsaufarbeitung an.<sup>39</sup> Die Revolution, die zum Zusammenbruch der ostdeutschen Diktatur führte, bezeichnet auch den Endpunkt einer vier Jahrzehnte währenden feindseligen Haltung gegenüber den Bemühungen um Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Westen und gegenüber Israel, die sich im Lauf der Zeit in einen nicht offen erklärten Krieg der Sowjetunion und der DDR gegen den jüdischen Staat ausgewachsen hatte. Nach den ersten freien Wahlen in der DDR verabschiedete die neu konstituierte Volkskammer am 12. April 1990 mit überwältigender Mehrheit (379 Ja-Stimmen, zwölf Enthaltungen und null Nein-Stimmen) die folgende Erklärung: »Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.«<sup>40</sup> Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurden alle von der DDR abgeschlossenen Abkommen über Waffenexporte, militärische Ausbildung und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit den Truppen Syriens, Iraks, Lybiens, des Jemen (und anderen) sowie mit der PLO und der zu ihr gehörenden Gruppierungen Volksfront für die Befreiung Palästinas und Demokratische Front zur Befreiung Palästinas für ungültig erklärt. Wie der Volkskammerbeschluss unmissverständlich klarstellte, setzten die Revolution von 1989, die Abschaffung der ostdeutschen Diktatur und die deutsche Wiedervereinigung 1990 auch der staatlich subventionierten Feindschaftserklärung gegen den jüdischen Staat ein Ende.

Obwohl die israelkritische Einstellung der westdeutschen Linken für die Ereignisse im Nahen Osten nicht annähernd von gleicher Tragweite war wie die Politik des sowjetisch dominierten Ostblocks, war sie in der alten Bundesrepublik doch wesentlich präsenter in den Medien. Vor allem die Kollaboration westdeutscher und palästinensischer Terrororganisationen, aber auch Anschläge auf bundesrepublikanische Politiker durch die RAF und die Revolutionären Zellen sorgten für große mediale Beachtung.<sup>41</sup> Nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967 wurde die 1953 von den Kommunisten vollzogene Kehrtwende zu einem charakteristischen Merkmal

39 Vgl. Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 467-480.

40 »Gemeinsame Erklärung der Volkskammer«, 12.4.1990, in: Deutschland Archiv 5 (2003), S. 794. Vgl. auch Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 430f.; sowie Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 476-478.

41 Zu den Verbindungen zwischen linksradikalen Gruppierungen in Westdeutschland und Palästinenserorganisationen vgl. ausführlicher Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, besonders die Beiträge von Wolfgang Kraushaar, Martin Jander und Thomas Skelton.

der Neuen Linken Bewegungen weltweit.<sup>42</sup> In Westdeutschland gehörte zu dieser antiisraelischen Wende auch ein Frontalangriff gegen die Aufarbeitung der Vergangenheit, wie Martin Kloke in seinem Standardwerk zum Thema dargelegt hat.<sup>43</sup> In der kurzen Zeit von der Erschießung Benno Ohnesorgs auf der Demonstration gegen den Staatsbesuch von Schah Mohammad Reza Pahlavi im Juni 1967 in Westberlin durch den Polizisten und Stasi-Mitarbeiter Karl-Heinz Kurras<sup>44</sup> bis zur SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt a. M. im September desselben Jahres entwickelte sich die Führungsriege der organisierten Neuen Linken zum Sprachrohr der arabischen Staaten und der sich formierenden palästinensischen Streitkräfte. In ihrer Einladung zu einem öffentlichen Nahost-Seminar präsentierten sich die Studentenfürher 1967 als Stimme der Vernunft im Unterschied zu den »bloß emotionale[n], die Politik der israelischen Regierung einseitig und ohne Einschränkung unterstützende[n] Reaktionen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit [...]«<sup>45</sup> Was westdeutschen Politikern als moralischer Imperativ galt, hieß nun in der abfälligen Sprache des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) »Philosemitismus« als ein oberflächliches Mitgefühl und eine nicht gerechtfertigte Sympathie für Juden und den Staat Israel. Obwohl die israelfeindliche Haltung des SDS im Sommer 1967 bei namhaften westdeutschen linken Intellektuellen auf scharfe Kritik stieß, wurde sie in den folgenden Jahrzehnten zum festen Bestandteil linker Politik im Westen Deutschlands.

Zwei Jahre später verfassten der linksradikale Politaktivist Dieter Kunzelmann und die Westberliner Gruppierung Tupamaros den wohl drastischsten Angriff der

42 Im Rahmen dieses Beitrags kann der Frage, ob und inwieweit die westdeutsche Linke unter dem Einfluss Ostdeutschlands stand, nicht näher nachgegangen werden. Der Zeitpunkt von Ulbrichts Angriffen auf die westdeutsche Wiedergutmachungspolitik 1965 und 1967 und die wenig später folgenden, ähnlich lautenden Attacken vonseiten westdeutscher linksextremer Gruppierungen sowie die Relevanz des marxistischen Denkens in Westberlin zu dieser Zeit sprechen für diese These. Zu direkten Versuchen des MfS, westdeutsche Linksgruppierungen zu infiltrieren, vgl. Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen*, 3. Aufl., Berlin 2000. Davon abgesehen spielt die marxistische Theorie aber im westdeutschen politischen Denken auch eine von Ostdeutschland unabhängige Rolle.

43 Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1994. Vgl. auch Jeffrey Herf, *Entstehung einer antiisraelischen Linken in Westdeutschland, Sommer 1967*, in: Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 92-137.

44 Uwe Soukop, *Der 2. Juni 1967. Ein Schuss, der die Republik veränderte*, Berlin 2017; Marc Tschernitschek, *Der Todesschütze Benno Ohnesorgs. Karl-Heinz Kurras, die Westberliner Polizei und die Stasi*, Marburg 2013; Sven Kellerhof, *Die Stasi und der Westen. Der Kurras-Komplex*, Hamburg 2010; Armin Fuhrer, *Wer erschoss Benno Ohnesorg? Der Fall Kurras und die Stasi*, Berlin 2009.

45 Reimut Reiche/Peter Gäng, *SDS Bundesvorstand 1967, »Einladung zu einem öffentlichen Nahost-Seminar«*, Frankfurt a. M., n. d., *Archiv Apo und soziale Bewegungen*, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Frei Universität Berlin (FU), Sammlung Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS); zit. nach Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 98 f.

Neuen Linken gegen die Kultur der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Ohne ihre wahre Identität preiszugeben, bekannte sich die linksradikale Gruppierung mit einem »Schalom und Napalm« überschriebenen Flugblatt zu einem Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969, dem Jahrestag des Novemberpogroms von 1938. Das Bekennerschreiben erschien am 13. November 1969 im linken Westberliner Szeneblatt *Agit 883* zusammen mit einer Presseerklärung vom 11. November 1969, in der eine andere linke Gruppierung, die Revolutionären Zellen, erklärte, »daß Bomben in der jüdischen Gemeinde und Aktionen gegen Denkmäler der Opfer des deutschen Faschismus keine geeigneten Mittel sind, auf faschistische Entwicklungen in Israel hinzuweisen«.46 Das Bekennerschreiben *Schalom und Napalm* greift auf einige Thesen Ulbrichts über den Zweck westdeutscher Wiedergutmachungsleistungen aus dem Jahr 1967 zurück:

Die als Wiedergutmachung und Entwicklungshilfe getarnten Milliarden der BRD sind in den zionistischen Verteidigungsaushalt eingeplant. Deutsche Firmen investieren nach den USA am meisten in die israelische Wirtschaft. Unter dem schuldbewußten Deckmantel der Bewältigung der faschistischen Greuelthaten gegen Juden hilft sie entscheidend mit an den faschistischen Greuelthaten Israels gegen die palästinischen Araber.47

Nach dieser Lesart machte sich die BRD durch Wiedergutmachungszahlungen also mitschuldig an den »faschistischen Greuelthaten« der Israelis. Entsprechend seien, wie es weiter heißt, solche Unterfangen wie die Anbringung einer Bombe in einem jüdischen Gemeindezentrum (die nicht explodierte) und die Beschädigung jüdischer Denkmäler der Opfer des Holocaust

nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewußtseins: »Wir haben die Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren.« Die neurotische-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus. Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin. Unsere Solidarität wird sich nicht mehr mit verbal-abstrakten Aufklärungsmethoden à la Vietnam zufriedengeben, sondern die enge Verflechtung des zionistischen Israel mit der faschistischen BRD durch konkrete

46 »Die Bombe: Presseerklärung« Berlin, 11. 11. 1969, *Agit 883*, Nr. 40, 13. 11. 1969, S. 9. Vgl. auch. Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 121-125. Auch zit. in Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005, S. 48. Zu Kunzelmanns politischen Aktionen vgl. ausführlicher »Dieter Kunzelmann«, in: Wolfgang Kraushaar, »Wann beginnt bei euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?«, München 1970. Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 785 f.; und Aribert Reimann, Dieter Kunzelmann. Avantgardist, Protestler, Radikaler, Göttingen 2009.

47 »Schalom und Napalm«, *Agit 883*, Nr. 40, 13. 11. 1969, S. 9.

Aktionen schonungslos bekämpfen. Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen. Zerschlagen wir die direkte Unterstützung Israels durch die deutsche Industrie und die Bundesregierung, so bereiten wir den Sieg der palästinensischen Revolution vor und forcieren die erneute Niederlage des Weltimperialismus. Gleichzeitig erweitern wir unseren Kampf gegen die Faschisten im demokratischen Mantel und beginnen eine revolutionäre Befreiungsfront in den Metropolen aufzubauen. Trag den Kampf aus den Dörfern in die Städte! Alle politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. *Schwarze Ratten*, TW [*Tupamaros West-Berlin*]<sup>48</sup>

*Schalom und Napalm* soll das Dokument eines Befreiungsschlags des (oder der) Verfasser(s) sein gegen ein ihrer Ansicht nach so neurotisches wie unbegründetes Schuldbewusstsein der Gründungsväter der Bundesrepublik. Es ist zugleich ein Dokument der westdeutschen Spielart der »Täter-Opfer-Umkehrung«, wie der Historiker Robert Wistrich die Idee bezeichnet hat, die Israelis seien die neuen Nazis und die Palästinenser ihre Opfer.<sup>49</sup> Wie von der Sowjetunion und der DDR während des Sechstagekriegs eingeführt, stützt sich das Argument auf einen in sein Gegenteil verkehrten Antifaschismus-Begriff, um einen militärischen Schlag gegen den nunmehr als faschistisch und nazistisch bezeichneten Staat Israel zu rechtfertigen. Ein richtig verstandener Antifaschismus erforderte daher in der Logik der Verfasser »die Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin«, also mit der PLO und anderen palästinensischen Terrororganisationen, die Anschläge auf Israel verübten.

In einem wenige Wochen später ebenfalls in *Agit 883* veröffentlichten »Brief aus Amman« führt Kunzelmann – der sich zu diesem Zeitpunkt in Westberlin aufhielt und versuchte, sich einer Haftstrafe zu entziehen – seine Ansichten näher aus:

Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. »Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft ist für Israel.« So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie »Zionismus« zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich aufgenommen hat. Was heißt Solidarität? UNSEREN KAMPF AUFNEHMEN ...

48 Ebenda.

49 Vgl. Robert Wistrich, *A Lethal Obsession. Antisemitism from Antiquity to the Global Jihad*, New York 2010; und ders., *Antisemitism and Holocaust Inversion*, in: Anthony McElligott/Jeffrey Herf (Hrsg.), *Antisemitism Before and Since the Holocaust. Altered Contexts and Recent Perspectives*, Cham 2017, S. 37-50.

Daß die Politmasken vom Palästina-Komitee die Bombenchance nicht genutzt haben, um eine Kampagne zu starten, zeigt nur ihr rein theoretisches Verhältnis zu politischer Arbeit und die Vorherrschaft des Judenkomplexes bei allen Fragestellungen.<sup>50</sup>

Nach der von Kunzelmann und den Tupamaros im Herbst 1969 vorgenommenen Umdeutung führte Antifaschismus im linksradikal verstandenen Sinne zur Unterstützung des Kampfes von Terrororganisationen gegen Israel und seine jüdischen oder nicht-jüdischen Verbündeten in Westdeutschland. Das Gedenken an den Holocaust, das sich als Hindernis für eine Verbindung linker Theorien mit gewaltsamen politischen Praktiken erweisen konnte, wird dabei abfällig als »Judenkomplex« beiseite gewischt.

Drei Jahre später, nach dem Attentat auf die israelische Olympiamannschaft in München, setzte auch Ulrike Meinhof, zu diesem Zeitpunkt ein landesweit berühmtes Führungsmitglied der Roten Armee Fraktion (RAF, auch als Baader-Meinhof-Gruppe bekannt), Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleich und erklärte ihre Solidarität mit palästinensischen Terrororganisationen. Unter der Überschrift »Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des Antiimperialistischen Kampfes«<sup>51</sup> veröffentlicht die RAF im November 1972 einen Text, in dem es heißt:

[D]ie Aktion des ›Schwarzen September‹ in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Sie war gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch.<sup>52</sup>

Weiter schreibt Meinhof:

Die Erkenntnis, daß ein Austausch der israelischen Geiseln gegen die Charaktermasken der sozialliberalen Koalition [gemeint ist Innenminister Hans-Dietrich Genscher] noch besser gewesen wäre, insofern er die Komplizenschaft Israels/westdeutscher Imperialismus zerstört hätte, Israel isoliert, den Widerspruch zwischen dem Faschismus des entfalteten Imperialismus und Israels Nazi-Faschismus (siehe Kap. Nationalsozialismus) auch noch auf die Spitze getrieben hätte, Widersprüche im System ausgenutzt im Sinne von: Die Kräfte des Imperialismus zersplittern! – Diese Erkenntnis kann nicht als Kritik an der Aktion vorgebracht werden, insofern wir sie der Aktion selbst verdanken.<sup>53</sup>

50 Dieter Kunzelmann, »Brief aus Amman (I)«, Agit 883, Nr. 42, 27. II. 1969, S. 5; zit. nach Kloke, *Israel und die deutsche Linke*, S. 166. Vgl. auch ausführlicher dazu Herf, *Un-erklärte Kriege gegen Israel*, S. 124 f.

51 »Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des Antiimperialistischen Kampfes«, in: Martin Hoffmann (Hrsg.), *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin 1997, S. 151-177.

52 Ebenda, hier S. 151.

53 Ebenda, hier S. 159.

Die Geiselnahme endete mit einer missglückten Befreiungsaktion, bei der alle elf israelischen Geiseln von den Terroristen erschossen wurden. Mit ihrer Behauptung, die westdeutsche Regierung habe das »Massaker im Flugzeug« begangen und »die arabischen Völker« hätten »massenhaft begriffen, wen sie mit Westdeutschland vor sich haben: imperialistische Ausrottungsstrategen«, verdrehte Meinhof die Tatsachen.<sup>54</sup> Wie Ulbricht und Kunzelmann zuvor, bezeichnete auch Meinhof die westdeutsche Tradition der Aufarbeitung der Vergangenheit als Lügengeschichten, das nur zur Ausbreitung von Imperialismus, Rassismus und zur Ausrottung der Araber diene im Gewand eines – heuchlerischen – moralisierenden Gedenkens an die nationalsozialistischen Verbrechen am europäischen Judentum.

Es war nur eine logische Konsequenz dieser Argumentation, dass die radikale Linke bald nicht mehr davor zurückschreckte, sich dem bewaffneten Kampf von arabischen Staaten und palästinensischen Terrororganisationen gegen Israel anzuschließen und jüdische Unterstützer des israelischen Staates in Westdeutschland zu bedrohen. Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann, Mitglieder der »Revolutionären Zellen«, stehen namentlich für diesen Schritt. Ende Juni 1976 waren die beiden zusammen mit Angehörigen der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) maßgeblich an der Entführung eines aus Israel kommenden Flugzeugs der Air France nach Entebbe in Uganda beteiligt. Die PFLP hatte bereits mehrere Flugzeugentführungen sowie Terrorangriffe auf Israelis verübt. Die »Operation Entebbe« fand in enger Zusammenarbeit mit Idi Amin statt, der 1972 mit einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, weltweit Aufsehen erregt hatte, in dem er nicht nur seine Bewunderung für das Attentat der Terrorgruppe »Schwarzer September« auf die israelische Olympiamannschaft in München, sondern auch für Adolf Hitler und die Umsetzung des Massenmords an den Juden bekundete. Am Flughafen in Entebbe organisierten Böse und Kuhlmann gemeinsam mit dem PFLP-Entführerkommando die Aufteilung der Geiseln in eine israelische und eine nicht-israelische Gruppe sowie eine vermeintlich jüdische und eine nicht-jüdische Gruppe. Die beiden westdeutschen Linksradikalen, die bei der Erstürmung des Flughafengebäudes zur Befreiung der Geiseln von einer israelischen Sondereinheit erschossen wurden, können für sich in Anspruch nehmen, die ersten Deutschen seit 1945 zu sein, die mit Maschinengewehren auf unbewaffnete Juden zielten und in einen Schusswechsel mit der israelischen Armee verwickelt waren. Böse, der wie Kuhlmann aus dem Umfeld der westdeutschen Frankfurter linken Szene stammte, war gemeinsam mit Karl Dietrich Wolff Mitbegründer des Verlags Roter Stern, der anfangs die Gesammelten Werke des nordkoreanischen Diktators Kim Il Sung herausbrachte, dann linke Kulturtheorie publizierte und später eine historisch-kritische Hölderlin-Ausgabe.<sup>55</sup>

54 Ebenda, hier S. 175.

55 Ausführlicher zum Attentat des Schwarzen September auf die israelische Olympiamannschaft in München, die westdeutsche Reaktion darauf und die Operation Entebbe vgl. Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel, S. 181-211 sowie S. 345-371.

Die Ereignisse in Entebbe gingen zwar wie eine Schockwelle durch die westdeutsche Linke, führten aber keineswegs zu einer Abkehr vom Antizionismus. Eine Reihe von Anschlägen der Revolutionären Zellen auf Vorsitzende von jüdischen Gemeinden in Westdeutschland konnte nur verhindert werden, weil die Behörden von einem Aussteiger, Hans-Joachim Klein, gewarnt wurden. Die Gruppe verübte mehrere Sprengstoffattentate auf angeblich »im Besitz der Zionisten« befindliche Firmen und beschuldigte jüdische Organisationen, ihre Kindertagesstätten vorsätzlich in der Nähe von angeblich legitimen Anschlagzielen wie Synagogen und jüdischen Gemeindezentren zu errichten.<sup>56</sup>

Andere marxistisch-leninistische Organisationen, sogenannte K-Gruppen, wie der Kommunistische Bund Westdeutschlands unter ZK-Sekretär Joscha Schmierer, zogen lieber mit der Feder als mit dem Gewehr in den Kampf. Ihrer antiisraelischen Haltung tat das allerdings keinen Abbruch. 1974 verwarf sich Schmierer entschieden gegen den Vorwurf, seine Kritik am israelischen »Kolonialstaat« entspringe antisemitischen Überzeugungen. Schmierers Argumentation erinnert dabei an Hermann Materns Strategie, den Vorwurf des Antisemitismus bereits voraus-eilend zu entkräften. Dieser Vorwurf, heißt es bei Schmierer, sei nämlich

ein alter zionistischer Trick. Gerade deshalb ist es sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß eines der wichtigsten Bildungserlebnisse von jungen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg der tiefste Abscheu vor dem Antisemitismus gewesen ist und daß dieser tiefe Abscheu sie lange daran gehindert hat, den wirklichen Charakter des Zionismus und des israelischen Staates zu erkennen. Insofern hat der Trick verfangen; die Taten und die ununterbrochenen Aggressionsakte des israelischen Staates öffnen aber immer mehr Menschen die Augen – nicht nur für die Gegenwart des israelischen Staates, sondern auch für seine Vergangenheit.

Viele sehen: Genauso gerecht wie die Zerschlagung des Deutschen Reiches gewesen ist, genauso gerecht wird auch die Zerschlagung des israelischen Kolonialstaates sein. Die Errichtung einer Volksrepublik Palästina auf seinen Trümmern wird die Gewähr dafür sein, daß aus diesen Trümmern nicht ein neuer Unterdrücker- und Erobererstaat entstehen wird.<sup>57</sup>

1998 berief Außenminister Joschka Fischer Schmierer in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes. Schmierers Äußerungen aus dem Jahr 1974, die die Zerschlagung des Staates Israel gefordert hatten, spielten in der parlamentarischen Anhörung über seine Qualifikation für dieses Amt, in dem er bis 2007 verblieb, keine Rolle.<sup>58</sup>

<sup>56</sup> Zu den *Revolutionären Zellen* vgl. Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 357 f. Zu Klein vgl. ebenda, S. 369-371.

<sup>57</sup> J.S. [Joscha Schmierer], »Vorbemerkung: Der Kolonialcharakter des israelischen Staates«, AIS Hamburg, *Kommunismus und Klassenkampf Hamburg* 2/2 (Februar 1974), S. 55. Zitiert und ausführlicher diskutiert in: Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 311, sowie S. 313 f.

<sup>58</sup> Zu Schmierers Ernennung vgl. Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel*, S. 313.

## Schlussfolgerung

Die Tradition der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, als deren politische Gründungsväter Adenauer, Heuss und Schumacher gelten dürfen, hat alle Angriffen aus dem rechtsradikalen Lager und (noch stärkere) von linksradikalen Gruppierungen überlebt und die deutsche Wiedervereinigung sowie die Eingliederung von ehemaligen SED-Mitgliedern und DDR-Politikern überstanden. In ihrer Rede vor der Knesset bestätigte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 die Grundsätze der deutschen Erinnerungskultur und versicherte, Deutschland werde Israel nie vergessen und stets ein echter Freund Israels bleiben.<sup>59</sup>

Dennoch ist unübersehbar, dass die Angriffe von links nicht spurlos am Umgang mit der NS-Vergangenheit vorbeigegangen sind. Aber im Laufe der Zeit ist die bewusste Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung des europäischen Judentums, zu einem wesentlichen Bestandteil der westdeutschen und später der gesamtdeutschen politischen und moralischen Grundhaltung geworden. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen ist die Grundlage eines, in Heuss' Worten, »anständigen Vaterlandsgefühls«. Die Tradition der Aufarbeitung hat also keine »postnationale« Wende eingeleitet, sondern bezeichnet vielmehr einen Wendepunkt im nationalen Selbstverständnis nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur. Ihr Postulat lautet, dass Deutschland sein nationales Selbstverständnis nicht aus der mythischen Verklärung und Verdrängung einer dunklen Vergangenheit bezieht, sondern zumindest in Teilen aus der Bereitschaft, leidvollen Wahrheiten und schmerzlichen Tatsachen ins Gesicht zu blicken. Mit der Zeit hat sich so die Erkenntnis durchgesetzt, wie wertvoll eine freiheitliche Demokratie ist und dass Antisemitismus nicht nur eine Gefahr für die Juden darstellt, sondern auch für Deutschland und ganz Europa. Auch andere Länder, die vor der Aufgabe stehen, eine Diktatur oder ein Unrechtsregime aufzuarbeiten, haben sich an dieser deutschen Form der Erinnerungskultur für den Umgang mit der eigenen Vergangenheit ein Beispiel genommen.

Wichtig scheint mir aber, die falschen Argumente zu entkräften, die von kommunistischer und linksextremer Seite aus gegen diese Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorgebracht wurden. Insofern ist es keine Selbstverständlichkeit, dass sich überhaupt einer der beiden deutschen Staaten stets zur unverbrüchlichen Solidarität mit den Juden und dem Staat Israel bekannt hat.

Angesichts der unruhigen Zeiten, in denen wir leben, ist es mehr als angebracht, daran zu erinnern, wie bedeutend diese spezifisch deutsche Form der Erinnerungspolitik nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Nachkriegsgeschichte ist.

<sup>59</sup> Angela Merkel, »Vertrauen, Verantwortung, Solidarität: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 18. März 2008 vor der Knesset in Jerusalem«, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170> [22. 3. 2021].

## Die Gründungswege des Instituts für Zeitgeschichte – eine Aktualisierung

Die Errichtung des Instituts zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus ist eine der Staatsaufgaben, die, wenn sie nicht erfüllt werden, den Sinn des ganzen Staatsapparates infrage stellen.

(Hermann Brill, 7. August 1948)<sup>1</sup>

Die Finanzen sind der wunde Punkt des Projekts. Sie waren es schon immer und werden es immer sein.

(Der Spiegel, 23. April 1949)<sup>2</sup>

Wir brauchen uns nicht umzustellen. Natürlich geht es weiterhin, wie stets, um die reine Wahrheit.

(Hermann Aubin, 15. September 1949)<sup>3</sup>

### I. Einleitung

Es gibt bislang keine wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte. Das Desiderat ist wiederholt benannt worden und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts bewusst.<sup>4</sup> Über die Jahrzehnte finden sich regelmäßige Zusammenfassungen, die bis zum jeweiligen Publikationsdatum nützliche Hinweise und bedeutende Erkenntnisse liefern. Eine weitere –

1 IfZ-Archiv, ED 1-1, Hermann Brill an Anton Pfeiffer, 7. 8. 1948.

2 Alles Papier zum Thema NS. Hitler auf dem Seziertisch, in: Der Spiegel 17/1949, 23. 4. 1949, S. 8.

3 Hermann Aubin, 15. 9. 1949; Protokoll der Sitzung ostdeutscher und an ostdeutschen und osteuropäischen Forschungen beteiligter Forscher im Rahmen des Deutschen Historikertages, München am 15. 9. 1949, Dokumentensammlung des Herder-Instituts 200: HFR und HI-Vorstand, Mitteilungen, zit. nach Hans-Erich Volkmann, Historiker aus Leidenschaft. Hermann Aubin als Volksgeschichts-, Kulturboden- und Ostforscher, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 49 (2001), S. 32-49, hier S. 44.

4 Dabei dominiert die Überzeugung, dass eine Institutsgeschichte unabhängig und »von außen« erarbeitet werden muss. Meine Forschungen zur Institutsgeschichte, das sollte erwähnt werden, reichen mehr als zwei Jahrzehnte zurück, also lange vor meine Zeit als Mitarbeiter des Hauses. Hier kann nur ein Ausschnitt geboten werden, der sich bewusst auf die Gründungsgeschichte konzentriert, um durch Relektüre und mit Blick auf jüngere Arbeiten und Quellenfunde einen aktualisierten Wissensstand zu präsentieren.

bislang kaum rezipierte – Quelle dieser Art sind die Selbstdarstellungen, mit denen die jeweiligen Leiter das Institut in den 1950er und 1960er Jahren in der Öffentlichkeit vorstellten. Liest man sie heute, so wird mehrerlei sichtbar: Sie präsentieren das sich entwickelnde Selbstverständnis der Institution, spiegeln die Parameter des historiographischen Zeitgeistes und zeigen ein mit den Jahren wachsendes Selbstvertrauen in die Validität der eigenen Rolle in der Forschungslandschaft.<sup>5</sup> Auch angelsächsische Historiker beobachteten das zarte Pflänzchen der neuartigen Einrichtung im Gefüge der jungen Bundesrepublik.<sup>6</sup> John Gimbel schrieb mit einem Blick »von außen« über die Ursprünge für die Jahre von 1945 bis 1949.<sup>7</sup> Er bietet einige verlässliche Zusammenfassungen von zeitgenössischen Argumenten aus den Länderratsprotokollen und anderen bedeutenden Treffen. Aber seinem Blick mangelt es einerseits an Fokus, andererseits nimmt er die verfügbare Breite der zeitgenössischen Quellen kaum wahr.<sup>8</sup>

Als Hellmuth Auerbach 1970 seine bis heute beeindruckende Übersicht bis zur Unterschrift unter die Gründungsurkunde im September 1950 schrieb, lag ihm ein markanter Teil der Informationen und Dokumente vor, die für die kommenden

5 Exemplarisch die Generalsekretäre Paul Kluge (1953-1959) und Helmut Krausnick (1959-1972): Paul Kluge, Das Institut für Zeitgeschichte in München, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte 12 (1954), S. 241 f. Von Krausnick ist eine maschinenschriftliche Selbstdarstellung vom März 1962 überliefert sowie: Helmut Krausnick, Zur Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 19 (1968), S. 90-96.

6 Robert Koehl, Zeitgeschichte and the new German Conservatism, in: Journal of Modern European Affairs 20 (1960), S. 133-157; ins Exil getriebene deutsche Historiker und ihre Schüler prägten vielfach die angelsächsische Forschung zu Deutschland nach 1945. Dazu (chronologisch): Peter Alter, Learned outsiders, Times Higher Education, 91 (1998), URL: <http://www.timeshighereducation.co.uk/features/learned-outsiders/105366.article> [29. 3. 2015]; ders., Out of the Third Reich. Refugee Historians in Post-War Britain, London/New York, 1998; Friedrich Meinecke, Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen 1910-1977. Eingel. u. bearb. v. Gerhard A. Ritter (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 23, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte), München 2006; Richard J. Evans, Cosmopolitan Islanders. British Historians and the European Continent, Cambridge 2009; Andreas Daum, The Second Generation: German Émigré Historians in the Transatlantic World, 1945 to the Present. Conference at the GHI Washington, May 18-19, 2012, URL: [http://www.ghi-dc.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1281&Itemid=1105](http://www.ghi-dc.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1281&Itemid=1105) [29. 3. 2015]. Beiträge aus der DDR der 1950er Jahre zur IfZ-Historie können aufgrund ihrer orthodox-marxistischen Perspektive als Zeitdokumente der »Systemkonkurrenz« gelesen werden: Günter Paulus, Wissenschaftliche Zeitgeschichte oder Apologie des deutschen Imperialismus?, in: ZfG 3 (1955), S. 3-28; Joachim Höppner, Das Institut für Zeitgeschichte in München und seine Arbeit im Dienste der militärisch-klerikalen Herrschaft des westdeutschen Imperialismus, in: ZfG 7 (1959), S. 346-367.

7 John Gimbel, The Origins of the *Institut für Zeitgeschichte*: Scholarship, Politics, and the American Occupation, 1945-1949, in: The American Historical Review, Vol. 70, No. 3 (April 1965), S. 714-731.

8 Es bleibt offen, warum Gimbel markante Aspekte nicht anspricht. Überhaupt zeigt er kaum Verständnis für die politischen und historiographisch-wissenschaftlichen Dimensionen der Konflikte, die in der Gründungsphase ausgetragen wurden.

Jahrzehnte den Blick auf diese Jahre dominierten.<sup>9</sup> Seine Beschreibung kann weiter als bedeutende Orientierung dienen, wenngleich die Bewertungen einzelner Personen und Ansichten, wie zu zeigen ist, anders gewichtet werden sollten. Weitere Aspekte der Gründungsgeschichte finden sich, inklusive einiger neuer Quellenhinweise, in Winfried Schulzes 1989 veröffentlichter Zusammenschau über die *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*.<sup>10</sup> Den ausführlichsten jüngeren Überblick zur Institutsgeschichte schließlich bietet in der Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum 1999 der seinerzeitige Direktor Horst Möller, der seinen Text zehn Jahre später zum 60-jährigen Bestehen fortschrieb.<sup>11</sup> Möller orientiert sich an Auerbach, skizziert die Anfangsjahre in erster Linie atmosphärisch-assoziativ und stellt wichtige Personen in prägnanten Lebensläufen vor. Wichtig sind zugleich einige neue Quellen zur zeitgenössischen Historiographie. Die assoziativen Sprünge der Darstellung lenken allerdings ab vom Blick auf die Chronologie der Motive, Argumente und Interessen, die gerade für den Entscheidungsprozess von 1945/47 bis 1952 sowie die Auseinandersetzungen um die Orientierung des Instituts in dieser Phase von zentraler Bedeutung sind. Dies gilt umso mehr, weil die Motive, wie zu zeigen sein wird, stets mit der mal tastenden, mal rasanten Entwicklung der politischen Geschichte der Bundesrepublik verwoben und zu ihr in Beziehung zu setzen sind.

Bemerkenswert erscheint, wie gering das konkrete historiographische Interesse am Institut im Gefüge der größeren Interpretationsdiskurse zur deutschen Zeitgeschichte geblieben ist. In den Diskussionen der 1990er Jahre über die Rolle der Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus – ins kommunikative Gedächtnis geschrieben auf dem Frankfurter Historikertag vom September 1998 – spielte das IfZ kaum eine Rolle.<sup>12</sup> Die Diskussion um Hans Rothfels wurde insofern eine

9 Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554. Weitere Beiträge dieser Art: Institut für Zeitgeschichte: Selbstverständnis, Aufgaben und Methoden der Zeitgeschichte, München 1972 im Selbstverlag des IfZ; 2. Aufl. 1973; 3. Aufl. 1979; Anton Hoch, Das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, in: Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen 26 (1973), Sp. 295–308.

10 Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993 (Orig. 1989).

11 Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: ders./Udo Wengst (Hrsg.), *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*, München 1999, S. 1–68; ders., *Das Institut für Zeitgeschichte 1949–2009*, in: ders./Udo Wengst (Hrsg.), *60 Jahre Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Geschichte, Veröffentlichung, Personalien*, München 2009, S. 9–100. Jetzt auch: Udo Wengst, *Das Institut für Zeitgeschichte. Ein Beispiel für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Jürgen Elvert (Hrsg.), *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*, Stuttgart 2016, S. 41–52.

12 Otto Gerhard Oexle/Winfried Schulze (Hrsg.) unter Mitarbeit von Gerd Helm und Thomas Ott, *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2000 (Orig. 1999).

Ausnahme, weil sie vom Institut aktiv aufgegriffen wurde.<sup>13</sup> In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich am geringen Interesse wenig geändert. Zwei bedeutende Ausnahmen sind zu nennen: Nicolas Bergs weit gefasste Studie über den Holocaust und die westdeutschen Historiker<sup>14</sup> sowie die Biografie Joseph Wulfs von Klaus Kempter.<sup>15</sup> In ihren Ausführungen zum Institut konzentrieren sie sich jedoch vor allem auf die Phase nach der eigentlichen Gründungsgeschichte. In jüngerer Zeit war das IfZ immerhin mehr oder weniger prominentes Nebenthema einiger Forschungsprojekte mit anderen Schwerpunkten.<sup>16</sup> Eine öffentliche Diskussion um das Institut entstand, als es im Herbst 2017 eine Tagung zum zehnten Todestag von Raul Hilberg mitveranstaltete. Götz Aly stellte hier zwei Gutachten in den Mittelpunkt, die 1963/64 und 1980 am Institut entstanden waren und sich gegen eine deutsche Übersetzung von Hilbergs Hauptwerk *The Destruction of the European Jews* aussprachen. Das erste Gutachten war der Forschung bekannt, das zweite fand Aly mit Hilfe der Mitarbeiterinnen des Institutsarchivs im Nachlass von Ino Arndt.<sup>17</sup> Allen Beiträgen, so auch dem jüngsten englischsprachigem Überblick über

13 Im Juli 2003 lud das IfZ zu einem Kolloquium über »Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte«, das neben der aktuellen Kontroverse auch das 50-jährige Bestehen der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* markierte. Als Gründungsherausgeber war Rothfels ebenso einflussreich wie als langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats (bis 1974). Dazu: Johannes Hürter, Johannes/Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

14 Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, 3., durchges. Aufl., Göttingen 2004 (Orig. 2003), insb. S. 318–321.

15 Klaus Kempter, Joseph Wulf. Ein Historikerschicksal in Deutschland, Göttingen 2013.

16 Dietfried Krause-Vilmar, Hermann Brill und die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 15 (2006) 29, S. 19–23; ders., Hermann Brill und die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Renate Knigge-Tesche (Hrsg.), Hermann Louis Brill. 1895–1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden 2011, S. 173–200. Dieter Krüger, Hans Speidel und Ernst Jünger. Freundschaft und Geschichtspolitik im Zeichen der Weltkriege, Paderborn 2016, bes. S. 185–212. Klaus-Dietmar Henke, Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018, bes. S. 533–577; Stefanie Palm, Auf der Suche nach dem starken Staat. Die Kultur-, Medien- und Wissenschaftspolitik, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, 2. Aufl., Göttingen 2018, S. 614–623. Rick Tazelaar, Hüter des Freistaats. Die Bayerische Staatskanzlei zwischen Nationalsozialismus und Nachkriegsdemokratie, Phil. Diss., München 2020.

17 Dazu jetzt differenzierend und den aktuellen Wissensstand zusammenfassend: René Schlott, Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte, in: VfZ 69 (2021) H. 1, S. 85–119. Das erste Gutachten aus dem Jahr 1963/64 findet sich unvollständig ohne Verfasseramen und ohne Datum im Nachlass von Helmut Krausnick. Ob Krausnick es verfasst hat, ist fraglich. Frank Bajohr und Andrea Löw haben 2015 erstmals darauf hingewiesen: Frank Bajohr/Andrea Löw, Tendenzen und Probleme der neueren Holocaust-Forschung: Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), *Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Frankfurt a. M. 2015, S. 9–30, hier S. 9, S. 28, Fn. 2. Der Verfasser analysierte das Gutachten am 18. April 2016 im Rahmen der öffentlichen »Annual Raul Hilberg Memorial Lecture« am Center for Holocaust Studies an der University of Vermont in Burl-

die Jahre 1949 bis 1958,<sup>18</sup> ist gemein, dass sie wichtige Ausschnitte präsentieren, die sie dabei bisweilen überhell beleuchten. Dies gilt auch für frühe Verbindungen von Institutsmitarbeitern zur sogenannten Organisation Gehlen.<sup>19</sup> Die Dauer und Wirkung dieser Beziehungen ist bislang allenfalls oberflächlich sichtbar. Es bleibt als Aufgabe, die nachvollziehbare Überfokussierung von Einzelstudien in den weiteren Forschungsstand so zu integrieren, dass die realen Einflüsse bestimmbar werden.

Diese knappen Bemerkungen begründen, warum die Motive zur Institutsgründung neu gelesen und nicht selten anders gewichtet werden müssen. Darüber hinaus sind die ausformulierten Konflikte zwischen Historikern einerseits und Politikern und politischen Beamten andererseits aufschlussreich für das allgemeine Verständnis der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik.

Die folgende Analyse konzentriert sich auf die unmittelbare Nachkriegszeit bis Anfang der 1950er Jahre. Sie ordnet die verfügbaren Dokumente und die jüngeren Analysen in eine Zusammenschau, die bewusst zeitgenössische Stimmen deutlich zu Wort kommen lässt, um die Einflüsse, die ihnen zukamen, sichtbar zu machen. Sie endet vor den Konflikten des Jahres 1951, als nach der äußeren Gründung mit dem Leitungswechsel von Gerhard Kroll zu Hermann Mau sowie der von Gerhard Ritter zu verantwortenden Blamage um die sogenannten Tischgespräche Hitlers gleichsam die eigentliche innere Gründung begann.<sup>20</sup>

## II. Politischer Realismus gegen unkritische Traditionswünsche

Zunächst ist festzuhalten: Das Institut für Zeitgeschichte ist keine Gründung von Historikern (oder Historikerinnen), sondern es entstand aus der Überzeugung einiger Politiker und politischer Beamter, dass die Mehrzahl der deutschen Historikerschaft

ington zum Thema »Raul Hilberg and the Beginnings of Holocaust Scholarship«. Zur weiteren Publikationsgeschichte der Gutachten durch Aly vgl. Schlott, Ablehnung und Anerkennung, S. 86, Anm. 5.

18 Mathew Turner/Tony Joel/David Lowe, »Between Politics and Scholarship: The First Decade of the Institut für Zeitgeschichte, 1949-1958, in: *European History Quarterly* 49/2 (2019), S. 250-271.

19 Willi Winkler, Institut für Zeitgeschichte: Alte Kameraden, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. 4. 2018; <https://www.sueddeutsche.de/kultur/institut-fuer-zeitgeschichte-alte-kamera-den-1.3926474-0> [23. 1. 2021].

20 Der Skandal um die sogenannten Tischgespräche, mit denen Ritter das junge Institut 1951 in eine ernste Existenzkrise brachte, weist über die Institutsgeschichte hinaus auf wissenschaftspolitische, historiographische und gesellschaftliche Verwerfungen der seinerzeitigen Vergangenheitsaufarbeitung. Hauptgrund war Ritters Ungenügen als Historiker. Es erscheint merkwürdig genug, dass dieser aus den Dokumenten sichtbare Befund immer wieder mit Hinweis auf Ritters »Bedeutung« vernebelt wird. Die Analyse und Präsentation würde diesen Beitrag sprengen, sie folgt in meinem Buch *Mastering Hitler*, das 2023 erscheint. Aktuell: Mikael Nilsson, *Hitler Redux. The Incredible History of Hitler's So-Called Table Talks*, London/New York 2021.

vor 1945 weder als selbstreflektierte Aufklärer noch als Repräsentanten demokratischer Forschungskultur, sondern vielmehr als Mandarine des deutschen Nationalismus gewirkt hatte. Es ist bekannt, dass führende Historiker in den 1920er Jahren ihr berufliches Ethos und ihre wissenschaftliche Aufgabe darin sahen, ihrem Nationalstaat zu neuer Legitimation, politischer Größe und historischer Reinheit zu verhelfen.<sup>21</sup> Die Ablehnung des Versailler Vertrages wirkte konsensstiftend. Große geschichtswissenschaftliche Unternehmungen wie das Aktenwerk *Die große Politik der europäischen Kabinette* und die Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage sollten vor allem die Unschuld des Reiches gegen die Formulierungen des Artikels 231 beweisen und die Forderungen nach Revision seiner geographischen, wirtschaftlichen, finanziellen und ethnischen Folgen begründen. Nach 1933 wiederum meldete sich kaum ein Historiker eigenständig gegen den Nationalsozialismus zu Wort. Viele dienten jetzt dem Regime als Forscher im Gefüge des neuen Zeitgeistes, als Begleiter und Förderer.

Nach 1945 nährte dies das Streben von geschichtsinteressierten politischen Entscheidungern, möglichst zeitig Alternativen zu dergleichen Legitimationswissenschaft zu finden. Das Misstrauen führender Nachkriegspolitiker gegen die traditionelle Geschichtswissenschaft begründete sich mithin aus Überzeugungen, die in ihren Konsequenzen die Gründungsgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte fortwährend beeinflussten.

Motiv und Ziel erschienen den Akteuren, die zwischen 1947 und 1951 entscheidend wurden, durchaus klar. Aber die Form blieb lange vage. Die zeitgenössischen Vorschläge lassen sich grob in drei Optionen gliedern: (1) Ein Dokumentationszentrum, (2) eine Einrichtung zur historisch-politischen Information und publizistischen Aufklärung oder (3) ein Forschungsinstitut mit unabhängiger wissenschaftlicher Themenfindung und Führung (wobei umstritten war, ob die wissenschaftliche Führung von innen oder von außen erfolgen sollte). Auch die vermutete Dauer dieser Aufgaben blieb umstritten. Eine Zeitgrenze und die Auflösung nach zehn Jahren wurden ernsthaft erwogen. Dass es schließlich auf das dritte Modell mit wissenschaftlichem Fokus und innerer Selbstorganisation hinauslief und sich das Institut über die Jahrzehnte auf Dauer etablierte, stand keineswegs fest, sondern ergab sich aus mehrjährigen, kontroversen Prozessen, wobei die Fragen der inneren und inhaltlichen Ausrichtung stets aufs Engste mit Finanzierungsfragen verflochten blieben.

Diejenigen, die sich als Politiker und politische Beamte zwischen 1946 und 1951 für die Schaffung des Instituts einsetzten – zu nennen sind exemplarisch Hermann Brill, Theodor Heuss, Rudolf Holzhausen, Gerhard Kroll, Anton Pfeiffer, Dieter Sattler, Walter Strauß –, waren verbunden durch die Überzeugung, dass die Zeit des Nationalsozialismus einer anderen Behandlung bedurfte als frühere Epochen der Geschichte. Offen oder unausgesprochen schwang in ihren Begründungen

<sup>21</sup> Vgl. dazu Magnus Brechtken, *Geschichtswissenschaften im Nationalsozialismus – Einflüsse, Personen, Folgen*, in: *Archivalische Zeitschrift* 96 (2019), S. 255-276.

regelmäßig ein skeptisches Bild mit, das sie von vielen Zeitgenossen hatten. Sie wussten, dass die Verbrechen des NS-Regimes sehr viel weiter bekannt und bewusst waren, als man sie nach 1945 im kommunikativen Gedächtnis präsent halten mochte. Auch Konrad Adenauer teilte diesen Blick. Nüchtern schrieb er am 23. Februar 1946 in einem Brief an den befreundeten Pastor Bernhard Custodis: »Das deutsche Volk« habe sich »fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung [...] gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld.« Zwar habe man nicht über alle Einzelheiten in den Lagern Bescheid gewusst, doch sei für jedermann offensichtlich gewesen,

daß die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, daß in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden, daß die Gestapo, unsere SS und zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Rußland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung vorgingen. Die Judenpogrome 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit. Die Geiselmorde in Frankreich wurden von uns offiziell bekannt gegeben. Man kann also wirklich nicht behaupten, daß die Öffentlichkeit nicht gewußt habe, daß die nationalsozialistische Regierung und die Heeresleitung ständig aus Grundsatz gegen das Naturrecht, gegen die Haager Konvention und gegen die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verstießen.<sup>22</sup>

Dies war eine grundsätzlich andere Position als sie von führenden deutschen Historikern verbreitet wurde, auf die noch ausführlich einzugehen ist. Exemplarisch dominierte hier Gerhard Ritter, für den der Nationalsozialismus in Deutschland ein geradezu überraschend an die Macht gekommenes »Phänomen« sein sollte: »The Germans themselves were more surprised than anyone else by the rapid rise of the National-Socialist Party to a position in which overall power in the state was at its disposal.«<sup>23</sup> Das »Dritte Reich« erschien gleichsam als überraschender Unfall. In der Kölner Universität hatte Adenauer dagegen schon am 24. März 1946 in einer mehrstündigen Rede unzweifelhaft resümiert: »Der Nationalsozialismus hätte nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung.«<sup>24</sup> Literarisch verdichtete Hermann Hesse die Schwächen des politischen Denkens im »deutschen« Charakter: »Ein großes, bedeutendes Volk,

22 Adenauer, Briefe 1945-1947, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 172 f.

23 Gerhard Ritter, *The Historical Foundations of the Rise of National-Socialism*, in: *The Third Reich. A Study Published under the Auspices of the International Council for Philosophy and Humanistic Studies with the Assistance of UNESCO*, New York 1955, S. 381-416, hier S. 381. Ritter hatte den Text am 10. 5. 1951 in Aarhus vorgetragen und im Juni 1951 abgeschlossen; dazu mit weiteren Details Christoph Cornelißen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 525, Anm. 13; Manuskript in BAK N1166/252. Ähnlich Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage*, München 1948, S. 194.

24 Konrad Adenauer, »Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität«, 24. 3. 1946, in:

die Deutschen, wer leugnet es? Das Salz der Erde vielleicht. Aber als politische Nation – unmöglich!<sup>25</sup>

Das Motiv des historischen Verstehenwollens hatte schon den Analysen zugrunde gelegen, die während des Krieges und kurz danach von Beobachtern und Besuchern aus dem Ausland über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus formuliert worden waren.<sup>26</sup> »Der Deutsche hat offensichtlich noch immer nichts gelernt!« klagte etwa Inge Deutschkron am 11. November 1945 gegenüber ihrem nach England geflohenen Vater und beschrieb rückblickend ihre Wahrnehmung, dass

die meisten Deutschen zu jener Zeit die Wahrheit über die schrecklichen Verbrechen nicht hören wollten. Den Kriegsverbrecherprozessen, über die in allen Zeitungen in großer Aufmachung berichtet wurde, schenkten sie nur geringe Beachtung. Umfragen zufolge waren sie der Meinung, daß sie durch Bomben, Vertreibung und Hunger ebenso gelitten hatten wie die KZ-Opfer. In Gesprächen mit ihnen konnte man auch den Eindruck gewinnen, daß die NSDAP die größte Untergrundbewegung Deutschlands gewesen war. [...] »Jeder noch hier lebende Jude und viele unserer Freunde haben nur ein Ziel, und das ist, Deutschland so schnell wie möglich den Rücken zu kehren«, so schrieb ich meinem Vater. Meine Mutter fügt dem hinzu, daß ihrer Meinung nach die Deutschen nie lernen würden. »Die politische Reife liegt noch in weiter Ferne, soweit man überhaupt von gutem Willen reden kann.«<sup>27</sup>

Axel Springer meinte im September 1946 bei einem Vortrag im Hamburger Presseclub, dass der »Nazismus ... nun mal nicht durch eine geistige Erhebung der Deutschen hinweggefegt worden« sei, »sondern durch die Flugzeuge und Panzer der Alliierten.«<sup>28</sup> Und weiter: »Der Besiegte ist nicht ohne weiteres der Überzeugte.« Es

Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975, S. 92.

25 Hesse zit. n. Thomas Mann, Offener Brief an Walter von Molo vom 7. 9. 1945, in: Thomas Mann, Briefe, hrsg. von Erika Mann, Bd. 2: 1937-1947, Frankfurt a. M. 1963, S. 441.

26 Als seinerzeit vorliegende historiographische Interpretationen beispielhaft: Henry Wickham Steed, From Frederick the Great to Hitler: The Consistency of German Aims, in: International Affairs 17 (1938), S. 655-681; Rohan d'Olier Butler, The Roots of National Socialism, 1783-1933, London 1941; A[lan] J[ohn] P[ercivale] Taylor, The Course of German History. A Survey of the Development of Germany since 1815, London 1945. Texte von Emigranten und Besuchern dieser Zeit: Saul K. Padover, Experiment in Germany. The story of an American intelligence officer, New York 1946 [gekürzte deutsche Version: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork. Mit Photographien von Lee Miller, Frankfurt a. M. 1999]; John Dos Passos, Das Land des Fragebogens. Aus dem Amerikanischen von Michael Kleeberg, Frankfurt a. M. 1997 [Orig. 1946]; Carl Zuckmayer, Deutschlandbericht für das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika. Hrsg. von Gunther Nickel, Johanna Schröder und Hans Wagener, Göttingen 2004 [Orig. 1946-1948].

27 Inge Deutschkron, Mein Leben nach dem Überleben, München 1995, 3. Aufl. 2001, S. 16 f.

28 Axel Springer, Rede im Hamburger Presseclub, 25. 9. 1946, zit. nach Hans-Peter Schwarz, Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2008, S. 122 f.

sei die Aufgabe von Presse, Rundfunk und Parteien, »durch Aufklärung zunächst einmal die Massen davon zu überzeugen, warum Deutschland in diese Niederlage hineinrennen musste und welche Konsequenzen sich natürlicherweise daraus ergeben«. <sup>29</sup>

Dasselbe Empfinden einer fundamentalen Herausforderung, das diese Beispiele illustrieren, findet sich in den politischen Kreisen, die in den folgenden Jahren die Institutsgründung betrieben. Aus der Wahrnehmung, dass die große Mehrheit der Deutschen eine aktive Auseinandersetzung mit den verbrecherischen Aspekten der eigenen Vergangenheit zu vermeiden suchte, entstand das Verlangen nach einem Ort, der dem Verdrängen und Beschweigen mit forschungsbasierter Aufklärung begegnete. Der hessische Ministerpräsident Christian Stock stellte klar, dass die Wissenschaftler »Deutschland politisch einen schlechten Dienst geleistet« hätten, <sup>30</sup> und sein Staatssekretär Hermann Brill meinte auf der ersten Kuratoriumssitzung, durch das Institut »solle der deutschen Wissenschaft Gelegenheit gegeben werden, sich vor dem internationalen Publikum zu rehabilitieren, um die Achtung der Welt wieder zu gewinnen«. <sup>31</sup>

Bemerkenswert ist die Schnittmenge derer, die an der Formulierung des Grundgesetzes mitwirkten und zugleich entscheidenden Einfluss bei der Gründung und Sicherung des Instituts hatten: Hermann Brill war Mitglied des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, Ludwig Bergsträsser, Theodor Heuss, Gerhard Kroll, Anton Pfeiffer und Walter Strauß waren zudem Mitglieder des Parlamentarischen Rates. <sup>32</sup> Während Brill und Pfeiffer als Staatssekretäre in Hessen und Bayern entscheidende Rollen bei der Institutsbildung einnahmen, Kroll zum ersten Generalsekretär berufen wurde, Bergsträsser und Heuss als Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates wirkten, Heuss sich als Bundespräsident zudem entscheidend für die Beteiligung des Bundes einsetzte, wurde Walter Strauß als Staatssekretär in Hessen und dann im Bonner Justizministerium für mehr als ein Jahrzehnt einflussreicher Begleiter in den Gremien des Instituts.

### III. Gründungsvorschläge, Lehren der Geschichte und die Bedeutung von Personen

Auf dem Gründungsweg des Instituts für Zeitgeschichte lassen sich zwei Perioden unterscheiden. Die erste Phase führte von Ende 1945, als vage Vorschläge kursierten, über konkrete Verhandlungen seit Februar 1947 bis zur Gründung des »Instituts zur

29 Ebenda.

30 Zit. nach Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, S. 533.

31 IfZ-Archiv, ID 3-1-1 – ID 3-1-8, Sitzung betreffend »Institut zur Erforschung der Geschichte der Nationalsozialistischen Politik«, 16.-17. 10. 1947, hier S. 3.

32 Brill und Pfeiffer hatten sich in Herrenchiemsee über die Dringlichkeit des Instituts verständigt; IfZ-Archiv, ID 3-1-22, Protokoll eine[r] Zusammenkunft von Mitgliedern des Kuratoriums [des Instituts] zur Erforschung der Nationalsozialistischen Politik, 8. 12. 1948.

Erforschung der nationalsozialistischen Politik« mit Stiftungsurkunde vom 7. Oktober 1947. Unterzeichner waren die Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und der Senatspräsident von Bremen.<sup>33</sup> Als zentrale Akteure dieser Phase erscheinen Dieter Sattler und Anton Pfeiffer aus Bayern sowie Hermann Brill und später Walter Strauß aus Hessen.<sup>34</sup> Sattler hatte schon Ende 1945 der bayerischen Staatskanzlei vorgeschlagen, »die im amerikanischen ›Collecting-Point‹ für beschlagnahmtes NS-Kulturgut lagernden Parteiakten (darunter die Zentralkartei der NSDAP) zur Grundlage eines Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu machen.«<sup>35</sup>

33 Hans Ehard (Bayern), Christian Stock (Hessen), Reinhold Maier (Württemberg-Baden), Wilhelm Kaisen (Bremen).

34 Dieter Sattler war nach Kriegsende zunächst zweiter Vorsitzender des »Vorläufigen Kunstausschusses der Landeshauptstadt München« und von 1947 bis 1951 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Von 1949 bis 1952 war er Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Zeitgeschichte (seit 1962 Stiftungsrat); Ulrike Stoll, Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906-1968) in München, Bonn und Rom, Paderborn 2005. In dieser überaus detaillierten Biographie ist Sattlers Rolle und Einfluss bei der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, das Sattlers Nachlass verwahrt, nicht analysiert. Anton Pfeiffer hatte 1926 das Amerikanische Institut in München gegründet und ein umfangreiches internationales Netzwerk aufgebaut. Manche seiner Bekannten kamen nach 1945 als Vertreter der Militärregierung nach Deutschland. So war Pfeiffer mit dem einflussreichen Diplomaten Robert D. Murphy seit den 1920er Jahren verbunden; Tazelaar, Hüter des Freistaats, S. 65. Pfeiffer war im Juli 1946 vom bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner zum »Sonderminister für Entnazifizierung« berufen worden, hatte das Amt aber im Dezember wieder niedergelegt; Christiane Reuter-Boysen, Anton Pfeiffer (1888-1957), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 11 (2004), S. 124-141, hier S. 135; Christiane Reuter, »Graue Eminenz der bayerischen Politik«. Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957), München 1987. Hermann Brill war von 1946 bis 1949 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des hessischen Staatsministeriums und von 1949 bis 1950 Mitglied des Kuratoriums und von 1950 bis 1959 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte. Renate Knigge-Tesche/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Hermann Louis Brill (1895-1959). Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden 2011. Walter Strauß war von 1945 bis 1948 Staatssekretär im hessischen Staatsministerium, 1948/49 Leiter des Rechtsamts der Zweizonenerwaltung und Mitglied des Parlamentarischen Rates, dann von 1949 bis 1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Strauß war von 1960 bis 1962 Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts und spielte 1961 geschichtspolitisch eine Rolle bei der Veröffentlichung des sogenannten Lösen-Berichts im Zusammenhang der Diskussion um Hans Globke und die Nürnberger Gesetze. Friedemann Utz, Preuße, Protestant, Pragmatiker: Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat, Tübingen 2003; Markus Apostolow, Der »immerwährende Staatssekretär«. Walter Strauß und die Personalpolitik im Bundesministerium der Justiz 1949-1963, Göttingen 2019.

35 Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, S. 529 f. Zeitgenössisch ist erwähnt, dass Ernst Steinbach, Leiter der Landesstelle für Heimatsdienst in Württemberg-Baden, dem Generalsekretär des Süddeutschen Länderrats, Erich Roßmann, Anfang 1947 die Verwendung nationalsozialistischer Aktenmaterials zu Dokumentationszwecken für die politische Bildung vorschlug. Auf der 23. Tagung des Direktoriums des Länderrats am

Das eigentliche Leitungsorgan des neuen Instituts war zunächst ein Kuratorium, das sich am 17. Oktober und 25. November 1947 unter Leitung von Anton Pfeiffer in der bayerischen Staatskanzlei trafa. Bei der zweiten Sitzung wurden zusätzlich neun Mitglieder eines »wissenschaftlichen Rates« besprochen, die ab 1948 berufen werden sollten.<sup>36</sup> Pfeiffer formulierte die Hoffnung, dass das Institut so finanziert werde, »dass es nach der Währungsreform unabhängig von staatlichen Zuschüssen leben könne«. Der hessische SPD-Staatssekretär Hermann Brill sah das schon seinerzeit skeptisch.<sup>37</sup> Für das Jahr 1948 wurden zwischen 180.000 und 200.000 Reichsmark vereinbart. Württemberg-Baden, Bayern und Hessen sollten je 64.000 Reichsmark zahlen, Bremen den Rest.<sup>38</sup> Theodor Eschenburg war als Geschäftsführer im Gespräch.<sup>39</sup> Es waren vor allem die finanziellen Unsicherheiten, die das Jahr 1948 als Phase der Unsicherheit und die Frage einer realen Institutsbildung wieder offen erscheinen ließen.<sup>40</sup> Im April 1948 wurde der Entwurf eines Haushaltsplans versandt, aber die Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen am 20. Juni 1948 bedeutete dessen Ende und überhaupt eine Zäsur.

13. 2. 1947 stellte Roßmann den Antrag, »ein »Amt für politische Dokumentation« zu gründen, und legte einen Satzungsentwurf vor.

36 Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer; Prof. Dr. Walter Goetz; Prof. Dr. Theodor Heuss; Prof. Dr. Erich Kaufmann; Dr. Eugen Kogon; Prof. Dr. Gerhard Ritter; Prof. Dr. Franz Schnabel; Prof. Dr. Anna Siemsen; Dr. Hans Speidel; Prof. Dr. Max Spindler.

37 IfZ-Archiv, ID 3-1-13, Protokoll [des Kuratoriums] über die Sitzung des Instituts zur Erforschung der Nationalsozialistischen Politik, 25. 11. 1947.

38 Ebenda.

39 Ebenda; Eschenburg stellte Bedingungen, und das Kuratorium wollte noch nicht verhandeln. Für den Aufbau war ursprünglich ein Arbeitsstab »von etwa 25 Personen« und »30-35 Räume« vorgesehen; IfZ-Archiv, ID 3-1-8, Sitzung betreffend »Institut zur Erforschung der Geschichte der Nationalsozialistischen Politik«, 16.-17. 10. 1947. Für die Finanzierung sollte neben den Stifter-Ländern auch das Vermögen der »Deutschen Akademie in München« – die Rede ist von 1,6 Million Reichsmark – benutzt werden. Ein Sondervermögen sollte gebildet werden. Die Finanzpläne sind hier äußerst unübersichtlich. Neben dem besagten Vermögen ist von einem »Gesamtaufwand« von 500.000 bis 600.000 Reichsmark die Rede, wobei unklar bleibt, in welcher Form sich dieses zusammensetzt und ob es als Anschubfinanzierung oder für die jährlichen Haushalte nach dem Stand von Ende 1947 gemeint ist. Erträge aus Presseunternehmen, die ebenfalls diskutiert wurden, fielen wegen ihres privaten Charakters aus. IfZ-Archiv, ID 1-1-60-61, Hermann Brill, Memorandum betreffend das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik, 12. 4. 1949.

40 Konkret hatte Hessen seine Verpflichtung von 20.000 Reichsmark vor der Währungsreform vom Juni 1948 überwiesen. Ausstehend waren die Beträge der anderen drei Länder. Bremen und Württemberg hatten bis zum Frühjahr 1949 ihren Beitrag – nun 20.000 DM – nicht im Haushalt eingeplant. Bayern machte das Geld 1948 über sein Kultusministerium verfügbar; es wurde aber nicht ausgezahlt, weil das Institut nichts abrief. Für 1949 hatte Bayern die 20.000 DM erneut vorgesehen und weitere 20.000 DM, gleichsam als Übertrag von 1948, als einen freiwilligen Betriebskostenzuschuss. IfZ-Archiv, ID 1-1-68, Aktenvermerk aus dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen betr. »Institut zur Erforschung der Politik des Nationalsozialismus«, o. D. [April 1949].